

6 79  
ZEITSCHRIFT FÜR

**GEO**

**POLITIK**

IN

**GEMEINSCHAFT UND POLITIK**

XXVII. JAHRGANG **9** SEPTEMBER 1956

## **Die Suez - Krise**

**Thüringisches Land in Bayern**

**Der Angriff auf die Jugend**

**Soldat unter verbrecherischem Befehl**

**Die pädagogische Revolution**

**D-Mark und internationale Währungsordnung**

Zeitschriften  
Kardex-Kontrolle

25. SEP. 1956

Hamburgisches  
Welt-Wirtschafts-Archiv

14061

2.9.56

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR GEOSOZIOLOGIE  
UND POLITIK / BAD GODESBERG / VERTRIEB DURCH  
KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG



# ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

IN

## GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG · HEFT 9 · 1956

### INHALT

#### Volk und Welt

Rolf Hinder:	Konzentration der Finanzmacht . . . . .	1
Harald Braeutigam:	Die D-Mark und das internationale Währungsproblem . . .	2
Bericht des Instituts:	Die Suez-Krise . . . . .	9
	Weltpolitische Umschau . . . . .	21

#### Selbstbehauptung und Sicherheit

Ernst van Loen:	Der Raumwandel des Krieges . . . . .	23
Bericht des Instituts:	Bericht zur atomaren Lage . . . . .	28

#### Geist und Tat

Hans W. Hagen:	Diktatur, Totalitätsanspruch und deren erste Propaganda — Das Jahr 1056 — Die Peripetie in der Geschichte des deutschen Reiches . . . . .	29
----------------	---	----

#### Gemeinschaft und Verfassung

Harald Bodmer:	Der Angriff auf die Jugend — Zur kollektiven Diskrimi- nierung der jungen Generation . . . . .	34
Ernst van Loen:	Soldatengesetz und Kriegsverbrechen (2. Teil) . . . . .	37

#### Mensch und Raum

Hermann Schübler:	Thüringisches Land in Bayern — Enklave Ostheim im unter- fränkischen Zonenrandgebiet . . . . .	43
Heinrich Richard:	Bodenwert und Bodenpreis . . . . .	47

#### Das offene Gespräch

Berichte des Instituts:	Kulturpolitik im Kreuzfeuer — Zu 3 Aufsätzen von Helmut Becker . . . . .	52
	Die pädagogische Revolution — Zu „Dennoch heute“ von Hugo Kükelhaus . . . . .	54
	Die pädagogische Restauration — Gleichschaltung durch politischen Unterricht . . . . .	56

### MITARBEITER

Bodmer, Harald  
Braeutigam, Harald  
Richard, Heinrich  
Schübler, Hermann

Dr. jur., Mitarbeiter von Heft 4/1956  
Dr. jur., Dr. rer. pol., Mitarbeiter von Heft 7/1956  
Oberreg.- und -baurat, Bonn/Rh., Hohenzollernstraße 40  
Stadtvikar, Ostheim v. d. Rhön, Evang. Pfarrhaus

Preis des Einzelheftes: DM 2,30. Vierteljahresbezug: DM 6,50.

Postscheck: Kurt Vowinckel Verlag Ludwigshafen 124 61 / Bank: Süddeutsche Bank, Heidelberg

VERTRIEB: KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · SCHMEILWEG 3



## Konzentration der Finanzmacht

Die Verfügung des Staates über ungeheuerere Volksaufkommen hat in den beiden Machtblöcken von „Ost“ und „West“ zur Entmündigung des Einzelnen, zu Unfreiheit und Würdelosigkeit des Daseins in diesen Bereichen geführt. Zwar besteht zwischen beiden totalitären Finanzsystemen ein Unterschied. Man könnte etwa sagen: Im „Osten“ läßt der Staat (= das System) die Gesellschaft bestehen, um über sie die Mittel erarbeiten zu lassen, mit deren Hilfe er die Gesellschaft beherrscht. Im „Westen“ läßt „die Gesellschaft“ (= das System) den Staat bestehen, um über ihn zentral die Mittel zu kassieren, die der schaffende Mensch erarbeitet. Wird im Osten die Gesellschaft fortwährend der Korrumpierung durch den Staat ausgesetzt, so ist im Westen der Staat das ständige Opfer der gesellschaftlichen Korruption. Die Ausbeutung des Einzelnen wird im Osten kaschiert durch die Behauptung, der Staat sei nichts als die endlich zum Zuge gekommene Klasse der bislang Ausgebeuteten, die nun die Mittel zentral verwalten müsse, um aller Expropriation vorzubeugen. Die Ausbeutung im Westen wird getarnt durch den scheinbaren Gegensatz von Gesellschaft und Staat und die verlogene Propaganda von der Gewaltenteilung, hinter der man seine Steuergesetze und Haushaltspläne in die gewünschten Bahnen bringen läßt und nur als schlichter Verkäufer auf dem Warenmarkt erscheint. Aber im Effekt ist in beiden Systemen dasselbe: keine Mündigkeit, keine Freiheit.

Die Konzentration der Finanzmittel kann auch den kapitalistischen Staat zu einer Vergabe der Mittel ermächtigen, deren krimineller Charakter nur schwer zu beweisen ist. Wiewohl alle Welt den verbrecherischen Unsinn beispielsweise beim Ankauf veralteter Rüstungsgüter in Milliardenbeträgen klar erkennt, rollen doch die Geschäfte im Rahmen der durch die Parlamente genehmigten Haushaltspläne und der diesen Etats zugrunde liegenden außen- und militärpolitischen Programme. Die an den Aufkäufen und Bestellungen profitierenden aus- und inländischen Kreise begehren aber so wenig gegen die Unwirtschaftlichkeit einer solchen Ausgabenpolitik auf, daß auf die Dauer der legitime Anschein derartiger Machenschaften verblaßt und weiten Kreisen offenbar wird, wieweit die Korrumpierung des „Staates“ und der offi-

ziellen Politik gediehen ist und wie wenig die das Staatswesen tragenden sogenannten politischen Parteien eine Sicherheit gegen die Fortsetzung der Korruption bieten. Alles, was die öffentlichen Dinge fördert und gutheißt, verliert jetzt an Glaubwürdigkeit und wird in Frage gestellt. Das Spiel der Heuchelei geht zu Ende. Man hat es satt, sich in so unverschämter Weise weiter ausplündern zu lassen. Man erkennt die Fragwürdigkeit der herrschenden gesellschaftlichen „Ordnung“ und verlangt schließlich nach gesellschaftspolitisch revolutionären Wandlungen.

Die Konzentration der Finanzmittel beim Staat in den westlichen und östlichen „Demokratien“ ist der eindrucksvollste Versuch einer Rechtfertigung der faschistischen Politik, zugleich Beweis für die Wirklichkeit des totalen Staates in der Gegenwart. Gerade die Tatsache, daß die faschistischen Systeme der Konzentration der Finanzmittel beim Staate verfallen waren, hat sie teils in den Sog des östlichen, teils in den des westlichen Totalitarismus abgleiten und schließlich scheitern lassen. Das Problem der gesellschaftlichen Neubildung stellt sich darum heute wie zuvor als das Problem der Befreiung vom staatlich-zentralistischen Finanzterror. Für das östliche System ist er der Garant der politischen Macht, für den Westen Gewähr für Riesengewinne. Eine politische Kraft, die von Freiheit und Mündigkeit spricht und damit Glaubwürdigkeit finden will, muß deshalb fortan weg von der Finanzallmacht des Staates wollen und zugleich in sozialrevolutionärer Weise die Entmachtung des Großkapitals betreiben. Anders bleibt sie im Bereich der Korruption und ein Bannerträger des bolschewistischen oder des kapitalistischen Systems.

Es ist in diesem Zusammenhang zunächst unentschieden, ob eine solche politische Kraft hier und jetzt überhaupt möglich ist. Einer diesbezüglichen Entscheidung aber muß die Feststellung vorausgehen, daß nur politische Kraft, die frei ist von der Korruption durch die Finanzallmacht des Staates in dessen Erscheinungsform als Machtmittel des Proletariats sowohl wie als Geldbeschaffungsinstitut für das Großkapital, Gewähr bietet gegen die Bolschewisierung Deutschlands wie gegen die Ausplünderungs- und Katastrophenpolitik des kapitalistischen Expansionismus. Rolf Hinder



## Die D-Mark und das internationale Währungsproblem

Ist die westliche Währungsordnung noch haltbar?

HARALD BRAEUTIGAM

Die Tatsache, daß der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem Zusammenbruch von 1945 und der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre bis vor kurzem ohne wesentliche Preissteigerungen erreicht werden konnte, während die günstige Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in vielen anderen Ländern mit mehr oder minder starken Geldentwertungen einherging, hat allmählich dazu geführt, daß sich die Bundesrepublik mit ihrem relativ stabilen Preisniveau zu einer „Preisinsel“ im Meer der sie umgebenden „Inflationsländer“ herausgebildet hat. Bei intervalutarisch gebundenen Wechselkursen, die auf die Kaufkraftparitäten der Währungen festgelegt sind, wie sie vor etlichen Jahren bestanden, hat diese divergierende Entwicklung zwischen dem Inlands- und Auslandspreisniveau unserem Export einen beträchtlichen Antrieb verliehen und sehr viel zu dem — bis vor kurzem — erfreulichen Anstieg der Gold- und Devisenreserven der Bank deutscher Länder (BdL) beigetragen. Mittlerweile hat aber die — wesentlich durch unsere Zahlungsbilanzüberschüsse induzierte — Vermehrung des Geldumlaufs in der Bundesrepublik eine Grenze erreicht, die ohne Gefährdung der Geldwertstabilität im Innern nicht mehr weit überschritten werden kann oder vielleicht sogar schon etwas überschritten worden ist. Die zur Sicherung der Geldwertstabilität im Innern von der Bank deutscher Länder im Laufe des letzten Jahres eingeleiteten verschiedenen restriktiven Maßnahmen, insbesondere die letzte Erhöhung des Diskontsatzes vom Mai 1956, sind aber für sich allein betrachtet nicht dazu angetan, die von dem Gold- und Devisenzustrom aus dem Auslande ausgehenden Kräfte zur Geldvermehrung und schleichenden Geldentwertung im Inlande auszuschalten. Im Gegenteil, sie verhindern eine Anpassung des deutschen Preisniveaus an das Preisniveau anderer Länder, stabilisieren oder verstärken damit das internationale Preisgefälle zugunsten unseres Exports sowie zuungunsten unseres Imports und würden unter sonst gleichbleibenden Umständen eher noch eine Verstärkung des Gold- und Devisenzustroms verursachen.

Nun ist die wirtschaftspolitische Situation der Bundesrepublik gegenwärtig mit einer Reihe von Unsicherheitsfaktoren belastet, die es unratsam erscheinen lassen, schon jetzt in der Währungsfrage grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Allem voran steht hier die Frage, ob und in welchem Ausmaße in nächster Zeit die gegenwärtig bei der Bank deutscher Länder stillgelegten Kassenreserven des Bundes in Devisen verwandelt und zum Ankauf von Rüstungsgütern im Auslande verwendet werden bzw. welche Beträge von diesen Kassenreserven wohl oder übel der deutschen Wirtschaft zugeleitet werden müssen. Ferner ist geltend gemacht worden, daß bei einer weiteren Entspannung der weltpolitischen Lage, bei einem Abebben der Investitionskonjunktur im Auslande und bei einem möglicherweise eintretenden Konjunkturrückschlag in den Vereinigten Staaten die künftige Entwicklung unseres Exports sich grundlegend zum Nachteil verändern könnte und daß die Rekordüberschüsse unserer Zahlungsbilanz während der letzten Monate zum Teil auf eine spekulative Zurückhaltung unserer Importeure und eine Forcierung unseres Exports zurückzuführen sei, die mit den umlaufenden



Gerüchten über eine bevorstehende Aufwertung der DM im Zusammenhang stünden.

Um die BdL aus dem Dilemma zu befreien, entweder im Inlande eine schleichende Geldentwertung zuzulassen oder durch Aufwertung der DM unsere Außenhandelsposition strukturell nachteilig zu beeinflussen, sind daher vor allem vom ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und vom Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf, Dr. Ernst Schneider, Pläne entwickelt worden, welche zunächst eine provisorische Lösung anstreben, aber gleichzeitig „zwei Fliegen mit einer Klappe“ (Schneider) schlagen wollen — den Abbau der Kassenreserven des Bundes und der übergroßen Gold- und Devisenbestände bei der BdL. Schacht schlägt vor, daß der Bund mit seinen Kassenreserven von der BdL Devisen erwirbt und diese dann verwendet:

1. zu einer verstärkten außerplanmäßigen Minderung unserer Auslandsschulden;
2. zur Bereitstellung von Rohstoffkrediten an unsere Industrie;
3. zur Errichtung von Consulting Engineer Büros in Übersee;
4. zu längerfristigen Krediten an unterentwickelte Länder bei der Lieferung deutscher Industrie- und Verkehrsanlagen — soweit für die Projektierung und Installation solcher Lieferungen Devisen erforderlich sind;
5. zur Errichtung eigener Auslandsunternehmen und
6. zur Gewährung börsengängiger Anleihen an das Ausland.

Dr. Schneider hingegen will von den Kassenreserven des Bundes einen Betrag von 2 Milliarden DM abzweigen und (in Devisen) „den Geschäftsbanken langfristig zur langfristigen Kreditgewährung an solche Firmen überlassen, die Maschinen und Einrichtungen aus dem Auslande importieren wollen“. Dadurch würden der deutschen Wirtschaft „für 2 Milliarden Investitionsgüter zufließen, die es ihr ermöglichen, mit dem Arbeitskräfteproblem und dem Lohnproblem besser fertig zu werden“. Abgesehen davon, daß diese beiden Vorschläge ihre Rechnung ohne den Wirt, d. h. in diesem Falle ohne den Bundesfinanzminister, machen, stellen sie nur eine provisorische Lösung dar, die allein durch die gegenwärtigen Umstände ermöglicht ist, und tragen dem eigentlichen Problem in keiner Weise Rechnung.

Sieht man nämlich von dem besonderen, historisch zufälligen Umstand ab, daß sich in der Bundesrepublik während der letzten Jahre gleichzeitig zwei „Juliustürme“ — der übergroße Gold- und Devisenvorrat sowie die bei der Bank deutscher Länder stillgelegten Kassenreserven des Bundes — angehäuft haben, so kann man das verbleibende, grundsätzliche Problem folgendermaßen umreißen: Welche Möglichkeiten hat ein im gegenwärtigen Welt-Inflations-Trend „zurückgebliebenes“ Land, um die Kaufkraft seiner Währung im Inneren stabil zu erhalten und sich dem Inflationsssog der übrigen Welt zu entziehen?

#### Bretton Woods und die Wirklichkeit

Die noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Bretton Woods festgelegten Satzungen des Welt-Währungs-Fonds (International Monetary Fund, IMF), dem heute die überwiegende Anzahl aller Staaten der Welt und fast alle nichtkommunistischen Staaten angehören, proklamieren als obersten Grundsatz einer internationalen Währungsordnung das Prinzip fester, an bestimmten Goldmengen gemessener Valutaparitäten und Wechselkurse und erlauben es keinem seiner Mitglieder, diese Währungsparitäten einseitig und ohne vorherige Zustimmung des Fonds abzuändern. Diese Regelung hatte man in erster Linie getroffen,



um einer Wiederholung eines Abwertungswettlaufs vorzubeugen, wie er zu Beginn der dreißiger Jahre stattgefunden hatte, als die in ihren Außenhandels- und Zahlungsbilanzpositionen bedrängten Länder durch Abwertungen des Außenwertes ihrer Währungen ihre Lage zu Lasten ihrer Konkurrenten auf den Weltmärkten zu bessern versuchten. Dieser Festlegung von Währungsparitäten lag die Hypothese zu Grunde, daß die Notenbanken der einzelnen Staaten allein durch Regulierung der umlaufenden Geldmengen jederzeit in der Lage sein müßten, die Kaufkraft des Geldes im Inneren stabil zu erhalten und damit auch die intervalutarischen Wechselkurse auf dem bei Festlegung der Währungsparität gegebenen Stande zu stabilisieren. Die Möglichkeit einer inflationären Entwicklung in diesem oder jenem Lande wurde gewissermaßen als Ausnahme von der Regel des stabilen Geldwerts angenommen. Gerade die strenge Bindung der intervalutarischen Wechselkurse an die festgelegten Paritäten sollte ein zur Inflation tendierendes Land, einen solchen Störenfried und Ausreißer, zu einer restriktiven Geld- und Kreditpolitik zwingen und damit die Inflationsgefahren überall gleich im Keime ersticken. Vorübergehende Störungen des intervalutarischen Gleichgewichts sollten durch gegenseitige Hilfeleistungen zwischen den betreffenden Ländern, insbesondere durch die vielgerühmte „Kooperation der Notenbanken“, behoben, und zu dem Mittel der Wechselkursänderung sollte ausnahmsweise und nur in den Fällen Zuflucht genommen werden, in denen ein „fundamentales Ungleichgewicht“ feststellbar wäre.

Die tatsächliche Entwicklung der Dinge hat seitdem aber einen ganz anderen Verlauf genommen. Die innere Kaufkraft ihres Geldes haben nur sehr wenige Länder ganz stabil halten können, — in der Mehrzahl aller anderen hat eine mehr oder minder deutlich in Erscheinung tretende Geldentwertung stattgefunden. An Stelle von inflationären Solo-Partien bahnt sich förmlich ein weltweites Inflationskonzert an, in das als Dissonanzen gerade die Töne aus den Ländern mit relativ stabilem Geldwert eindringen. Die Kooperation der Notenbanken hat sich als eine Illusion erwiesen. Und dies vor allem deswegen, weil wir heute — im Gegensatz zu der Zeit vor 1914 mit ihrer klassischen Goldumlaufwährung, in der der Geldwert national und international fast ausschließlich durch die umlaufende Geldmenge bestimmt wurde und sich Wirtschaft, Preise und internationaler Handel grundsätzlich frei von jeder staatlichen Intervention entfalteten — in einer Welt leben, deren Wirtschaftsgeschehen weitgehend „politisch“ bestimmt wird. Unterschiede von Land zu Land in den Machtpositionen der Gewerkschaften und der Monopole, sowie in der Ausübung dieser Machtpositionen, Unterschiede im Einfluß von Gruppeninteressen auf den handelspolitischen Protektionismus, insbesondere auf den Agrarprotektionismus, sowie auf die Steuer- und Sozialpolitik, Unterschiede in der Belastung der einzelnen Volkswirtschaften mit Rüstungsaufgaben ohne Rücksicht auf vorhandene Arbeitskraft- und Kapazitätsreserven — alles das bestimmt die wirtschaftliche und monetäre Entwicklung in den einzelnen Staaten so unterschiedlich und präjudiziert damit die Politik der — formalrechtlich „unabhängigen“ — Notenbanken in einem Ausmaß, daß zur Sicherung echter, den Kaufkraftparitäten wirklich entsprechender Wechselkursparitäten an Stelle einer lockeren Kooperation der Notenbanken eine straffe Koordination der gesamten Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder treten müßte, — ein Erfordernis, dessen utopischer Charakter offensichtlich ist.

Hat aber in einer Reihe von Ländern eine — wenn auch graduell stark unterschiedliche — inflationär bedingte innere Geldentwertung stattgefunden, so wirken



sich die festen Wechselkurse in den Ländern mit relativ stabilem Preisniveau dahingehend aus, daß ihre Zahlungsbilanz dauernd und in steigendem Maße aktiv wird, daß immer mehr Gold und Devisen einströmen und damit eine Ausweitung des Geldumlaufs auch dann noch verursachen, wenn zur Wahrung der inneren Geldwertstabilität eine weitere Vermehrung des Geldumlaufs verhindert werden müßte. Die wenigen Länder mit relativ stabilem innerem Geldwert laufen also Gefahr, in den Inflationssog der übrigen Länder hineingezogen zu werden. Und bei ihrem Verlangen nach Beseitigung der Ursachen für das entstandene „fundamentale“ Ungleichgewicht ist die verhandlungstaktische Position dieser Länder insofern besonders ungünstig, als sie nicht nur in der Minderzahl sind und sich der geschlossenen Front der zahlenmäßig überlegenen „Inflationsländer“ gegenübersehen, sondern auch insofern, als gerade bei einer „schleichenden“, über mehrere Jahre sich erstreckenden Geldentwertung in den „Inflationsländern“ eine restriktive Kreditpolitik, die auf Wiederherstellung der ursprünglichen, bei der Wechselkursfestlegung bestehenden Kaufkraftparitäten abzielt, zu einer scharfen Deflationspolitik zwingen würde, wie sie zu Beginn der dreißiger Jahre in verschiedenen Staaten, insbesondere in Deutschland, betrieben worden war und zu den Verheerungen der „Weltwirtschaftskrise“ so viel beigetragen hatte. Scheidet somit die in dem Abkommen über den Internationalen Währungsfonds gerade als Regel vorgesehene Maßnahme zur Beseitigung eines intervalutarischen Ungleichgewichts — eine restriktive, antiinflationistische Geldpolitik der „Inflationsländer“ — praktisch-politisch als Möglichkeit vollkommen aus, so wird die Verantwortung für das entstandene Ungleichgewicht nicht mehr den „Bösen“, sondern den „Braven“ zugeschoben. Diese werden vor die Alternative gestellt, entweder sich anzupassen und den Inflationsunfug mitzumachen oder aufzuwerten.

So schreibt z. B. im Hinblick auf dieses westdeutsche Dilemma die Londoner „Financial Times“: „Der einfachste Ausweg wäre natürlich, zuzulassen, daß die deutschen Preise für Fertigwaren ansteigen, bis sie mit dem internationalen Niveau im Einklang sind. Das würde gleichzeitig die deutschen Exporte dämpfen und die Importe anregen.“ (18. Juni 1956). „Man hat in London das Gefühl, daß Deutschland, abgesehen von einer Berichtigung des Wechselkurses, mehr tun könnte, um mit diesem Problem fertig zu werden. So wird z. B. darauf hingewiesen, daß seine Politik des knappen Geldes nicht vereinbar ist mit einer Position von starken Zahlungsbilanzüberschüssen.“ (12. Juli 1956). Am liebsten sähe man also, wenn sich die Bundesrepublik dem internationalen Inflationstrend anschliesse und auch den Weg der „dosierten“, „langsamen“, „schleichenden“ Inflation beschritte. Das Blatt ist allerdings einsichtig genug anzuerkennen, daß ein solcher Weg für die Bundesrepublik nicht nur angesichts der bevorstehenden Wahlen, sondern auch in Anbetracht der „almost pathological German sensitivity to any sign of the depreciation in the value of money“ (fast pathologischen deutschen Empfindlichkeit gegenüber jedem Anzeichen einer Geldentwertung) ungangbar ist.

### Neubewertung des Außenwertes unserer Währung

Hält nun in nächster Zukunft der inflationäre Trend in den meisten Ländern der westlichen Welt an — und vorerst sprechen alle Anzeichen dafür, daß diese Entwicklung, wenn auch verlangsamt und mit gelegentlichen Unterbrechungen, weitergeht — und kommt es nicht gerade zu krisenhaften, deflationistisch bedingten Preiseinbrüchen, sondern verbleiben die Kaufkraftparitäten auch nur auf



ihrem gegenwärtigen Stand und halten Bundesregierung und Bank deutscher Länder unbeirrt an ihrer Politik eines stabilen inneren Geldwerts der D-Mark fest, so werden wir über kurz oder lang trotz aller Bedenken und Dementis doch zu einer Neubewertung des Außenwertes unserer Währung bzw. der Währungen der „Inflationländer“ schreiten müssen.

Da der nunmehr unerwünschte ständige Devisenzustrom bei der Bank deutscher Länder nicht das Ergebnis einer im Laufe der letzten Jahre entstandenen Unterbewertung, eines Anstiegs der inneren Kaufkraft der D-Mark, sondern das Ergebnis einer Überbewertung der anderen Valuten ist, die Geldentwertungen in den andern Ländern aber nicht graduell gleich stark sind, besteht die Gefahr, daß wir bei einer Aufwertung der D-Mark unerwünschte und ungerechtfertigte Veränderungen in der Struktur unseres Außenhandels in Kauf nehmen müßten: im Handel mit Ländern, in denen der Geldwert stabil geblieben oder nur relativ wenig gesunken ist, wären wir durch die Verteuerung unserer Ausfuhren und die Verbilligung unserer Einfuhren zahlungsbilanzmäßig mehr belastet als im Handel mit denjenigen Ländern, deren innerer Geldwert stärker gesunken ist und von denen gerade ein inflationistischer Sog auf die D-Mark ausgeht. Deshalb erklang der Ruf von Bundeswirtschaftsminister Erhard nach einer internationalen Währungskonferenz, auf der die Paritäten einiger anderer Währungen neu festgelegt werden sollten, vollkommen zu Recht: nicht eine Aufwertung der D-Mark, sondern graduell unterschiedliche Abwertungen einiger anderer Valuten wäre nach Lage der Dinge das einzig Richtige. Einer solchen Neufestsetzung der Währungsparitäten, in die auch das Pfund Sterling einbezogen werden müßte, steht aber vor allem das monetäre Prestige-Bedürfnis Englands entgegen. Die bestehende Pfund-Dollar-Parität soll unter allen Umständen gewahrt bleiben, damit das Pfund in seiner Rolle als Weltwährung keine Einbuße erleidet. Dafür wird man in England große Opfer aufbringen — und auch anderen zumuten. Die Besorgnisse, (die anlässlich der ersten Gerüchte über eine bevorstehende Aufwertung der D-Mark in England zum Ausdruck kamen), daß die D-Mark das Pfund Sterling als internationale Währung verdrängen könnte, sind bald einer ruhigeren Betrachtung der Dinge gewichen. Und deshalb sollte man uns auch nicht zumuten, auf dem Wege einer Aufwertung der D-Mark die bestehenden richtigen Paritäten, z. B. zum Dollar oder zum Schweizer Franken, zu unserem Nachteil aufzugeben.

In die gleiche Lage, in der sich heute — vom Grundsätzlichen her gesehen — die deutsche Bundesrepublik befindet, kann bei Fortbestand der durch die Abkommen von Bretton Woods getroffenen Regelung des internationalen Währungsproblems eines Tages jedes andere Land kommen, das im Zuge einer inflationistischen Entwicklung in anderen Ländern die Kaufkraft seiner Währung im Inneren stabil oder auch nur relativ stabil erhält, also den weltinflationistischen Trend nicht mitmacht oder darin zurückbleibt. Es stünde dann, ebenso wie heute die Bundesrepublik, vor der Wahl, entweder auch im eigenen Lande eine schleichende Geldentwertung zuzulassen, oder durch Aufwertung der eigenen Währung seine Außenhandels- und Zahlungsbilanzposition ungebührlich zu verschlechtern. Im ersteren, wahrscheinlicheren Falle hätte dann die mit der Absicht auf Verhinderung von inflationär bedingten Störungen im internationalen Handel getroffene Regelung fester, an Gold gebundener Währungsparitäten und Wechselkurse gerade das Gegenteil des Beabsichtigten zur Folge und erwiese sich als ein zusätzlicher Faktor im säkularen Trend von ständig sich wiederholenden Geldentwertungen.



Im Lichte der Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit sollte daher die Frage aufgeworfen und ernsthaft geprüft werden, ob die vor zwölf Jahren getroffene Regelung von Bretton Woods nicht zu stark von Vorstellungen bestimmt ist, die wohl vor dem Zweiten, im Grunde genommen sogar nur vor dem Ersten Weltkrieg der Wirklichkeit entsprachen, heute aber keineswegs mehr zeitgemäß sind, und ob daher die strengen Vorschriften für die Aufrechterhaltung der Währungsparitäten nicht aufgehoben und durch ein System beweglicher, flexibler Wechselkurse ersetzt werden sollte.

In dem Meinungsstreit um die Frage stabiler oder flexibler Wechselkurse wird von den Anhängern fester Währungsparitäten als Hauptargument gewöhnlich ins Feld geführt, daß sichere Kalkulationsgrundlagen im internationalen Handel und eine Ausschaltung von spekulativen Einflüssen auf die Währungen der einzelnen Länder nur bei festen Wechselkursen gewährleistet seien. Diese Antwort übersieht jedoch, daß spekulative Einflüsse nur dann ausgeschaltet werden können, wenn die fixierten Wechselkurse auch tatsächlich den für den internationalen Handel maßgeblichen Kaufkraftparitäten entsprechen, wenn und solange also die Wechselkurse auch ohne gesetzliche Bindung stabil blieben. Ist das jedoch nicht mehr der Fall und rechnet die Geschäftswelt damit, daß die Währung eines Landes über kurz oder lang ab- oder aufgewertet werden müsse, so lassen sich spekulative Einflüsse keineswegs mehr ausschalten, sondern führen gerade dahin, daß die marktbedingten Einschätzungen des realen Wertes der betreffenden Währung durch spekulative Vorwegnahmen von Ab- oder Aufwertungsgewinnen noch übersteigert werden, daß also die Unsicherheit im internationalen Handel durch das Festhalten an der Parität gerade erhöht wird. Das haben nicht nur die in den dreißiger Jahren erzielten Erfahrungen mit den verschiedenen Währungsabwertungen gezeigt, sondern davon erhalten wir heute im Zusammenhang mit den umlaufenden Gerüchten über eine bevorstehende Aufwertung der D-Mark eine neue Kostprobe. Und dieser nicht auszuschaltende spekulative Einfluß zieht seine ganze Kraft stets aus der mißlichen moralischen Lage, in die die Regierung, die Notenbank oder die sonst für die Währung eines Landes letztlich verantwortliche Stelle dadurch gerät, daß sie alle Gerüchte um eine bevorstehende Ab- oder Aufwertung um so energischer dementieren muß, je näher der Zeitpunkt für den unausweichlichen Schritt heranrückt.

Wenn sich die Bundesrepublik heute über die Vorschriften des Internationalen Währungsfonds hinwegsetzen und — statt die D-Mark aufzuwerten — zu einer Politik flexibler, dem jeweiligen Stand von Angebot und Nachfrage folgender Wechselkurse für die einzelnen Auslandsvaluten übergehen würde, so würde ein solches Vorgehen vom Internationalen Währungsfonds zwar mit Stirnrunzeln vermerkt, aber als Übergangsmaßnahme vielleicht noch hingenommen werden. Ganz unvereinbar wäre allerdings ein solches Vorgehen der Bundesrepublik mit ihrem Verbleib in der Europäischen Zahlungsunion, deren multilaterales Verrechnungssystem stabile Wechselkurse schlechthin zur Voraussetzung hat. So stoßen die wiederholten Rufe von Bundeswirtschaftsminister Erhard nach einer internationalen Währungskonferenz wohl auch deswegen zunächst auf taube Ohren, weil man im Auslande befürchtet, daß von deutscher Seite an den Grundlagen des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zahlungsunion gerüttelt werden könnte.

Die internationale Währungsordnung von Bretton Woods und — ihr folgend — das Abrechnungssystem der Europäischen Zahlungsunion basieren auf der



Rechnungseinheit Gold. Um diese Rechnungseinheit der schleichenden Geldentwertung anzupassen, ist wiederholt eine Heraufsetzung des Goldankaufspreises von gegenwärtig 35 Dollar je Unze Feingold gefordert worden. Was aber geschähe, wenn der Wert des Goldes eines Tages nicht steigen, sondern fallen würde, wenn etwa die Sowjetunion ihre vorhandenen großen Goldvorräte zu einem gezielten Angriff auf die Goldwährung benutzen würde? Wenn sie z. B. Ägypten eine langfristige Anleihe in Gold gewähren würde, damit dieses die durch die Verstaatlichung des Suez-Kanals enteigneten Aktionäre in Gold entschädigen kann, und wenn sie eines späteren Tages ähnliche Angebote den anderen arabischen Staaten zur Entschädigung für die aufgehobenen Erdölkonzessionen unterbreiten würde? Die Verwirrung, die dadurch in der internationalen Währungsordnung des Westens entstünde, wäre unbeschreiblich. Vielleicht gehören somit die auf dem Golde basierenden Währungsregelungen des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zahlungsunion mit zu den schwächsten Positionen des Westens in dem sich anbahnenden Wirtschaftskampf zwischen der westlichen und der kommunistischen Welt.

### Wohin mit den Juliustürmen?

Zu einem Vortrag von Hjalmar Schacht

Was soll mit den beiden „Juliustürmen“ geschehen, die in Gestalt der stillgelegten Kassenüberschüsse des Bundes und des gehorteten, übergroßen Vorrats an Gold- und Devisenreserven bei der Bank deutscher Länder errichtet worden sind? Mit dieser Frage hat sich der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht in einem Vortrage vor der Essener Arbeitsgemeinschaft junger Unternehmer und den Junioren der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer (ASU) am 20. Juni 1956 auseinandergesetzt, der beim Broschek Verlag Hamburg im Druck erschienen ist.

Die Verausgabung der zur Zeit bei der Bank deutscher Länder stillgelegten Kassenreserven des Bundes im Inlande während einer Zeit „überhitzter“ Konjunktur würde die schon jetzt inflationistischen Gefahren steigern. Die gleiche Wirkung geht von dem andauernden Devisenzustrom aus unserer aktiven Zahlungsbilanz aus, da mit der Umwandlung der Devisen in Deutsche Mark der Geldumlauf im Inlande zwangsläufig erhöht wird. Eine Aufwertung der D-Mark, die als Gegenmittel der von unseren Exportüberschüssen ausgehenden Inflationstendenzen in letzter Zeit erörtert wurde, hält Schacht aus zwei Gründen für unangebracht, ja sogar für gefährlich, und zwar: 1. „Wer die Stabilität der Währung durch Gesetz nach oben verän-

dert, kann sich dem Verdacht nicht entziehen, daß er bereit ist, gegebenenfalls auch eine gesetzliche Abwertung der Währung nach unten vorzunehmen. Das Vertrauen der breiten Massen in die Stabilität der Währung kann durch nichts stärker erschüttert werden als durch solche Experimentierversuche.“ (S. 20). 2. Man muß mit der Möglichkeit einer weiteren Entspannung der weltpolitischen Lage und einer dann zu erwartenden Minderung der Rüftungsausgaben in der westlichen Welt rechnen. Die dadurch freigesetzten Produktivkräfte würden aber verstärkt auf einen Absatz ihrer Erzeugnisse auf den Weltmärkten drängen und könnten dann in verhältnismäßig kurzer Frist unsere z. Zt. günstige Außenhandelsposition entscheidend zum Nachteil verändern. Das Dilemma, das aus der Notwendigkeit entsteht, einerseits die jetzt von unseren Zahlungsüberschüssen ausgehenden Inflationstendenzen abzustellen, andererseits unseren künftigen Export nicht zu gefährden, ist nach Schacht jedoch nur ein scheinbares (S. 30) und könnte durch folgende Maßnahmen schnell und befriedigend gelöst werden. Der Bund kauft mit seinen bei der Bank deutscher Länder stillgelegten Kassenüberschüssen Devisen von der Bank deutscher Länder und verwendet diese, wie auf S. 3 oben angegeben. Der provisorische Charakter einer solchen Lösung wurde dargetan.



# Die Suez-Krise

## Vorspiel: Das Assuan-Projekt

Daß die Verwirklichung des Hochstaudamms bei Assuan für die weitere Entwicklung Ägyptens unerlässlich ist, wird selbst in den westlichen Ländern heute nicht mehr bestritten. Die umfangreichen Voruntersuchungen, in die sich auch die Weltbank einschaltete, haben Ende vergangenen Jahres ergeben, daß dieses Großprojekt zwar größte finanzielle und wirtschaftliche Anstrengungen für Ägypten mit sich bringt, daß dieses Vorhaben jedoch gemessen an seiner großen Bedeutung auch vom geschäftlichen Standpunkt aus verantwortet werden kann. Man erkannte weiterhin, daß das Assuan-Projekt eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche und politische Stabilität Ägyptens in der Zukunft sein würde. Aus diesen Erkenntnissen heraus erklärten sich die Regierungen der USA und Großbritanniens sowie die Weltbank Ende vergangenen Jahres bereit, bei der Finanzierung behilflich zu sein.

Die Zusage der USA wurde durch eine Erklärung des US-Außenministers Dulles am 19. Juli 1956 zurückgezogen, weil es Ägypten bisher nicht gelungen sei, mit den Nil-Anliegerstaaten zu einer Vereinbarung über die Verteilung des Wassers zu gelangen und weil Ägypten nicht genügend Bereitschaft zeige, seine wirtschaftlichen Reserven auf dieses Großprojekt zu konzentrieren. Die Begründung für diese Absage, der sich Großbritannien und die Weltbank anschlossen, war, wie die westlichen Zeitungen ausführlich kommentierten, nur ein Vorwand. Als entscheidende Motive dagegen wurden genannt:

1. Zu enge Anlehnung Ägyptens an den Ostblock, 2. die ägyptischen Waffenkäufe aus dem Ostblock, 3. die antiwestliche Politik Ägyptens, 4. das angeblich verantwortungslose Spiel Nassers zwischen Ost und West, dem man eine demonstrative Lektion erteilen müsse, 5. besondere innerpolitische Einflüsse in den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen.

Zu diesen 5 Punkten verlaute von maßgeblicher ägyptischer Seite folgendes:

Zu 1) Ägypten ist in Verfolg seiner unabhängigen Politik zwischen dem östlichen und westlichen Block selbstverständlich an guten Beziehungen zu den Ostblockländern interessiert. Der Ostblock kauft über 30% der ägyptischen Baumwollernte und ist daher für ein Monokulturland ein unersetzlicher Handelspartner. Außerdem haben die Ostblockstaaten in der Vergangenheit niemals versucht, auf die Unabhängigkeit Ägyptens und der anderen arabischen Länder einen Einfluß auszuüben — im Gegenteil, sie haben während der letzten Jahre diese Länder in diesen Bestrebungen wesentlich unterstützt. Die Forderung der Westmächte, keine guten Beziehungen zu den Ostblockstaaten zu unterhalten, muß daher vom ägyptischen Standpunkt aus als unrealistisch und unverständlich erscheinen. Im übrigen waren die Beziehungen Ägyptens zum Ostblock, als die USA ihre Zusage zur Finanzierung des Assuandamms gaben, in Washington bestens bekannt.

Zu 2) Durch die zunehmenden Grenzverletzungen Israels im ersten Halbjahr 1955, die auch von der UNO verurteilt wurden, war Ägypten zur Aufrechterhaltung seiner Sicherheit gezwungen, die unzureichende militärische Ausrüstung zu verstärken. Ägypten bat damals die Westmächte nachdrücklich, die Waffen zu liefern, die Ägypten bereits im voraus bezahlt hatte und deren Lieferung von den Westmächten vertraglich zugesichert war. Da die Westmächte sich trotz mehrfacher ägyptischer Vorstellungen weigerten, diese Waffen zu liefern, zwangen



sie Ägypten, aus dieser Notlage einen Ausweg zu suchen. Die westlichen Regierungen wurden vor dem Abschluß des Waffengeschäftes mit der Tschechoslowakei rechtzeitig informiert, sie glaubten jedoch damals offenbar an einen ägyptischen Bluff. Der Abschluß dieses Waffengeschäftes war schließlich bekannt, als die angelsächsischen Regierungen Ende vergangenen Jahres ihre Finanzierungs-  
zusage zum Assuan-Projekt abgaben.

Zu 3) Es ist eine irreführende Simplifizierung, wenn man von einer antiwestlichen ägyptischen Politik spricht. Da die ägyptische Außenpolitik aus den bekannten Gründen unabhängig sein muß, wird sie konsequenterweise in Gegensatzlichkeiten zu solchen Ländern geraten, die versuchen, diese Unabhängigkeit zu beeinträchtigen, dabei ist es gleich, ob die Länder im östlichen oder im westlichen Lager stehen. Die Anzahl derjenigen Länder, zu denen Ägypten in der westlichen Welt gute und freundschaftliche Beziehungen unterhält, ist im übrigen größer als die Zahl sämtlicher Ostblockstaaten. Wenn Ägypten sich aus den bekannten Gründen gegen politische Einflußnahme der USA, Englands und Frankreichs in die arabische Welt zur Wehr setzt, so ist dies keine anti-westliche, sondern eine individuell gegen diesen Teil der Politik dieser Länder gerichtete Abwehrpolitik. Auch diese politische Auffassung Ägyptens war z. Zt. des angelsächsischen Finanzierungsangebots im Westen bekannt.

Zu 4) Man wirft dem ägyptischen Präsidenten Nasser verantwortungsloses Spiel zwischen Ost und West vor. Man will damit sagen, daß man Ägypten seine unabhängige, mit anderen Worten ägyptische Politik, welche aus den bekannten Gründen gute Beziehungen sowohl zum Osten als auch zum Westen suchen muß, verübelt. Die Erklärung des UN-Generalsekretärs Hammarskjöld, die verständnisvolle und mäßige Haltung Präsident Nassers habe wesentlich zum Erfolg seiner kürzlich abgeschlossenen Friedensaktion im Nahen Osten beigetragen, zeigt im übrigen, daß Ägypten in Verfolgung dieser Politik die Grenzen des Möglichen und zu Verantwortenden einhält. Seit wann ist es aber in der Politik grundsätzlich nicht mehr erlaubt, die besonderen Umstände der jeweiligen weltpolitischen Situation zum Besten des eigenen Landes auszunutzen? Wer hat Großbritannien ernstlich Vorhaltungen gemacht, daß es — obwohl eins der wichtigsten Mitglieder westlicher Verteidigungsgemeinschaft — mit Rot-China nicht nur diplomatische, sondern auch enge wirtschaftliche Beziehungen unterhält und dies sogar zu einer Zeit, als in Korea Krieg geführt wurde? Wer hat es der französischen Regierung verübelt, als sie im Zusammenhang mit der EVG zwischen Washington, Bonn und London eine sehr geschickte Politik trieb und damit die als lebensentscheidend angesehene Frage der westlichen Verteidigung aufs Spiel setzte? Wer hat es den Franzosen verübelt, daß sie versuchten, zum Vorteil ihres Landes das Saargebiet zwischen Washington und Bonn auszuspielen? Schließlich handelte es sich hierbei nicht nur um eine wirtschaftliche Frage, sondern um die Volkszugehörigkeit Millionen Deutscher. Wenn man trotzdem gegenüber Ägypten andere Bewertungsmaßstäbe für das, was in der Politik erlaubt ist, anlegt, so ist dies nur aus der im Verlauf des Kalten Krieges entstandenen Vermischung von Politik und Moral zu verstehen. Auf einen kurzen Nenner gebracht heißt dies: der Kommunist ist schlecht, der Antikommunist ist gut, der Unabhängige verdächtig. Ägypten und beispielsweise auch Indien gelten aus dieser sehr gefährlichen und einseitigen Sicht her gesehen als suspekt, infolgedessen ist für Ägypten die Politik als die Kunst des Möglichen nicht mehr erlaubt. Daß sich Ägypten in seiner politischen Bewegungsfreiheit auch in Zukunft nicht beschneiden lassen





*Nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Räumung der Suez-Kanal-Zone von britischen Soldaten (Nasser und Nutting). Foto: Keystone*



*Bei der Räumung der Suez-Kanal-Zone durch die Engländer (1954). Freundlicher Abschied. Foto: Keystone*





*In Liebe vereint — 1955. Nasser und Eden in Kairo.*

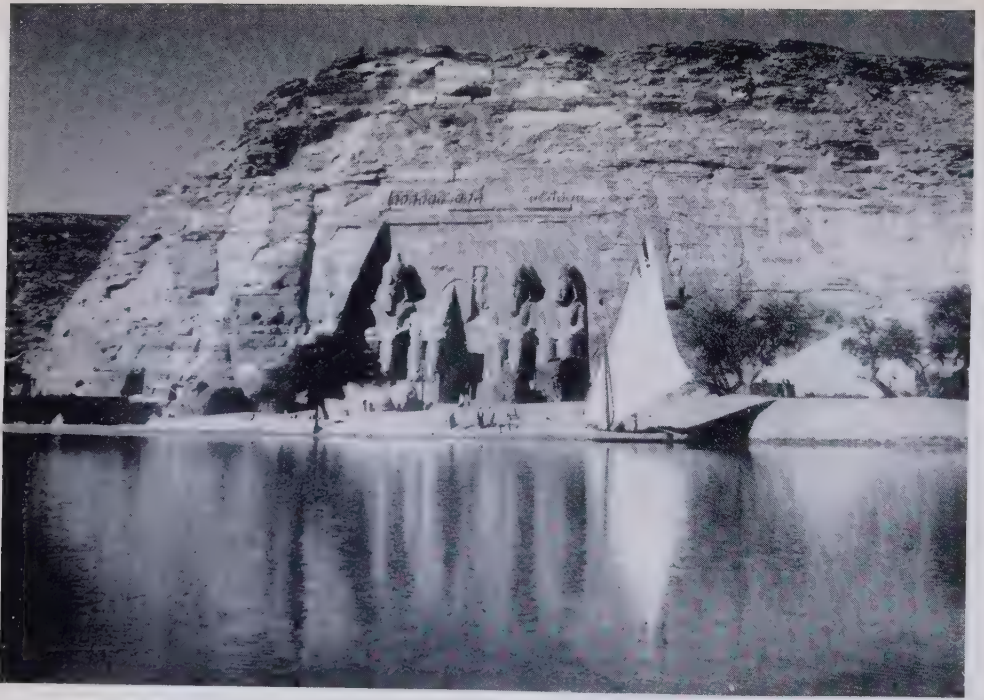
*Foto: UP*





*Dritte Kombination — 1955. Tito und Nasser in Ismailia*





*Altes Ägypten: Tempel Ramses' II. in Abu Simbel*



*Neues Ägypten: Libanesische Gebirgsschützen paradieren vor Nasser in Kairo.*

*Foto: Keystone*



würde, war London und Washington ebenfalls bekannt, als sie ihre Finanzierungszusagen gaben.

Zu 5) Wenn man den westlichen Zeitungen glauben darf, sind es vor allem drei innerpolitische Einflüsse gewesen, die vor den Präsidentschaftswahlen die US-Regierung bewogen haben, ihr Finanzierungsangebot zurückzuziehen. Da waren einmal die Vertreter der Baumwollfarmer, also Lobbyisten, und die extrem anti-kommunistischen Vertreter der republikanischen Partei, die sich bereits seit über einem Jahr einer amerikanischen Hilfe für den Assuandamm widersetzen, sowie die sehr kapitalkräftigen Zionisten, welche auf die 5 Mill. Mitglieder zählende jüdische Minderheit in den USA einen entscheidenden Einfluß ausübten. Die letzte Gruppe dürfte — da die Baumwollfarmer und die extremen Antikommunisten bereits Ende vergangenen Jahres gegen die amerikanische Finanzierungszusage Sturm liefen — mit ausschlaggebend gewesen sein. Hinzu kommt, daß in den angelsächsischen Ländern auf Grund der allgemeinen Entspannung Auffassungen spürbar werden, daß eine Hilfe für den Hochstaudamm nicht mehr von solcher politischer Wichtigkeit sei, wie dies noch im Dezember vergangenen Jahres der Fall schien.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Weltbankpräsident Black dem ägyptischen Finanzminister Dr. Kaissouni Mitte August 1956 noch einmal schriftlich versicherte, die Weltbank betrachte ihr Angebot weiter als gültig. Dieses Schreiben traf erst in Kairo ein, als Außenminister Dulles bereits sein „nein“ ausgesprochen hatte. Man muß hieraus den Eindruck gewinnen, daß die amerikanische Regierung sehr kurzfristig und ohne längere Überlegung ihre Entscheidung gefällt hat.

Die demonstrative Form, welche der US-Außenminister für seine Absage an Ägypten wählte, wurde ausschlaggebend für die folgenden Ereignisse am Suez-Kanal.

### Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft

Im Zusammenhang mit der Ende Juli 1956 verfügten Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft sind gegen die ägyptische Regierung Vorwürfe erhoben worden, welche den Eindruck erwecken, daß die Freiheit der Schifffahrt durch den Suez-Kanal ernstlich gefährdet sei und Ägypten den Boden eines Rechtsstaates verlassen habe. Zur Richtigstellung dieser Behauptungen diene das Folgende:

1. Die Suez-Kanal-Gesellschaft war eine ägyptische Gesellschaft, welche ausschließlich ägyptischem Recht unterliegt.

2. Der Suez-Kanal fließt durch ägyptisches Hoheitsgebiet und ist eine ägyptische Wasserstraße.

3. Die Verstaatlichung einer den Landesgesetzen unterliegenden Gesellschaft ist ein Akt, welcher im Rechtsbereich der betreffenden Regierung liegt. Es ist also ein Akt innerhalb der Souveränität eines Landes.

4. In zahlreichen westlichen Ländern haben die Regierungen die Verstaatlichung von Grundstoffindustrien und Verkehrseinrichtungen bereits vorgenommen bzw. erwägen, solches zu tun. Auch bei diesen Gesellschaften waren Aktien in der Hand ausländischer Personen.

5. Die Inhaber der Suez-Kanal-Aktien sollen voll entschädigt werden, zu dem an der Pariser Börse gültigen Kurs, welcher am Tage vor der Verstaatlichungsbekanntgabe notiert wurde.



6. Die ägyptische Regierung will sich an die im Jahre 1888 in Konstantinopel vereinbarte Konvention halten, wonach die Freiheit der Schifffahrt auf dem Suez-Kanal weder durch wirtschaftliche noch militärische Gründe beeinträchtigt werden darf. Sofern eine Einengung dieser Freiheit eintreten sollte, soll der Grund hierfür nicht bei Ägypten liegen können. Ägypten ist schon aus wirtschaftlichen Gründen in höchstem Maße daran interessiert, daß der Verkehr durch diese Wasserstraße den größtmöglichen Umfang hat.

7. Ägypten hat durch die Verstaatlichung der ehemaligen Suez-Kanal-Gesellschaft nicht gegen das britisch-ägyptische Abkommen über die Räumung der Suez-Kanal-Zone verstoßen, wie vielfach behauptet wurde.

Der für diese Frage entscheidende § 2 des Abkommens lautet:

„Die beiden Vertragspartner kommen überein, daß der Suez-Kanal, ein Teil Ägyptens, eine Wasserstraße von internationaler Bedeutung ist, sowohl unter wirtschaftlichen wie strategischen Gesichtspunkten gesehen. Beide Länder bestehen darauf, daß das Abkommen von Konstantinopel vom 29. Oktober 1882 eingehalten wird.“

Die ägyptische Regierung hat mehrfach betont, daß sie zu den Abmachungen dieses Abkommens stehe.

#### Das Gesetz über die Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft

§ 1. Die „Compagnie Universelle du Canal de Suez, — S. A. E.“ wird verstaatlicht. Eigentum, Rechte und Verpflichtungen gehen auf den Staat über. Alle Direktionsausschüsse und -organe, denen augenblicklich die Verwaltung der Gesellschaft obliegt, werden aufgelöst. Die Zahlung von Entschädigungen an Aktionäre und Inhaber von Gründeraktien erfolgt auf der Basis des vor Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes an der Pariser Effektenbörse notierten Kurses. Die Entschädigung wird erst nach erfolgter Übertragung allen Besitzes und aller Guthaben der verstaatlichten Gesellschaft auf den Staat gezahlt.

§ 2. Die Leitung des durch den Suez-Kanal gehenden Transitverkehrs wird einer Körperschaft übertragen, die den Charakter einer juristischen Person trägt und dem Handelsministerium angegliedert ist. Die Zusammensetzung der Körperschaft und das Entgelt für ihre Mitglieder wird durch Dekret des Präsidenten festgelegt. Diese Verwaltungskörperschaft verfügt über die notwendigen Befugnisse und ist Regierungsverfügungen und -bestimmungen nicht unterworfen. Die Körperschaft wird einen eigenen Haushalt haben, der nach den für Handelsunternehmen üblichen Gesichtspunkten aufgestellt wird. Das Haushaltsjahr läuft vom 1. Juli bis Ende Juni eines jeden Jahres. Das erste Haushaltsjahr wird nach Inkrafttreten dieses Gesetzes beginnen und bis Ende Juni 1957 laufen. Haushalt und Bilanz werden durch ein Dekret des Präsidenten gebilligt. Diese Körperschaft wird ein oder mehrere ihrer Mitglieder mit der Durchführung der von ihr gefaßten Beschlüsse oder der ihr übertragenen Aufgaben beauftragen können. Sie wird auch aus ihren Mitgliedern oder anderen Personen technische Ausschüsse bilden können, von denen sie sich beraten läßt. Der Präsident der Körperschaft wird sie bei den Justiz- und anderen Behörden der Regierung sowie dritten Personen gegenüber vertreten.

§ 3. Die Guthaben der verstaatlichten Gesellschaft sowohl in der ägyptischen Republik wie im Ausland werden gesperrt. Ohne Zustimmung der in § 2 erwähnten Körperschaft dürfen Banken, Organisationen und Privatpersonen in keiner

Weise über diese Guthaben verfügen, irgend eine Summe zahlen oder irgend welche Forderungen und Verpflichtungen regeln.

§ 4. Die Körperschaft wird die derzeitigen Angestellten, Beamten und Arbeiter der verstaatlichten Gesellschaft beibehalten; sie müssen ihre Arbeit fortsetzen und dürfen ohne vorausgegangene Zustimmung der in § 2 erwähnten Körperschaft ihre Tätigkeit nicht aus irgend einem Grunde einstellen.

§ 5. Übertretungen der in § 3 erwähnten Regelungen werden mit Gefängnis und einer Geldstrafe, die dreimal so hoch ist wie der Betrag, der zur Übertretung Anlaß gab, geahndet. Übertretungen von § 4 werden mit Gefängnis und der Entziehung jeglichen Anspruches auf Entgelt oder Pension bestraft.

§ 6. Dieser Erlaß wird nach seiner Veröffentlichung im Staatsanzeiger rechtskräftig und gültig. Der Handelsminister wird die für seine Anwendung notwendigen Beschlüsse treffen. Der Erlaß trägt das Siegel des Staates und wird wie jedes andere Gesetz Anwendung finden.

Dieses Gesetz wurde am 26. Juli im Staatsanzeiger veröffentlicht und wird seit diesem Tag angewandt.

Aus der ägyptischen Regierungserklärung vom 12. August 1956

Die ägyptische Regierung hat am 12. August eine Erklärung zur Suez-Kanal-Frage abgegeben, mit der sie zugleich Antwort auf das Dreimächte-Kommunique (der USA, Großbritanniens und Frankreichs) und ihre Absage an die geplante Londoner Suez-Kanal-Konferenz erteilte. Im folgenden seien einige wesentliche Stellen dieser Erklärung zitiert:

Die Suez-Kanal-Gesellschaft war eine ägyptische Gesellschaft, der für die Dauer von 99 Jahren die Konzession von der ägyptischen Regierung erteilt wurde. Artikel 16 des zwischen der ägyptischen Regierung und der Gesellschaft abgeschlossenen Konzessionsvertrages bestimmt, daß

„die Suez-Kanal-Gesellschaft eine ägyptische Gesellschaft ist, die den ägyptischen Gesetzen und dem ägyptischen Gewohnheitsrecht unterworfen ist.“

Die britische Regierung erkannte dies an und verteidigte diese Ansicht sogar vor dem gemischten Gerichtshof in Ägypten. Das Memorandum, welches der Vertreter der britischen Regierung im Jahre 1939 dem gemischten Berufungs- und Revisionsgericht von Alexandrien vorlegte, enthielt die folgende Erklärung:

„Die Suez-Kanal-Gesellschaft ist gemäß ägyptischem Recht eine juristische Person. Sie ist rein ägyptisch in Nationalität und Status und aus diesem Grunde der ägyptischen Gesetzgebung unterworfen. Zwar erhielt die Gesellschaft den Namen „Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez“, diese Bezeichnung hat aber keinerlei rechtliche Bedeutung. Aus dem Namen der Gesellschaft lassen sich keinerlei juristische Folgerungen ableiten. Diese Bezeichnung kann der Gesellschaft zweifellos ihre ägyptische Nationalität nicht nehmen. Aufgrund der allgemein festgelegten Rechtsprinzipien, insbesondere der Grundsätze des internationalen Privatrechts und den Bestimmungen des Gesellschaftsrechts, ist sie ägyptisch. Sie ist ägyptisch, weil ihr eine Konzession gewährt wurde, deren Gegenstand ägyptisches Staatsvermögen ist und weil juristischer Hauptsitz Ägypten ist. Es wäre eine rechtliche Abnormität, wenn man die Gesellschaft gleichzeitig als ‚ägyptische‘ und als ‚nicht-ägyptische internationale‘ Gesellschaft ansähe. Eine solche Definition läuft den allgemeinen Rechtsprinzipien zuwider.“



Die ägyptische Regierung stellt mit Bedauern fest, daß das Dreimächte-Kommuniqué in dem erneuten Versuch, dem Suez-Kanal einen internationalen Charakter beizulegen, die Tatsachen falsch darstellt. Die Konvention von 1888 garantiert die ungehinderte Benutzung des Suez-Kanals. Zweck der Konvention, so hieß es in der Präambel, sei die Schaffung eines festumrissenen Systems, das allen Staaten die freie Benutzung des Kanals garantieren sollte. Artikel 1 besagt:

„Der Kanal soll in Friedens- wie auch in Kriegszeiten allen Handels- und Kriegsschiffen offenstehen.“<sup>1)</sup>

In Artikel 13 der Konvention von 1888 heißt es, daß diese Konvention mit Ausnahme der ausdrücklich in ihren Bestimmungen festgelegten Verpflichtungen die souveränen Rechte der ägyptischen Regierung in keiner Weise beeinträchtigt. Art. 14 d. Konv. weist klar auf die Tatsache hin, daß zwischen der Konvention von 1888 und der Suez-Kanal-Gesellschaft keine Beziehungen bestehen. Es heißt dort:

„Die sich aus der vorliegenden Konvention ergebenden Verpflichtungen werden nicht durch die Dauer der Konzession begrenzt, die der Suez-Kanal-Gesellschaft gewährt worden ist.“

Es ist bekannt, daß die Konzession der Gesellschaft in 12 Jahren ablaufen sollte, und daß die ägyptische Regierung dann in der Verwaltung und dem Betrieb des Kanals Nachfolgerin der Suez-Kanal-Gesellschaft geworden wäre . . .

In Abs. 3 des Kommuniqué wird behauptet,

„daß die von der ägyptischen Regierung unternommenen Schritte — die nach Erwägung aller Begleitumstände unternommen wurden — die von der Konvention von 1888 garantierte Freiheit und Sicherheit des Kanals bedrohten.“

Diese Feststellung entbehrt jeder Grundlage, da zwischen der Suez-Kanal-Gesellschaft und der Konvention von 1888 bezüglich der freien Schifffahrt durch den Kanal keine Verbindung besteht. Artikel 14 der Konvention von 1888 stellt klar heraus, daß „die sich aus der vorliegenden Konvention ergebenden Verpflichtungen nicht durch die Dauer der der Suez-Kanal-Gesellschaft gewährten Konzession begrenzt sind.“ Die Suez-Kanal-Gesellschaft ist niemals für die freie Schifffahrt durch den Kanal verantwortlich gewesen, das ist die Aufgabe der Konvention von 1888, und die ägyptische Regierung wacht über diese Freiheit in ihrer Eigenschaft als Land, in dessen Hoheitsgebiet der Kanal liegt und zu dessen Hoheitsgebiet er als untrennbarer Bestandteil gehört. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Ägypten niemals eine seiner internationalen Verpflichtungen verletzt hat. Es ist ganz und gar unvorstellbar, daß irgendeine Gesellschaft für die Freiheit der Schifffahrt auf dem Suez-Kanal und für die Sicherheit des Kanals verantwortlich gemacht werden kann. Diese Verwirrung zwischen der Suez-Kanal-Gesellschaft und der freien Schifffahrt ist nur ein weiterer Beweis für den vorsätzlichen Versuch, einen Vorwand für eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und die Souveränität Ägyptens zu finden.

Absatz 4 des Kommuniqués besagt, daß

„die drei Regierungen der Ansicht sind, daß Schritte unternommen werden sollten, um Abmachungen über den Betrieb des Kanals im Rahmen eines internationalen Systems zu treffen, das einen ununterbrochenen Betrieb

<sup>1)</sup> Eine Vereinbarung, über die sich England während des Ersten und Zweiten Weltkrieges hinwegsetzte, indem es den Kanal für deutsche Schiffe sperrte. Die ägyptische Regierungserklärung erwähnt diese Tatsache nicht.

des Kanals, so wie es in der Konvention vom 29. Okt. 1888 garantiert worden ist, im Einklang mit den berechtigten ägyptischen Interessen gewährleistet soll."

Dieser Absatz weist klar auf die Gründe hin, die hinter dem Versuch der drei westlichen Regierungen stehen, der Suez-Kanal-Gesellschaft einen „internationalen“ Charakter beizumessen und die Bestimmungen aller Konventionen und Gesetze zu mißachten. Ziel des Kommuniqués ist die Anerkennung der festbegründeten ägyptischen Rechte sowie die Anerkennung der Souveränität über den Kanal, der ein untrennbarer Bestandteil ägyptischen Hoheitsgebietes ist. In der Konvention von 1888 selbst heißt es, daß sie während der Dauer der Konzession sowie nach deren Ablauf und der Übernahme der Verwaltung des Kanals durch die ägyptische Regierung in Kraft bleibe. Nach Ansicht der ägyptischen Regierung ist der Vorschlag für die Schaffung einer internationalen Behörde nur eine milde Umschreibung dessen, was man als „kollektiven Kolonialismus“ bezeichnen sollte. Dieser Vorschlag, der sich auf irreführende Erklärungen, denen zufolge der ägyptischen Gesellschaft ein internationaler Charakter beigemessen wurde, stützt, läßt klar erkennen, daß die drei Westmächte Ägypten eines seiner souveränen Rechte berauben wollen.

Nach der Bekanntgabe der Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft bekräftigte die ägyptische Regierung ihre Entschlossenheit, die freie Schifffahrt durch den Kanal zu garantieren. Die Verstaatlichung der Suez-Kanal-Gesellschaft hat die Freiheit der Schifffahrt im Kanal in keiner Weise beeinträchtigt, wie aus der Anzahl der Schiffe (766) hervorgeht, die in den letzten beiden Wochen den Kanal passierten.

### Die Londoner Suez-Kanal-Konferenz

45 Staaten hatten die Konventionen von Konstantinopel unterzeichnet. Zu der Suez-Kanal-Konferenz in London (vom 17.—23. August) hatte man nur 22 Staaten eingeladen. Zwei Vorschläge wurden als Mehrheits- bzw. Minderheitsentschlösungen überreicht. 17 von den 22 vertretenen Ländern sprachen sich für einen amerikanischen Plan aus, der die Errichtung einer internationalen Körperschaft mit ägyptischer Beteiligung für den Betrieb des Kanals vorsieht. Außer von den drei Westmächten wurde dieser sog. „Dulles-Plan“ von der Bundesrepublik, Australien, Dänemark, Holland, Italien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Schweden, Äthiopien, Iran, der Türkei und Pakistan gebilligt. Für den von der indischen Regierung eingebrachten „Menon-Plan“, der die volle Souveränität Ägyptens am Suez anerkennt und lediglich eine beratende Körperschaft der Interessenvertreter der Benutzer des Kanals mit Verbindungsfunktionen zur ägyptischen Suez-Kanal-Gesellschaft bei gleichzeitiger Berichterstattungspflicht dieser gegenüber den Vereinten Nationen vorsieht, stimmten vier Mächte: Indien, die Sowjetunion, Indonesien und Ceylon.

Die Konferenz endete, ohne daß man sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte. Einig war man sich nur in dem Punkte, daß der ägyptischen Regierung die Protokolle der Konferenz mit den Sitzungsberichten übermittelt werden. Den rivalisierenden Gruppen wurde freigestellt, ihre Entschlüsse gesondert zu übermitteln. Gleichzeitig erklärten die 17 Delegationen, welche den „Dulles-Plan“ unterstützen (Spanien, das dem amerikanischen Plan nur bedingt zugestimmt hatte, schloß sich dem Vorgehen der Mehrheitsgruppe nicht an), einen



Fünferausschuß nach Kairo zu entsenden, um die Verhandlungsbereitschaft Ägyptens über die Vorschläge der Mehrheitsgruppe zu erkunden. Dem Ausschuß gehören an: Äthiopien, Iran, Schweden und die USA.

Die Konferenz war eröffnet worden durch eine Erklärung des britischen Außenministers Selwyn Lloyd, der u. a. sagte: „Wir haben militärische Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß wir das Recht hatten, dies zu tun . . . Die britische Regierung und das britische Volk greifen nur ungern zu dem Mittel der Gewaltanwendung . . . Nach meiner Meinung hat sich die ägyptische Regierung einer illegalen Handlung schuldig gemacht. Das Resultat ist die Schädigung des Vertrauens gegenüber Ägypten, und es beeinflußt ein Weiterfließen von Investitionen in die unterentwickelten Länder . . . Souveränität bedeutet nicht das Recht, innerhalb des nationalen Gebietes das zu tun, was vom internationalen Standpunkt aus schädlich ist . . . Es liegt im Interesse Ägyptens, diese Angelegenheit aus dem Bereich der internationalen Politik herauszunehmen. Irgendein internationales System muß gefunden werden . . .“

Demgegenüber erklärte der indische Sprecher Krischna Menon: die USA, England und Frankreich sollten die Gelegenheit ergreifen, die „Rolle eines Unterhändlers und nicht die eines Diktators“ zu übernehmen. Jede Art von Diktat werde die Entwicklung in den Beziehungen zwischen Asien und Europa beeinträchtigen. Sollte Ägypten ein Diktat aufgezwungen werden, könnte „die Lage sehr ernst“ werden. Die Rechtmäßigkeit der Verstaatlichung der Kanal-Gesellschaft durch Ägypten könne nicht in Frage gestellt werden. Zwar müsse die Freiheit der Kanaldurchfahrt gesichert werden. Dies könne aber nur durch ägyptische Behörden geschehen.

Zur gleichen Zeit forderte der indonesische Staatspräsident auf zu der Erkenntnis, daß das Schicksal der Welt nicht mehr ausschließlich von Washington und Moskau aus bestimmt werden könne. Die Welt müsse mit der Existenz neuer Pole wie Kairo, Neu-Dehli und Djakarta rechnen. Die asiatisch-afrikanischen Völker müßten sich zu dem Ruf vereinen: „Hände weg von Ägypten!“

Von ägyptischer Seite wurde zur Konferenz erklärt: Kein Staat, keine Gruppe von Staaten habe das Recht, die Macht oder die Herrschaft über einen integrierenden Teil eines anderen souveränen Staates zu usurpieren, es sei denn, wir lebten noch unter den Gesetzen des Faustrechts. Solange die freie Durchfahrt aller durch den Suez-Kanal durch Ägypten garantiert sei, habe niemand das Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzumischen.

Inzwischen ist die Mission des Fünfmächteausschusses in Ägypten erfolglos beendet worden. Aus einem Brief des ägyptischen Staatspräsidenten Nasser vermag man in etwa zu entnehmen, welchen Eindruck der Mehrheitsvorschlag der Londoner Konferenz auf die Männer am Nil gemacht hat: Es sei schwierig, so erklärte darin Nasser, „sich etwas mehr Herausforderndes vorzustellen“. Nasser nannte die Dinge beim Namen: „Der Zweck des Vorschlages ist“, erklärte er in seinem Schreiben, „Ägypten den Suez-Kanal aus der Hand zu nehmen und ihn in andere Hände zu legen. Ein derartiger Akt ist selbsterniedrigend und dazu angetan, Reibungen, Mißverständnisse und fortgesetzten Zwist hervorzurufen. Er würde mit anderen Worten nicht das Ende, sondern den Anfang der Schwierigkeiten bilden.“

## Weltpolitische Umschau

Ein Brief aus den USA zu den bevorstehenden Wahlen

Man hat in Amerika darauf bestanden, alle vier Jahre eine Präsidentenwahl abzuhalten und daß kein Präsident länger als zwei Termine dem Lande vorstehen soll. Die eine Regel ist in der amerikanischen Verfassung vorgesehen, die andere hatte allgemeine Geltung, bis Roosevelt im Jahre 1940 veranlaßt wurde, einen dritten Amtstermin zu suchen, und vier Jahre später sogar einen vierten. In jeder Präsidenten-Wahl, mit wenig Ausnahmen, standen sich die zwei großen Parteien einander gegenüber, die republikanische Partei, die im Jahre 1860 ihren Ursprung hat, und die demokratische, die unter zwei oder drei verschiedenen Namen schon lange vorher bestand.

Europäische Beobachter haben manchmal Schwierigkeiten, die verschiedenen Begriffe auseinander zu halten, die in den zwei Worten Demokratie und Republikanismus enthalten sind. Beide sind Parteinamen, die zum größten Teil ihre frühere und eigentliche Bedeutung verloren haben. Kein Parteigenosse der republikanischen Partei braucht deshalb weniger demokratisch gesinnt zu sein als sein politischer Gegner, und umgekehrt, kein Demokrat würde es lieben, seines Parteinamens halber beschuldigt zu werden, daß er weniger die Rechte und Pflichten des republikanischen Vaterlandes achte oder befolge.

Außerlich betrachtet mag es manchmal so scheinen, als ob die politischen Verhältnisse, besonders am Vorabend wichtiger Wahlen, an die Zustände Ostroms, zu Zeiten des großen Justinianus, erinnerten, an die Zirkusparteien der Blauen und Grünen in Konstantinopel. Der Fall liegt jedoch anders. Allerdings hat das politische Bild, besonders in Wahljahren, manche Ähnlichkeit mit dem römischen Parteiwesen. Nur war damals das politische Leben beschränkt auf Rom oder Konstantinopel, während heutzutage das politische Leben und Treiben in unseren Multimillionenstädten gleichfalls stark pulsiert, in New York, Chicago, oder auch Detroit und San Francisco.

Es wird auch in der bevorstehenden Wahl nicht so sehr darauf ankommen, wie richtig oder falsch die Ansichten oder Vorschläge zur Ausführung von Plänen innerer oder auswärtiger Politik sind, auch diesmal wird die öffentliche Meinung überwältigen und beherrschen und die Wahlresultate bestimmen. Das ist die Natur des modernen Staatswesens in Zeiten politischen Hochgefühls, und kein hochgesinnter Idealist in beiden Lagern wird viel an dieser Sache ändern

können. Die Entscheidung ruht auf den Knien der Götter, und die modernen Götter sind die Menschen selber.

Man wird die innerpolitische Lage in den USA von heute kaum recht verstehen können ohne einen Rückblick auf die Verhältnisse im Wahljahr 1948, als Harry Truman wider aller Erwarten den republikanischen Kandidaten Dewey von New York besiegte und so die lange Periode demokratischer Herrschaft, von 1933 an, auf weitere vier Jahre verlängern konnte. Diese vier Jahre demokratischer Regierung, bis zum 1. Januar 1953, brachten jedoch mehrere aufregende Ereignisse mit sich, vor allem den koreanischen Krieg und die Spionageprozesse, die hauptsächlich dazu beitrugen, die scheinbar unerschütterliche Stellung demokratischer Politiker ins Wanken und schließlich zu Fall zu bringen. Wie in der Wahl im November 1948 der Sieg Trumans über Dewey sehr unerwartet kam — die republikanischen Parteiführer hatten in jener Nacht schon das Siegesmahl auf dem Tisch, ein Festmahl, das nie gegessen wurde — ganz ähnlich ging es wieder im November 1952 aus, als General Eisenhower mit überwiegender Mehrheit seinen Gegner, den demokratischen Kandidaten Stevenson besiegte.

Vorausschauende wie Stanley High und Dutzende von anderen hatten bestimmt erklärt, daß ein republikanischer Wahlsieg eine Unmöglichkeit sei, daß tatsächlich das Zweiparteiensystem aufgehört habe und daß Amerika wohl für immer in den Händen der Demokraten bleiben werde. Aber es kam ganz anders. Ohne näher auf den koreanischen Krieg einzugehen, — die ausschlaggebenden Ereignisse im letzten Jahr der Truman-Regierung waren die Enthüllungen, die der Fall Chambers-Hiss mit sich brachte. Man könnte ruhig sagen, daß der Fall eine Art Präludium war zu der Wahl vom 8. November 1952. Energische Männer wie der damalige US-Senator Nixon nahmen sich des vielgeschmähten Mister Chambers an, und die Untersuchungen brachten haarsträubende Zustände ans Licht. Es kam zutage, daß die Regierung den Skandal gerne vertuscht hätte, hatte doch Präsident Truman geringschätzig behauptet, daß alle die bösen Gerüchte, die über kommunistische Wühlereien im Umlauf waren, bloß „red hering“ seien, man brauche sie nicht so ernst zu nehmen. Tatsächlich endeten die langen Verhöre in einer fünfjährigen Zuchthausstrafe für Hiss und schließlich dem glänzenden Wahlsieg der Republikaner. Senator



Nixon wurde zur Belohnung in der Wahl Vizepräsident der Vereinigten Staaten. Und das bringt einen auf die Wahrscheinlichkeiten der kommenden Wahl dieses Jahres.

Man hat den Eindruck, daß Nixon nicht gerade ein Liebling des amerikanischen Volkes ist. Seine zahlreichen Gegner haben in den vier Jahren dafür gesorgt, daß sein Name genügend angeschwärzt und in der öffentlichen Meinung herabgesetzt wurde. Gegenüber dem etwas farblosen Eisenhower ist Nixon jedenfalls ein entschiedener Vertreter gesunder, ehrlicher und wohlmeinender Ideen und Ideale, sowie bester Regierungsprinzipien. Es fehlt ihm vielleicht etwas, was man hierzulande „charm“ nennt, die Fähigkeit, sich beliebt zu machen.

Was Eisenhowers Gesundheit betrifft, ist es jetzt jedenfalls zu spät, seine Kandidatur zurückzuziehen. Wie die Gesundheitszustände oder Möglichkeiten anderer etwaiger Kandidaten für verschiedene Ämter liegen, darüber gab eine kleine Zusammenstellung von Raymond Moley kürzlich reichlich Aufschluß. Sein Bericht liest sich beinahe wie ein Hospitalbulletin. „Abgesehen vom Präsidenten, so schreibt Moley, scheinen die Republikaner bessere Ausweise zu haben, Nixon hat eine Tonsillektomie gehabt.

Knowland hat einen perfekten Ausweis, keine Krankheiten, keine Operationen, keine Verletzungen. Dewey hatte nur eine Bursitis, die 1951 durch einen chirurgischen Eingriff behoben wurde. Gouverneur Christian Herter leidet an Arthritis, welche gemäß einer Angabe, die von ihm in einem Fernsehprogramm gemacht worden ist, es ihm schwierig macht, lange zu stehen oder weit zu gehen. US-News berichtet, daß ihm auch eine nicht-krebsartige Geschwulst aus der Lunge entfernt worden ist. Auf der Seite der Demokraten scheint Sen. Keftauver am meisten fit zu sein, d. h. physisch. Seine einzige Operation war eine Tonsillektomie. Das hat seine Fähigkeit, den „Fuß in den Mund zu stecken“, nicht beeinträchtigt. Lyndon B. Johnson, Senator aus Texas, erlitt 1955 einen Herzanfall. Die „US-News“ verzeichnen auch noch eine cystoskopische Entfernung von Nierenstein im Jahre 1948 und von einem größeren Stein auf Grund derselben Methode im Jahre 1955. Adlai Stevenson, scheint zu derselben Art von Beschwerden zu inklinieren. Denn er hatte die cystoskopische Entfernung von einem kleinen Nierenstein 1948 und einem größeren im Jahre 1955.“

G. L. Schanzlin

#### Aus einem Brief aus Schweden zur Wiedervereinigung

Deutschlands Neutralisierung kommt, — aber sie kommt zu spät! Die Lösung, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges abzeichnet als eine Alternative zu Adenauers westlich orientierter Politik, wird immer unsinniger, je mehr Zeit vergeht. Ein geeintes Deutschland, militärpolitisch neutral zwischen Ost und West, sollte bis vor einigen Jahren eine Brücke darstellen zwischen den Großmächten im Kalten Krieg. — Aber das „deutsche Wunder“ hat die Situation verändert! Diese beabsichtigte Brücke bekommt in um so höherem Maße Grade den Charakter einer Komprimierungsanlage für Revanche- und Revolutionsgefühle! Die Wiedervereinigung wird sowohl von Ost- wie von Westdeutschland in um so höherem Maße als einigende nationale Zielsetzung angesehen, — einigend, trotz allem, — aber eine Zielsetzung, welche von den ausländischen Mächten und deren Lakaien in Bonn und Berlin als Gegenströmung angesehen wird. . . . der neue sowjetische Kurs ist insofern alt, als er die Wiedervereinigung von dem Abstand Deutschlands vom Atlantikpakt abhängig macht. Adenauer sprach in den USA letzthin die Halbwahrheit aus, daß die Wiedervereinigung nur im Rahmen des

Atlantikpaktes gilt und durchgeführt werden kann . . . Ebenso hart wie Sowjetrußland hält Adenauer an seiner Linie fest . . Nicht zum mindesten hat das wärmere Klima der Welt die frostige Haltung Adenauers auftauen können. Die Stärkepolitik von gestern wird zur Schwäche von heute. — Wenn Churchill im Ernst den Atlantikpakt bis zur Aufnahme Sowjetrußlands erweitert, wie soll dann der gemeine Mann in Westdeutschland in dem Glauben bleiben, daß eine vollständige Integration im Atlantikpakt die Voraussetzung für alles andere sei? . . . Adenauers Rezept zur Wiedervereinigung fällt zu Boden, wie eine Haut von der Epoche des Kalten Krieges, und die Neutralität gewinnt Anhänger. — Aber das Risiko ist eben, daß diese Alternative der Neutralität zu spät kommt. Der Kalte Krieg hat die Teilung Deutschlands noch tiefer eingefroren. Der Kummer darüber wächst, ja er schlägt in Rachelüsternheit um, sobald offenbar wird, daß der Kalte Krieg vorbei ist und die Wiedervereinigung durchgeführt zu werden beginnt..

Deutsch von Emil Winkler nach einem Aufsatz von Gunnar Sundberg in Stockholms Aftonbladet.

## Der Raumwandel des Krieges

Die absolute Entortung des Kriegsschauplatzes\*)

ERNST VAN LOEN

Totale Technik und totale Strategie haben den Kriegsbegriff aufgelöst und den Kriegsschauplatz entortet. Zum Kriegsbegriff gehörte ein raumhaftes Gegenüber der Gegner auf der Ebene eines gemeinsamen Kriegsschauplatzes. Das Schlachtfeld war ein offener Kampfplatz, in sich begrenzt, übersehbar und kontrollierbar. Der Kampf fand unter Zeugen und Zuschauern statt. Es gab den sogenannten Feldherrnhügel, das spätere Hauptquartier im militärischen Operationsgebiet. Der Vollzug des militärischen Geschehens war deutlich abgegrenzt gegenüber den Lebensbereichen der am Kampfe nicht beteiligten Bevölkerung.

Der Krieg wurde zwischen Staaten in rechtlicher und moralischer Gleichberechtigung geführt. Es wurde zwischen Land- und Seekriegen unterschieden. Der Landkrieg war rein terran, der Seekrieg rein maritim. Land und Meer waren getrennte, von einander unterscheidbare und in der Kampfführung unterschiedene Welten. Infolgedessen waren auch ihre Kriegsschauplätze voneinander getrennt als Schauplätze zweier verschiedener Arten des Krieges und der Kriegführung. Land und Meer erzeugten zwei Raumbilder des Krieges, d. h. verschiedene Raumvorstellungen des Krieges, die durch die Flächen von Land und Meer als zweierlei Ebenen bedingt waren. Das freie Meer begann an der Drei-Meilen-Zone der Küstengewässer. Der Krieg war zweidimensional.

Das Raumbild des zweidimensionalen Land- und Seekrieges kennzeichnete die Form, in der seit Menschengedenken Kriege geführt wurden. Dieses Raumbild des Krieges — und damit auch der ihm entsprechende Kriegsbegriff — wandelte sich von Grund auf, als die Luftwaffe als selbständige dritte Waffengattung zu den bisherigen Landheeren und Marinestreitkräften hinzukam. So wurde aus dem zweidimensionalen der dreidimensionale Krieg. Das Hinzutreten der dritten Dimension führte zu völlig neuen Auffassungen vom Kriege und der Kriegführung.

Anfangs hatte man die Luftwaffe lediglich als Verstärkung, als bloße Steigerung der bisherigen Waffengattungen betrachtet. „Bald aber zeigte sich, daß diese Verstärkung und Steigerung das Wesen der in solcher Weise gesteigerten Kriegsort und des ihr zugehörigen Raumes aufs tiefste berührte.“ Das Flugzeug hob den rein maritimen Charakter des bisherigen Seekrieges und des von ihm herausgebildeten Prisensrechts auf. Denn es hob die Fläche des freien Meeres und das eindeutige Gegenüber der Feinde auf der gemeinsamen Ebene auf. Schon das Auftauchen der Unterseeboote im Ersten Weltkrieg hatte eine gewisse Raumveränderung des Seekrieges bewirkt. Aber das U-Boot war dem Element des Meeres noch verhaftet. Das Flugzeug dagegen verließ nicht nur die Oberfläche von Land und Meer, sondern das maritime und terrane Element überhaupt.

Die zweite Raumwirkung, die der Übergang vom zweidimensionalen zum dreidimensionalen Krieg hervorrief, lag darin, daß ganze Räume des freien Meeres zu Kriegszonen und Sperrgebieten erklärt wurden. Diese Räume mußten aus dem „Raum der Meeresfreiheit“ abgegrenzt werden. Die Ausdehnung des Kriegs-

\*) Vgl. zum folgenden *Carl Schmitt*: Der Nomos der Erde, Köln 1950, S. 285 ff.



schauplatzes als Folge des selbständigen Auftretens der Luftwaffe wurde „ins Unabsehbare gesteigert und ganz unwiderstehlich“. Sie zeigte eine Tendenz zur Raumlosigkeit und Unbegrenztheit schlechthin. Denn auch der Luftraum über den erweiterten Sperrzonen des Meeres wurde in die Sperrzonen mit einbegriffen. Durch die Verbindung von Luft- und Seekrieg war das freie Meer nicht mehr wie bisher der Raum des klassischen Seekrieges, der als Schauplatz für maritime Auseinandersetzungen gedacht, vorausgesetzt und innegehalten wurde. Das freie Meer verkümmerte jetzt ebenso wie das Land zur Basis der Luft-Strategie.

### Der Wandel durch Luftstrategie

Eine selbständige, nicht mehr im Rahmen reiner Seekriege und Landkriegsoperationen und nicht gegen das Potential, sondern den Bestand des Feindes geführte Luftstrategie stellt eine Kriegsart dar, „die durch keine Analogie oder Parallele mit den Regeln des bisherigen Land- und Seekrieges zu erfassen ist“. Die Luftstrategie brachte eine Art von Gewaltanwendung mit sich, deren spezifische Folgen wir uns erst zum Bewußtsein bringen müssen. Mit der neuen Art von Gewaltanwendung tauchten neue Rechtsprobleme auf. Man war genötigt, das luftstrategische Handeln entweder analog den bisherigen Land- und Seekriegsregeln zu bewerten oder nach völlig neuen Maßstäben zu suchen. Ein solcher Versuch wurde durch die Haager Luftkriegsregeln von 1922/23 unternommen. Die angelsächsisch-maritimen Mächte haben die Ratifikation dieser Regeln verweigert und damit deren internationale Anerkennung verhindert. Sie behielten sich vor, den Luftkrieg analog zum Seekriegsrecht bzw. zum Landkriegsrecht zu behandeln. Für England schien es einleuchtend, daß ein Flugzeug, das Bomben auf Menschen und Anlagen im feindlichen Hinterland wirft, dem Artilleriebeschuß von See her zu vergleichen und rechtlich gleichzustellen sei. Für die Briten war es kein großer Unterschied, Bomben durch ein Flugzeug in das feindliche Hinterland zu tragen oder durch ein Schiff die Küste zu beschießen, dessen Geschütze bis weit ins Land hineinragen. Für die Amerikaner dagegen erschien es einleuchtend, die Bombardierung offener Städte und Gebiete durch die Luftwaffe analog der Beschießung offener Ortschaften durch die Artillerie des Landheeres zu betrachten.

Für solche Betrachtungsweisen macht es keinen Unterschied, ob explosive Körper durch Artillerie vom Meer oder vom Lande aus ins Land geworfen oder ob sie aus der Luft von Flugzeugen ins Hinterland hineingetragen und auf die dort befindlichen Menschen und Dinge geworfen werden. Man hat versucht in der Bestimmung dessen, was als „kriegswichtiges Objekt“ und demnach als „erlaubtes Ziel“ des Bombenabwurfs anzusehen sei, den Begriff der „Konterbande“ heranzuziehen. Ein solcher Vergleich ist jedoch abwegig, da die Vernichtungsaktion des Bombenabwurfs keinen Beutekrieg, keine Wegnahme feindlichen Eigentums darstellt, vielmehr eben Vernichtungsaktion ist und nach der strategischen und taktischen Gesamtplanung auch sein soll.

Ebenso ist kein Vergleich der Luftstrategie mit dem bisherigen Landkrieg möglich. Das militärische Ziel des Landkrieges war die Besetzung des feindlichen Hinterlandes (*occupatio bellica*). Das Völkerrecht hatte diese zur rechtlichen Institution des Kriegsrechts entwickelt. Sie legte dem Okkupanten bestimmte Pflichten auf und gab ihm nur genau umrissene Rechte. Der Okkupant hat z. B. im besetzten Gebiet die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und sich als Autorität zu etablieren (vgl. Art. 43 der Haager Landkriegsordnung von 1907).

Der totale Luftkrieg führt zur Aufhebung jedes „Zusammenhanges von Schutz und Gehorsam“ im Sinne des bisherigen Kriegsrechts. Gerade die Erhebung der *occupatio bellica* zur Rechtsinstitution und zum eigentlichen Ziel des in rechtlicher Beschränkung geführten Krieges hatte im 18. und 19. Jahrhundert zur humanen Verortung des Krieges und zur Beendigung der mittelalterlichen Kriegführung geführt. Es ist nicht zufällig, daß die Rechtfertigung des totalen Luftkrieges durch die maritimen Mächte in Analogie zum Seekriegsrecht unternommen wurde. Der Seekrieg enthält in weit höherem Maße Elemente des reinen Vernichtungskrieges als der Landkrieg. Der Seekrieg sucht keine *occupatio bellica* sondern die totale Blockade. Die Blockademacht will im blockierten Gebiet die Sicherheit und Ordnung durch Hervorrufung von Hunger und Chaos zerstören, um den Feind in seiner physischen und moralischen Existenz zu schwächen und ihm dadurch das Rückgrat zu brechen. Die Hungerblockade war bereits der erste Durchbruch der Barbarei. Sie trifft die Zivilisten. Dagegen ist die Landarmee verantwortlich für das Leben und den Bestand der Bevölkerung in dem durch sie besetzten Gebiet. Die Flotte hat während des Krieges zum Lande nur eine negative Beziehung. Für sie sind Land und Zivilbevölkerung unterschiedslos Objekt militärischer Gewaltanwendung. Allein die Landarmee hat zum Land und zu der auf ihm lebenden Bevölkerung eine positive Beziehung. „Hier wird der unmittelbare Zusammenhang von Schutz und Gehorsam offensichtlich.“ Der Landkrieg als unmittelbarer und totaler Beutekrieg oder gar als reiner Ausrottungs- und Vernichtungskrieg hatte seit den Religionskriegen aufgehört. An seine Stelle war der gehegte „Krieg in Form“ getreten. Man kann den modernen Vernichtungskrieg in der Form des strategischen Luftkrieges daher juristisch nicht mehr fassen, wenn man die Wandlung des Raumbildes des Krieges vom zwei- zum dreidimensionalen Kriege nicht voll erfaßt.

„Die große Veränderung zeigt sich bei einer raumhaften Betrachtung darin, daß man in bezug auf den Luftraum nicht mehr wie bisher von einem Kriegsschauplatz sprechen kann.“ Der selbständige Luftraum ist raumlos, ohne echten Schauplatz, ohne wirkliche Zuschauer, ohne Beteiligte eines offenen Kampfes. Im Ersten Weltkrieg war eine gemeinsame Ebene der Kriegführung in der Anwesenheit der kämpfenden feindlichen Armeen in einem konkreten vis-à-vis noch vorhanden. Im Zweiten Weltkrieg gab es diese Ebene bis zum Einbruch der totalen Luftstrategie (etwa bis 1942). Von da an war der Kriegsschauplatz entortet.

Zwar blieb die gemeinsame Ebene an der Front zwischen den kämpfenden Fronttruppen noch bis zum Ende des Krieges bestehen. Aber es gab neben dieser frontalen Kriegführung bereits eine Ausweitung des Krieges ins Uferlose. Insofern erfuhr der Krieg eine Aufspaltung: in den im großen und ganzen nach klassischen Regeln geführten Krieg an der Front und den revolutionär pervertierten Vernichtungskrieg der strategischen Luftbombardements. Gegen Ende des Krieges war die Luftwaffe von der Bedeutung einer nur taktischen Begleitwaffe zur strategischen Hauptstreitmacht aufgestiegen. Durch sie wurde der Krieg in Europa entschieden und gegen Japan beendet, und nicht durch die klassischen Land- und See-Streitkräfte. Diese hatten nur noch sekundäre, subsidiäre Bedeutung.

Seither hat der Luftraum „einen eigenen Rang, der sich nicht mehr an die flächenmäßig gegebenen Ebenen von Land und Meer anschließt, sondern ihre Trennungen außer acht läßt und sich schon aus diesem Grunde als solcher in seiner Struktur von dem Flächenraum der beiden anderen Kriegsarten wesentlich unter-



scheidet". Jeder Zusammenhang von gewaltanwendender Macht und gewaltbetroffener Bevölkerung ist aufgehoben, und zwar noch totaler als bei der Blockade im Seekrieg. „Beim Bombardement aus der Luft wird die Beziehungslosigkeit der Kriegführenden gegenüber dem Boden und der auf ihm lebenden Bevölkerung absolut.“

Die Einbeziehung der dritten Dimension in die Kriegführung war die Folge einer Revolution der Waffenträger. Die erste entscheidende Phase dieser Entwicklung wurde ausgelöst durch die Konstruktion des Flugzeuges. Eine zweite Phase wurde eingeleitet durch die moderne Raketenentwicklung. Flugzeug und Rakete haben den Krieg vollends in die dritte Dimension überführt. Beide Waffenträger haben zwar die Erde oder das Meer (Schiff) als direkte oder indirekte Startbasis zur Voraussetzung. Sie bedürfen aber der Luft als der für ihren Einsatz spezifischen Dimension. Der moderne Flugzeug- und Raketenkrieg wird aus der Perspektive des grenzenlosen Luftraumes heraus geführt auch dort, wo er von der Erde aus gegen die Erde geplant ist.

Die Revolution der Waffenträger (Flugzeug und Rakete) hat das Raumbild des Krieges wesentlich verändert. Das flächenmäßig begrenzte Raumbild des Krieges wurde durch den grenzenlosen Vernichtungsraum ersetzt. Damit ist bereits der rechtliche Kriegsbegriff aufgehoben, da der raumlos entortete und jeder Beziehung zur betroffenen Bevölkerung beraubte Krieg keiner rechtlichen Hehung mehr fähig ist. Die Entortung des Kriegsschauplatzes durch den modernen Luftkrieg führt notwendig zur totalen Auflösung des in rechtlichen Formen geführten Krieges. Recht und Raum wurzeln in einem tiefen Zusammenhang, über den sich der moderne Krieg ebenso hinwegsetzt wie über das physische Daseinsrecht des Menschen.

### Der Einbruch der Atomrevolution

Ein weiterer Raumwandel des Krieges hat durch den Einbruch der Atomrevolution in die Waffentechnik stattgefunden. Zwar fand damit keine Revolution der Waffenträger mehr statt. Hier wurde keine neue Dimension in das Kriegsgeschehen eingeführt. Die Waffenträger hatten die dimensionale Wandlung des Krieges bereits in einem endgültigen und abschließenden Sinne vollzogen. Mit der Revolution der Waffentechnik aber trat zu der äußeren Ausdehnung des Kriegsschauplatzes die grenzenlose Intensivierung des Zerstörungsvorganges und Zerstörungsgrades hinzu. Hier fand eine Potenzierung der totalen Kriegführung statt, wie sie mit dem Einbruch der Luft als dritter Dimension in das Raumbild des Krieges möglich geworden war. Nachdem der totale Luftkrieg bereits den Kriegsschauplatz über die ganze Erde ausgeweitet hatte, wurde jetzt mit den atomaren und nuklearen Möglichkeiten auch die planetarische Dimension noch bis in die kosmische Vernichtung übersteigert.

War es mit der Luft- und Raketenstrategie bereits möglich, das Kriegsgeschehen bis zu allen beliebigen Punkten der Erde auszudehnen und große Flächen der Erd- und Meeresoberfläche zu schänden (Dresden), so blieb wenigstens noch eine vage Grenze der Vernichtung dadurch bestehen, daß man genötigt war, die Objekte der Vernichtung unmittelbar zu treffen und zu vernichten, sei es durch Einzel- oder Massenbombardierung. Der Vernichtungsvorgang vollzog sich zudem noch unter der Voraussetzung einer weiteren Existenz der Erde und der Menschheit überhaupt. Seitdem aber zu der Revolution der Waffenträger die Revolution

der Waffentechnik, d. h. zum Übergang zur dritten Dimension (Luft) die Potenzierung der Vernichtungsmittel getreten ist, ist jede Grenze des Vernichtungsvorganges entfallen. Die Vernichtung findet jetzt unter der Voraussetzung statt, daß die Dialektik der Vernichtungsstrategie gegenseitig zum grenzenlosen Einsatz der Massenvernichtungsmittel zwingt. Und zwar ohne Rücksicht auf vertretbare Kriegsziele, ja sogar auf die Ausgangsbasis und auf das Überleben und Weiterexistieren der eigenen Bevölkerung, geschweige des feindlichen Volkes und der Neutralen. Hier werden die Erde selbst und die Menschheit auf ihr preisgegeben.

Die planetarische Weiterexistenz wird nicht mehr als absolute Vorbedingung der Kriegführung vorausgesetzt. Die Entortung des Kriegsschauplatzes wird bis ins Kosmische und über Generationen hinweg vorangetrieben. In einer solchen Vernichtungsdimension gibt es keinen Feldherrnhügel und keine Feldherrnkunst mehr. Das Hauptquartier befindet sich in Wahrheit gar nicht mehr auf der Erde, sondern — zumindest theoretisch und in der praktischen Konzeption der Vernichtungsplanung — im Nullpunkt des atomaren und nuklearen Kernprozesses, dem Wunschbild nach auf künstlichen Satelliten und Erdtrabanten, für deren Erstellung bereits Milliardenprogramme entwickelt werden. Für den Rest einer möglicherweise überlebenden Menschengruppe winkt die Aussicht auf Mutation und Degeneration des erbbiologischen Bestandes, wie sie die Wissenschaft bereits im Hinblick auf die gegenwärtigen Wasserstoffbombenversuche als absolut sicher voraussagt.

Die Revolutionierung der Waffentechnik (Atomrevolution) steht zur Revolution der Waffenträger (Flugzeug/Rakete) in einem ähnlichen Verhältnis wie die Erfindung des Schießpulvers (Waffentechnik) zur Kriegführung in der Zeit vor Bekanntwerden jener Erfindung. In beiden Fällen wurde ein Wandel im Raumbild des Krieges verursacht. Mit der Einführung des Schießpulvers fand eine Ausweitung des Kriegsschauplatzes statt, da die Waffen eine größere Reichweite als bisher hatten und damit den Vernichtungsvorgang an Umfang und Intensität vergrößerten. In ähnlicher Weise hat die Atomrevolution, ohne der dritten Dimension erst zu bedürfen, den Vernichtungserfolg der totalen Luftstrategie noch an Umfang und Intensität vergrößert.

Der grundlegende Unterschied zwischen beiden Wandlungen im Raumbild des Krieges liegt aber darin, daß mit der Einführung des Schießpulvers eine Entwicklung begonnen wurde, die im Sinne einer individuellen und gehegten Kriegführung noch weiterführbar war. Die Entwicklung führte noch nicht zum totalen Krieg. Sie erfuhr ihre Schranke durch das völkerrechtliche Veto der Nichtkämpfenden gegen die Kämpfenden. Die Atomrevolution dagegen setzt den absoluten Schlußpunkt im kriegerischen Vernichtungsvorgang. Sie leitet keine im Sinne des Kriegsbegriffes noch anknüpfbare Epoche ein. Denn nicht einmal diejenigen, welche sich der neuen Mittel bedienen, können die Massenvernichtungsmittel zur Grundlage einer Strategie des Krieges erklären, ohne die Verteidigung in absolute Selbstvernichtung zu überführen.

Aus allem folgt, daß die Kriegführung in der dritten Dimension rational nicht mehr vollziehbar ist. Mit dem Wandel des Raumbildes des Krieges — durch Revolutionierung der Waffenträger und der Waffentechnik — ist der Mensch unter den Zwang elementarster Notwehr geraten. Dennoch wird heute die Vollziehbarkeit in aller Weltöffentlichkeit von den Atom-Giganten ungehindert vertreten.



## Bericht zur atomaren Lage

Die letzten Monate haben klar gezeigt: Die Öffentlichkeit wird über die tatsächlichen Zusammenhänge zwischen Atomwaffenversuchen und Gefährdung des Menschen durch radioaktive Verseuchung der Atmosphäre planmäßig im Ungewissen gehalten. Nach jeder präzisen Verlautbarung von zuständiger wissenschaftlicher Seite werden Dementis veröffentlicht, die den Sinn haben, mit scheinwissenschaftlichen Argumenten die Erkenntnisse ernsthafter Forscher zu diskreditieren. Selbst Universitätsgelehrte geben ihren Namen für die politischen Verniedlichungen her.

Einer der glaubwürdigen Warner ist *Carl Bechert*, Ordinarius für theoretische Physik in Mainz. Nach ihm ist erwiesen, daß der Mensch mehr durch die Aufnahme radioaktiver Teilchen in Trinkwasser und Nahrungsmitteln verseucht wird als durch die Atemluft. Auch sei die Luft im Bundesgebiet noch ungefährlich, während der radioaktive Gehalt des Regenwassers bereits große Gefahren berge, zumal in einigen Gegenden Deutschlands Regenwasser unverändert als Trink- und Gebrauchswasser verwendet wird. Nach Bechert erweisen die Regenwassermessungen in Deutschland, daß jetzt bereits das Drei- bis Zehnfache der Menge Strontium 90 niederging, die die Wissenschaftler des britischen Atomforschungszentrums Harwell als Grenzwert ansehen, jenseits dessen eine Gefährdung der Kleinkinder (Milchgenuß) einsetzt.

Wesentlich zurückhaltender drückt sich Professor *Walter Gerlach* von der Universität München aus. Die Frage von Schädigungen pflanzlicher und tierischer Organismen sowie des Menschen werde „mehr mit Leidenschaft als mit Fachkenntnis“ diskutiert (als ob sich beides einander ausschließen müsse). Für eine „sachliche Behandlung“ seien noch viel mehr Erfahrungen nötig (als ob erst alles zugrunde gegangen sein müsse, damit man nur noch kräftigere Beweise habe). Trotzdem kommt Gerlach zu denselben Ergebnissen wie Bechert. Am Ende seines Berichtes über die exakten Versuchsreihen des Physikalischen Instituts der Universität München sagt er: Größere Mengen Regenwasser, als Trinkwasser verwendet, hätten eine als zulässig angegebene Grenze wesentlich überschritten. Die Verhältnisse in Gegenden näher den Explosionen seien noch bedenklicher.

Aspekte des Atomzeitalters unter Voraussetzung friedlicher Weiterentwicklung eröffnete Professor *Briegleb* von der Universität Würzburg in einem Vortrag in Freu-

denstadt im Mai 1956. Nach ihm verlieren Kohle und Eisen im Atomzeitalter ihre zentrale Bedeutung. Schon die Elektrizität habe dazu beigetragen, „die Attraktionskraft der Kohlelagerstätten zu brechen“. Man denke in Deutschland z. B. an die starke Industrialisierung des kohlefernen Württemberg. Im Atomzeitalter könnten Industriezentren überall entstehen. Transportkosten des Energierohstoffes spielten keine Rolle mehr. Zur Erzeugung von 100 Millionen kW elektrischer Energie benötige man 35 000 t Kohle, das sind 3500 Eisenbahnwagen oder fast 50 Güterzüge. Für die gleiche Menge Elektrizitätsenergie benötige man aber nur 35 kg angereichertes Uran. Von daher wird die Gewinnung von Uran eine immer größere Bedeutung annehmen. Die gegenwärtig im westdeutschen Fichtelgebirge (bereits seit 5 Jahren im Gange) befindlichen Uranschnüfungen werden trotz des großen Aufwandes als „erfolgreich“ bezeichnet. (Voraussichtlicher Bedarf an Uran 235 für die nächsten vier Jahre:  $1000 \text{ kg} = 200 \text{ kg reinem Uran 235}$ . Bedarf an Uran 238: ab 1957/58 jährlich etwa 50 Tonnen.) Über das Bonner „Atomprogramm“ berichtet *Werner Kliefoth* in Heft 6 der *Atomkernenergie*, es umfasse ein Forschungsprogramm, das auf dem deutsch-amerikanischen Forschungsvertrag basiere, und ein Industrieprogramm, für das der Abschluß eines weiteren Vertrages mit den USA über die Lieferung von Versuchsreaktoren und die erforderlichen Kernbrennstoffe vorgesehen ist. Das Forschungsprogramm sehe neben dem Versuchsreaktor in Karlsruhe drei Forschungsreaktoren (in München, im Raum Frankfurt-Darmstadt, bei Hamburg) vor, deren wesentliche Bestandteile aus den USA stammen werden. Das Industrieprogramm sehe die Errichtung von zwei Versuchsreaktoren vor. Ein Reaktor solle nach Plänen und aus Mitteln des RWE mit einem Aufwand von 30 bis 50 Millionen DM und einer elektrischen Leistung von 20 000 kW im Rhein-Ruhr-Gebiet erstellt werden. Das zweite Projekt betreffe einen Materialprüfungsreaktor, der ebenfalls im Ruhrgebiet arbeiten soll. Hier werde die Finanzierung vermutlich von einem privaten Konsortium übernommen. Ende Juni entwickelte der nordrhein-westfälische Staatssekretär Professor *Brandt* den Plan zum Bau eines Atomforschungszentrums im Königsforst südlich der Stadt Köln vor der Öffentlichkeit. Vorläufiger Aufwand: 80 Millionen, zur Hälfte vom Bund, zur anderen Hälfte vom Lande zu übernehmen.

## Diktatur, Totalitätsanspruch und deren erste Propaganda

Das Jahr 1056 — die Peripetie in der Tragödie des deutschen Reiches

HANS W. HAGEN

Die deutsche Öffentlichkeit hat den 6. 8. 1806 und die damit verbundenen Ereignisse der Selbstauflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation — bewußt oder unbewußt — übergangen. Und doch leuchten durch die Geschehnisse vor 150 Jahren wie selten Wesenheit und Typik des deutschen Schicksals hindurch und lassen Perspektiven und Parallelen sichtbar werden, die den gesamten Ablauf unseres geschichtlichen Vollzuges und Wirkens zu größeren Ordnungen schichten.

Blicken wir heute auf ein zweites Datum, den Todestag Heinrichs III. am 5. 10. 1056 und begreifen wir an den Ereignissen um diesen Augenblick vor 900 Jahren Not und Schicksal, Möglichkeiten zu Größe und Stürzen unseres Wesens.

Als Kaiser Heinrich III. aus dem Geschlecht der Salier im Alter von 39 Jahren starb, war sein Sohn und Erbe erst sechs Jahre alt. In diesem Augenblick und in diesem Vakuum begann die Peripetie in der Tragödie der Verwirklichung der deutschen Reichsidee. Das Ringen um die Selbst-Werdung wurde zum Kampf mit dem Gegner in Rom.

### Der Dualismus Kaiser und Papst — Das Amt des Patrizius

Karl der Große war als Retter des bedrängten Papstes Leo III. nach Rom geeilt und hatte in der Weihnachtsmesse des Jahres 800 die Kaiserkrone empfangen. Er rückte damit aller Welt sichtbar in die Reihe der beiden anderen Großen, die damals die Teile der bekannten Welt beherrschten: des Kalifen von Bagdad, der über seine Nebenkalfate Spanien und Afrika über die Süd- und Westküste des Mittelmeeres gebot, und des Kaisers von Byzanz, dem der Osten dieses den damaligen orbis mundi verbindenden Meeres gehörte. Dieser Erhebung des Franken-Kaisers ging die Ernennung zum Patrizius von Rom parallel, die Anerkennung als weltlicher Schutzherr der Kirche. Als solcher hatte er das Recht, dem Volk von Rom den jeweiligen Papst zur Wahl vorzuschlagen, sowie die ausschlaggebende Stimme beim Wahlvorgang selbst.

Doch die Kirche ließ sich nicht Genüge sein an diesem Schutz. Sie begann selbst materielle Macht zu sammeln. Schon Karl der Große, der im Rückblick auf seine Einigungstat des Abendlandes und kraft seines Amtes als Kaiser und Patrizius die Kirche in seinem sicheren und gerechten Schutz glauben durfte, beklagt sich drei Jahre vor seinem Tod über das Streben nach irdischer Macht bei seiner Schutzbefohlenen und wendet sich gegen ihre Erbschleicherei: „Ihr macht meine Bauern zu Bettlern, und dann irren später die Besitzlosen umher, haben nicht, wovon sie leben und gehen in ihrer Verzweiflung auf Raub aus.“

Die Vermischung der weltlichen und geistlichen Gewalten zeigt sich an. Es wäre wohl bald kein deutscher Kaiser als Patrizius nach Rom mehr gerufen oder ernannt worden, wenn dieser Prozeß so weiter gelaufen wäre. Die Entwicklung scheiterte aber an zwei Tatsachen. Die deutschen Kirchenfürsten sahen selbst die Gefahren ein und stellten sich, besonders nach Ottos I., des Großen, Reichsreform,



treu und frei in den Dienst des Reiches. Ja, es war oft so, daß sie die Ziele des Kaisers und Königs besser verfochten als die eigennützigen Herzöge und Fürsten. Der andere Grund war, daß man in Rom im Zug der Verweltlichung in eine Pornokratie verfiel, aus der dann der jeweilige als Patrizius herbeigerufene oder sich auf dieses Amt bei seiner Krönung besinnende Herrscher es erst befreite.

Das Reich und sein Kaiser mußte mit der Kirche sofort in Widerstreit geraten, wenn immer der irdische Herrscher den Verwalter der himmlischen Gnaden aus irdischen Versuchungen zurückwies in sein rein geistiges Amt, weil die notwendig in ihren Verschiedenheiten angelegten Zielsetzungen und Bereiche verletzt wurden. Die deutschen Kaiser mußten bei ihrem Amt des Patrizius stets einen tragischen Weg gehen: sie wiesen die Päpste zu ihren eigentlichen Aufgaben und Methoden, holten sie von ihren Irrwegen zurück, — und stärkten damit ihren Gegner, zu dem jeder Zurechtgewiesene im Augenblick der Erstarkung dem geheimen Wohltäter gegenüber wird, zum Kampf gegen den Befreier. So hatte Otto I., der Große, die geistige Korruption um Johann XII. beseitigt, und damit den völligen moralischen Verfall aufgefangen.

### Heinrich III., der Zuchtmeister der Kirche

Nicht anders war die Frage, als Heinrich III. ein Jahrhundert später nach Italien kam. Zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten die Crescentier das Papat in Familienpacht, dann setzten die Grafen von Tusculum Benedikt VIII. durch und zwangen den Mann der Crescentier, Gregor, zur Flucht nach Deutschland. Der Stuhl Petri war zum Streitobjekt römischer Familien geworden. Johann XIX. war Laie und mußte 1024 an einem Tag sämtliche Weihen erhalten, damit er Papst werden konnte. Als er neun Jahre später starb, wurde Benedikt IX. im Alter von 10 Jahren von der Familie auf den Papstthron gesetzt. Was Wunder, daß diesem Kind als Jüngling die Macht zu Kopf stieg und er in jeder Hinsicht den Stuhl Petri besudelte. Durch seinen Lebenswandel in Geldschwierigkeiten gekommen, verkaufte dieser Papst die Tiara einem anderen, während das Volk von Rom einen dritten Papst erwählte. Benedikt IX. widerrief seinen Verkauf der Tiara. So fand Heinrich III. schließlich einen 23jährigen moralisch verkommenen Jüngling auf dem Stuhl im Kampf mit zwei Gegenpäpsten vor, als er in die Geschicke Roms eingriff. Auf der Synode von Sutri und Rom 1046 wurden alle streitenden Päpste abgesetzt, nachdem auf der vorangegangenen Synode von Pavia die Simonie, also der kirchliche Ämterkauf, auf Bestreben des Kaisers und seiner Reformpartei als Sünde gebrandmarkt worden war.

Es ist müßig, Heinrich III. wie so manchen deutschen Idealisten als rettende „Kampferspritze“ für eine bereits in der Agonie liegende Lebensform hinzustellen oder als Arzt, der einen verseuchten Körper wieder gereinigt hätte, ihm also aus postkatastrophaler Sicht einen Vorwurf für seinen Rettungsversuch zu machen, wie ihn Nietzsche etwa Luther gegenüber erhob. Geschichtliches Schicksal und in ihm vollzogene Handlungen tragen ihre Wertmaßstäbe in sich und bedürfen keiner späteren ressentimentgetragenen Urteile.

Vorerst ist alles gläubiger Aufbruch. Die unter sich streitenden Päpste werden alle drei abgesetzt. Heinrich III. macht von seinem Recht als Patrizius Gebrauch und erzwingt mit seiner dorthier abgeleiteten ersten und entscheidenden Stimme den Bischof von Bamberg als Papst Clemens II. Nach dessen Tod im Folgejahr wiederholt Heinrich den Vorgang durch Erhebung des Bischofs von Brixen (Da-

masus II.). Wiederum zwei Jahre später ist eine neue Papstwahl nötig. Heinrich setzt den Bischof von Toul (Leo IX.) durch, und zwei Jahre vor Heinrichs Tod besteigt auf seinen Vorschlag der Bischof von Eichstätt als Viktor II. den Thron Petri. Diese vier Bischöfe waren Deutsche, Männer des Glaubens, die ihr Amt bitter ernst nahmen. Sie haben den Sumpf ausgetrocknet und den Weg bereitet für Gregor VII., der das von Heinrich III. gereinigte und gestärkte Rom nun einfach übernehmen und gegen den Sohn des Reformators richten konnte.

Noch bleibt dieser spätere Papst als Archidiakon Hildebrand selbst im zweiten Treffen; er schiebt noch vier Päpste als Vordergrundfiguren, bis er 1073 das Zepter selbst übernimmt. Denn jetzt ist der Sohn des Zuchtmeisters der Kirche auf den Plan getreten, — und den Kampf mit ihm glaubt er nun selbst führen zu müssen. Aber das Vierteljahrhundert bis dahin ist voll ausgenützt worden. Die erste Drehung um 180 Grad geschah machtpolitisch. Leo IX. hatte noch 1053 mit deutschen Truppen sich der Normannen zu erwehren versucht. Sechs Jahre später, und drei Jahre nach Heinrichs III. Tod, huldigen 1059 Richard von Capua und Robert von Apulien, die beiden bedeutendsten Normannenfürsten, dem heiligen Petrus als Vasallen und nehmen vom Papst als dessen Nachfolger alle bisherigen und künftigen (!) Eroberungen zu Lehen. Damit hat der neue Papst — es ist bezeichnenderweise der Franzose Nikolaus II. — den nötigen militärisch-politischen Schutz für seine nun folgenden Maßnahmen.

Noch im gleichen Jahr verkündet ein Dekret die neuen Papstwahlbestimmungen. Der Papst wird nicht mehr vom Volk von Rom, sondern von nun an vom Kardinalskollegium gewählt. Das Vorschlagsrecht wird dem Kaiser *de jure* zwar noch nicht aberkannt, aber *de facto* beiseite geschoben. Dann aber erfolgt der Zentralangriff auf die Stellung des Kaisers mit dem Verbot jeglicher Laieninvestitur. Diese Bestimmung wurde zwar im Augenblick ihrer Verkündung nirgendwo beachtet, — sie war wohl auch vorerst als Zeitzünder eingebaut für die im nächsten Vierteljahrhundert erwarteten Kämpfe.

Als Gregor VII. dann 1073 den Papstthron bestieg, war es so weit. Auf der einen Seite stand die Kirche, gereinigt durch die Cluniazensische Reformbewegung und gesäubert von Heinrich III. und den von ihm eingesetzten Päpsten. Jetzt stand sogar der Mann an der Spitze, der seit 20 Jahren als Archidiakon (heute hieße es Kardinalstaatssekretär), bereits fünf Päpste und damit ihr Amt auf diesen Augenblick vorbereitet hatte. Dem gegenüber stand ein verwahrlostes Reich. Alle zentrifugalen Kräfte, herzogliche Eigenbrötelei und fürstliche Selbstsucht hatten in den siebzehn Jahren der Regentschaft ohne sichtbaren Träger der Krone wild wuchern können. Das Verbot der Laieninvestitur mußte in dem Augenblick zünden, wenn der junge König sich gegen die Herzöge und Fürsten auf die reichstreue Geistlichkeit stützen wollte. Der ungestüme Charakter des Jünglings, der sein Recht erst wieder an seine Person binden mußte, würde noch manche Blöße bieten.

#### Der „dictatus papae“ und sein Totalitätsanspruch

In diesem Augenblick wurde der „dictatus papae“ verkündet. Zum ersten Mal treten Wort und Begriff der Diktatur in unserm deutschen Seelenbereich auf. Die deutsche Sprache hat bis heute kein eigenes Wort für diese Art der politisch-geistigen Führung der Menschen gefunden, die im lateinischen Raum von Sulla ausgeprägt und auch so benannt wurde. Man kann nur das Wesenhafte und Wesensgemäße in der eigenen Sprache ausdrücken. Der Papst aber, im Augenblick



der Zurüstung zum entscheidenden Gang, erhebt sich zum *dictatus papae* und dekreditiert:

Der Papst hat den Vorrang vor allen Geschöpfen der Erde — er hat die alleinige Gewalt zu bannen und wieder vom Bann zu lösen — einzig er hat das Recht zur Verleihung der kaiserlichen Insignien — er darf den Kaiser absetzen — er nur darf Bischöfe einsetzen und versetzen — er kann Synoden und deren Beschlüsse für gültig oder ungültig erklären — er nimmt das Zensurrecht für kanonische Werke für sich in Anspruch — er verlangt den Fußkuß — er untersteht keinem Gericht, aber jedes weltliche Gericht muß den Fall abgeben, wenn an ihn appelliert wird.

Das war der Gegenschlag und die Herausforderung zum Kampf. Angesichts dieser Provokation waren Höhe und Ausmaß der Entscheidungen schon geschichtlich, und es blieb nur Sieg oder Vernichtung. Das ausgewogene Spiel zwischen Kaiser und Papst, von Karl dem Großen über Otto des Großen Reichsreform bis zu Heinrichs III. Streben um das Gleichmaß und den Gleichklang der Gewalten war zerstört durch einen ungeheuren „Totalitätsanspruch“. Auch dieser Begriff trat zu jener Stunde in unser Schicksal.

Der junge deutsche König, selbst noch in Kämpfen um seine Anerkennung, beruft das Nationalkonzil zu Worms ein. Er rettet sich vor der Diktatur einer totalitären Macht in das Konzil eines geistlichen Fürstentages. Es treten 24 deutsche und je ein italienischer und ein burgundischer Bischof, also das gesamte Nationalkonzil zu Worms, am 24. Januar 1076 geschlossen hinter den deutschen König und werfen einstimmig das Ansinnen einer päpstlichen Diktatur.

Der Papst antwortet mit dem Bann. Die deutschen Bischöfe versammeln sich erneut an Ostern (27. März 1076) zur Synode von Utrecht und verkünden den Gegenbann gegen den Papst. Aber in der gleichen Nacht geht die Utrechter Peterskirche in Flammen auf. Als kurz darauf Bischof Wilhelm von Utrecht, der Sprecher dieser deutschen Synode, stirbt, wird dies als Fingerzeig Gottes ausgelegt. Scharen von Mönchen durchziehen das Land und verbreiten in einer Flüsterpropaganda diese Ansichten.

Wieder ist es ein der deutschen Sprache — und damit dem deutschen Wesen — fremdes Wort: Propaganda. Auch dieser Begriff hatte urlängst im kurialen Bereich seine Verankerung und sein Amt (einem heutigen Ministerium vergleichbar) „*propaganda fide*“ gefunden, bevor es in Deutschland dann übernommen wurde. Das Urbild dieser Organisation „*propaganda fide*“ schickte seine Abgesandten bereits im 11. Jahrhundert nach Deutschland, um die Abwehrfront der deutschen Bischöfe zu durchbrechen. Eine andere Aufgabe war zu jener Zeit die Propagierung der Kreuzzüge.

Innerhalb von Wochen gelingt es mit diesen Mitteln, den deutschen König völlig zu isolieren. Auf dem Fürstentag von Tribur sieht sich der deutsche König verlassen und aller äußerer Macht beraubt. In diesem Augenblick verfällt der Papst einem Machtausch — und der deutsche König besinnt sich auf das Wesen seines Amtes. Der Papst denkt nur noch in irdischen Bezügen und berechnet seinen Gegner nach diesen Kategorien. Der junge deutsche König würde wohl nie auf das Ansinnen eingehen, das ihm der Papst jetzt stellte, ja, selbst wenn er es wollte, würde er es vor seinen Fürsten nicht vermögen. Der Papst forderte, der deutsche König müsse bis zum März 1077 sich in Italien einfinden und seine Lösung aus dem Bann von ihm, dem Heiligen Vater, selbst erleben. Er müsse schutzlos kommen. Zur letzten eigenen Sicherheit läßt der Papst noch alle bekannten

Alpenpässe besetzen. Auch die Natur scheint ihm zu Hilfe zu kommen: es bricht einer der härtesten Winter herein. Der Chronist berichtet, der Rhein sei von St. Martinstag 1076 bis Ostern des nächsten Jahres zugefroren gewesen. Der deutsche König scheint in seiner eigenen Natur und der seines Landes gefangen.

Seines Sieges gewiß, sagt sich der Papst für den zum Frühjahr 1077 nach Augsburg einberufenen Reichstag an. Dort wollte er dann die endgültige Absetzung des deutschen Königs verkünden und die Neuordnung der Reichsgeschäfte selbst vornehmen. Aus dem vom deutschen Kaiser als Patrizius beschützten Papst sollte nun der Beherrscher und Lenker des Reiches werden.

Aber der deutsche König hatte, als die äußere Macht von ihm auf dem Reichstag zu Tribur abfiel, sein Ziel geschaut. Nicht die äußere, sondern einzig das Herz, die innere Mächtigkeit und der hochgemute Sinn erheben den Menschen zu diesem höchsten Amt. In die letzte Einsamkeit gestoßen, erfuhr Heinrich IV., daß nur in seiner Seele das Reich wiedergewonnen werden könne. Die äußerlich unerfüllbaren Bedingungen des Papstes mußte er innerlich überwinden. So wagte er das Unmögliche. Die gewohnten alten Straßen sind versperrt, — also wählte er den Weg über den Mont Cenis. In Oberitalien fallen ihm die Lombarden zu. Noch einmal naht sich ihm die Versuchung der äußeren Macht. Man will ihm ein Heer stellen, und er soll den Papst in Canossa ausheben. Aber der König lehnt alles ab und zieht mit wenigen Getreuen vor die Burg des Papstes, in der er schon auf dem Weg nach Deutschland die Schneeschmelze abwartet.

#### Überwindung aus innerer Mächtigkeit

Gregor erkennt sofort das verlorene Spiel. Er wehrt sich, den König zu empfangen. Diese Möglichkeit, daß Heinrich über die Erfüllung der äußerlichen Bedingungen ihn innerlich überwinden würde, war in seinem Spiel nicht vorgesehen. Auf die dritte Bitte des Königs, die schon eine Forderung ist, muß der Papst nachgeben und ihn durch seinen Empfang vom Bann lösen. Damit hat Heinrich IV. sein Ziel erreicht und kann die Forderung des Papstes, aus seiner Hand das Abendmahl zu empfangen zum Zeichen der Versöhnung, gelassen ausschlagen. In Augsburg jubelt ihm der Reichstag zu, dieselben Fürsten, die ein halbes Jahr zuvor in Tribur von ihm abgefallen waren.

Noch einmal liefen die Bahnen des Papstes und des Königs in verwandten Geleisen. Gregor VII. endet in Verbannung und Verzweiflung. Aber auch Heinrich IV. wurde vom eigenen Sohn abgesetzt, denn der Sohn glaubte sich stärker, den neu aufflammenden Kampf zwischen Saliern und Päpsten mit der nötigen Härte zu führen. Es ist schon möglich, daß ein solcher Sieg aus der Selbstüberwindung, wie er in Canossa erkämpft wurde, die Kräfte eines ganzen Lebens verbraucht.

Suchen wir nach einem Symbol für das Wollen der deutschen Kaiser, so bietet sich die Bauform ihrer Kirchen an. Unter den Ottonen wurde die deutsche Eigenart und Sondergestalt der doppelchörigen Dome geprägt als Bausymbol für die Ausgewogenheit zwischen weltlicher und geistlicher Macht. St. Michael in Hildesheim ist wohl die klarste Schöpfung aus diesem Geist. Dieses Bauprinzip wurde zur Zeit der Salier wieder aufgegeben. Da gab es keine Ausgewogenheit, sondern nur Kampf. Aber die Stauer konnten sich in Herkunft und Ziel wieder auf die Entwicklung bis zu Heinrich III. besinnen, — und so erbauten die Deutschen zu jener Zeit auch folgerichtig ihre großen Dome Worms, Bamberg, Naumburg in der sondergearteten von keinem anderen Volk nachgeformten und auch nur von uns und aus unserem Wollen damals wie heute begreifbaren doppelchörigen Gestalt.



## Der Angriff auf die Jugend

Zur kollektiven Diskriminierung der jungen Generation

HARALD BODMER

Neue gefährliche Stimmungen kommen am Rande der inneren Auseinandersetzungen um die Wehrfrage auf. Wir sind dabei, eine totale Rüstung aufzuziehen und sie mit hektischem Tempo durchzupeitschen, obwohl sie vor dem Bewußtsein der gegenwärtigen Generation mit plausiblen Gründen nicht mehr vertreten werden kann. Es ist klar, daß sich eine solche Entwicklung nur mit Gewalt gegen Vernunft und Einsicht des Einzelnen durchsetzen kann.

Die Strategen der psychologischen Kriegführung stehen daher vor der Frage, wie der bereits aus primitivster Vernunftüberlegung herrührende Widerstand gegen den „erforderlichen“ Staatszwang im Bewußtsein der Vergewaltigten selbst überwunden werden kann. In diesem Zusammenhang heißt das neueste Stichwort: Halbstarken-Problem. Mit den neuesten Aufsässigkeiten sogenannter Halbstarker wird die öffentliche Meinung seit einigen Monaten alarmiert. Ziel der aufputschenden Propaganda ist es, der Öffentlichkeit die Gefahr einer „verwahrlosten Jugend“ an die Wand zu malen, um auf diese Weise den Vorwand für ihre möglichst schnelle Einberufung zum Militär zu schaffen und diese Einziehung im Urteil der Öffentlichkeit als notwendig zu rechtfertigen.

Dabei weiß jeder, daß der verwirrende Zustand der Jugend den psychologischen Strategen dieser Propaganda selbst nicht erst seit gestern bekannt ist. Die hinter der Propaganda stehenden Kräfte haben sich seit Jahr und Tag überhaupt nicht um die geistige und sittliche Verfassung der Jugend gekümmert. Schon aus diesem Grunde fehlt den moralintriebenden Kassandrarufern jedes Recht zur Alarmierung der Öffentlichkeit.

Die Lage wird klar, wenn man zweierlei feststellt:

1. Die gegenwärtige, dem praktischen Materialismus verfallene Gesellschaft hat die innere Macht über die Produkte ihrer eigenen Erziehung — nicht zufällig, sondern mit gesetzmäßiger Folgerichtigkeit — verloren. Nun greift die gleiche Gesellschaft verzweifelt nach der nackten Gewalt, um durch offene Anwendung von Terror und tendenziöse Beeinflussung der öffentlichen Meinung sich gegen die ihr entglittene Jugend zu kehren.

2. Zu diesem Zwecke wählt die militante Führung der Gesellschaft die Methode kollektiver Diskriminierung, die sich im Frontalangriff gegen das Wertgefühl und das natürliche Selbstbewußtsein der Jugend in ihrer Gesamtheit richtet. In dieser Frage spielen selbst parteipolitische und konfessionelle Bindungen eine immer geringere Rolle. Die Drahtzieher des totalitären Systems sehen sich zu dieser Wende gezwungen, seitdem sie zu ihrem Erschrecken feststellen müssen, daß der Widerstand der Jugend immer weiter wächst und für die Zukunft sogar unbehebbar werden kann. Man ist sich darüber im klaren, daß man die Schlacht verloren hat, wenn es nicht gelingt, die Jugend auf irgendeine Weise zur Kapitulation zu zwingen. Das aber kann nur geschehen, indem man ihr durch brutale Demütigung vor aller Öffentlichkeit und durch massive Diffamierung ihres Wesenskernes das Rückgrat bricht.

Die „Halbstarken-Propaganda“ macht es sich bewußt zum Ziele, die Jugend in ihrem Instinkt unsicher zu machen, damit sie auf diese Weise das Vertrauen zu sich selbst und in der Folge dann den Mut zu einem Widerstand verliert, den sie vor der Öffentlichkeit mit dem abwertenden Odium des „Halbstark-Seins“ belastet sieht. Man will die Jugend also in den Zustand eines ihr äußerlich auferlegten „Minderwertigkeitskomplexes“ stürzen. Sie soll nur unter der Bedingung von der Diffamierung als „halbstark“ befreit sein, daß sie ihren Widerstand aufgibt und sich vorbehaltlos der zugeordneten Roboter-Rolle beugt. Dafür wird die Gesellschaft sie morgen dann vielleicht mit dem Attribut der „Ganzstarken“ belohnen. Und vielleicht noch mit etwas mehr. Wenn sie überleben . . . Diese Strategen wissen offenbar nicht, welche verheerenden Folgen sie im seelischen Zustand einer Jugend anrichten, die nur um den Preis charakterlicher Selbstabdankung „vollwertig“ werden darf. Die Zyniker des Systems können keine mit starken Skrupeln behaftete Jugend gebrauchen. Sie brauchen Söldner, die man bei guter Bezahlung und mit drakonischer Gewaltanwendung bei der Stange halten wird.

Auf diese Weise sind bereits ganze Völker, ganze Generationen von Erwachsenen zur moralischen Selbstvernichtung gezwungen worden. Und das ist mehr als nur äußere Unterwerfung. Immer greift man zu den gleichen Methoden, zu kollektiven Anklagen und Diffamierungen und stürzt auf diese Weise ganze Menschengruppen in chronische Komplexe. Hat man das Ziel erreicht, so kann man mit ihnen machen, was man will. Setzt man sie dann vielleicht sogar noch vor die vollen Fleischtöpfe Ägyptens und überläßt sie dem Wirbel eines entfesselten Erfolgs- und Genußstrebens, dann fressen alle ihren „Wohltättern“ aus der Hand.

Jetzt ist die Jugend an der Reihe. Auch sie hat man in den Rausch von Tempo, Boogie-Woogie und Texas-Romantik gestürzt. Völlig verwirrt wurde sie aber erst durch das böse Beispiel, das ihr die Erwachsenen-Generation gab. Dennoch blieb diese Jugend — trotz aller äußeren Entstellung ihres Antlitzes — in ihrem Instinkt ungebrochen. So muß sie jetzt auf die gleiche Generallinie wie ihre Väter gebracht werden. Die Halbstarken-Propaganda ist der groß angelegte Versuch, die Jugend moralisch zu köpfen.

Die Manager dieser Strategie sind klug genug, sich vor der Öffentlichkeit den Anschein der Besorgnis um das sittliche Wohl der Jugend zu geben. Aber sie denken nur an den Stellungsbefehl, den sie dabei in der Tasche tragen. Sie sind schlau genug, ihre eigentlichen Ziele schamhaft zu verhüllen.

Außerdem spielen hier zusätzliche Überlegungen im Rahmen der psychologischen Gesamtkriegführung eine Rolle. Wenn es nämlich gelingt, das gesamte Aufrüstungsthema auf die falsche Ebene einer angeblich geforderten Erziehung „verwahrloster Jugend“ zu Schliff und Ordnung zu verlagern, dann hat man zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: 1. hat man die seit Jahr und Tag in ihrem Urteil über die Wehrfrage hin- und hergerissenen Erwachsenen, die zu keinem abschließenden Urteil kommen konnten, für die Zustimmung zur Vergewaltigung der Jugend gewonnen, und 2. hat man es dann endlich erreicht, den Schwerpunkt von der sachlichen Erörterung der Aufrüstungsfrage auf das Gebiet sentimentaler Polemik abzulenken.

Insofern scheint die „Halbstarken-Propaganda“ zur Schlüsselfrage der psychologischen Kriegführung in der gegenwärtigen Phase der Aufrüstung zu werden. Diese Strategie richtet sich nicht nur gegen die Jugend selbst mit dem Ziel



ihrer moralischen und äußeren Vergewaltigung, sondern auch gegen die gesunde Urteilskraft der Erwachsenen, ja sogar gegen die Möglichkeit jeder sachlichen Erörterung der Frage militärischer Gewaltanwendung im Atomzeitalter überhaupt.

Im Hintergrunde dieser neuesten Diffamierungsstrategie stehen schließlich noch die eindeutigen Spekulationen bestimmter Kräfte im Hinblick auf den kommenden Wahlkampf. Dieser wird ja im Zeichen der forcierten Aufrüstung und damit als Auseinandersetzung über die gegenwärtigen militärischen Planungen geführt werden. Trotz sechsjähriger Wehrdiskussion sind wir nämlich bisher aus dem Stadium der Auseinandersetzung um die Ausgangspunkte einer Aufrüstung im Atomzeitalter nicht hinausgekommen. Hier soll nun die Aufmerksamkeit der breiten Wählermassen vorsorglich vom Thema abgelenkt werden.

So wird begreiflich, wenn man die militärischen Zwangsvollstrecker der apokalyptischen Planungen gern über Nacht zu öffentlich beauftragten und heiß ersehnten Vollstreckern eines moralischen Erziehungsauftrages der Nation an ihren „Halbstarken“ machen möchte!

Die makabre Propaganda hat in kurzen Monaten das Urteil der breiten Massen bereits in erschreckendem Maße auf die Linie der „heiß ersehnten“ Entwicklung gebracht. Es ist daher erforderlich, diese perfide Strategie mit einer überlegenen Gegenstrategie zu beantworten, um das Letzte und Teuerste, was unser Volk an ungebrochener menschlicher Substanz noch besitzt, nämlich seine Jugend, vor den Angriffen der Würgeengel unserer Tage zu schützen. Indem eine kranke, in ihrer Geistesverfassung korruptierte Gesellschaft sich an ihrer eigenen Brut vergreift, beweist sie nur, wie abgründig verloren sie selbst vor dem Urteil der Geschichte bereits heute ist.

Hier ist ein Problem aufgetaucht, das in seiner ganzen Besorgnis erregenden Bedeutung erkannt und bewußt gemacht werden muß. Zunächst geht es darum, die Hintergründe dieser neuesten Phase der psychologischen Kriegführung rücksichtslos zu enthüllen und sie in das Rampenlicht der Öffentlichkeit zu ziehen. Gleichzeitig geht es darum, die bedrohliche innere und äußere Lage unserer Jugend auf der ganzen Linie aufzuzeigen. Der Jugend muß ihre Situation bewußt gemacht werden, damit sie die in ihr wirkenden sittlichen Kräfte frei machen und sie dann zur Rettung der Verlorenen-Generation der Erwachsenen mit in die Waagschale der Geschichte werfen kann.

So muß allen erst zum Bewußtsein kommen, was die Stunde in Wahrheit von uns fordert. Indem die Jugend dazu gezwungen ist, jetzt gegen eine nihilistische Gesellschaft zu protestieren und Widerstand gegen ein heraufziehendes Verhängnis zu leisten, legt sie sich Pflichten im höheren Sinn auf und wird damit zur eigentlich staatserhaltenden Kraft.

Die Jugend wird, wenn sie sich selbst treu bleibt, durch ihren Widerstand die Erwachsenen dazu zwingen, den Prozeß des Umlernen-Müssens schneller und tiefgründiger zu vollziehen, als es ohne ihren Widerstand zu erhoffen oder überhaupt noch möglich wäre<sup>1)</sup>.

Sie muß vorangehen. Weil die Erwachsenen versagen . . . .

<sup>1)</sup> Als erster Erfolg in diesem Sinne darf die Haltung angesehen werden, die das niedersächsische Kabinett dem Jugendproblem gegenüber einnehmen will. Im Gegensatz zu den Verlautbarungen des bayerischen Innenministers erkennt man in Hannover richtig, „daß sich dieses Problem keinesfalls allein von der polizeilichen Seite her lösen lasse.“

## Soldatengesetz und Kriegsverbrechen (2. Teil)

ERNST VAN LOEN

### 3. Soldateneid und Rechtsbewußtsein

Im Soldatengesetz übernimmt § 9 die Formulierung der Grundpflichten des § 7 als Grundlage für die Eidesformel. Das Gesetz unterscheidet zwischen Diensteid für Berufssoldaten bzw. Soldaten auf Zeit (Abs. 1) und dem feierlichen Gelöbnis für Wehrpflichtige (Abs. 2). In beiden Fällen lautet der Inhalt der Verpflichtungsformel gleich. Das für die Interpretation des § 7 Gesagte gilt in erhöhtem Maße für § 9. Zunächst ist festzustellen, daß der Eid bzw. das Gelöbnis nur einen Dienst an der Bundesrepublik bezieht, der zugleich als Akt der Verteidigung von Recht und Freiheit des ganzen Volkes legitim ist. Ein Dienst an der Bundesrepublik, der das Recht und die Freiheit des ganzen Volkes preisgibt und das Risiko der Bestandsvernichtung eingeht, wird nicht gedeckt. Die Beifügung der Formel „so wahr mir Gott helfe“ zum Eid unterstreicht dessen metaphysische Sinngebung. Der Eid kann nicht im Sinne einer Verpflichtung des Soldaten zu Bürgerkrieg und totalitärer Vernichtungsstrategie interpretiert werden. Die metaphysische Formulierung des Eides erlaubt keine Sanktionierung außerrechtlicher und sittenwidriger Tatbestände. Das gleiche gilt für das feierliche Gelöbnis nach § 9 Abs. 2. Es fehlt hier zwar die Beifügung der Formel „so wahr mir Gott helfe“, aber die auch hier bezogenen Begriffe des treuen Dienstes und der tapferen Verteidigung sowie die Koinzidenz von Dienst am Provisorium und Verteidigung des Ganzen schützen den Wehrpflichtigen gegen jede Form der Zumutung von Bürgerkrieg und Massenmord.

Entscheidende Bedeutung besitzen die §§ 10 und 11. § 10 Abs. 1 bestimmt: „Der Vorgesetzte soll in seiner Haltung und Pflichterfüllung ein Beispiel geben.“ Es wird kaum möglich sein, eine solche Formulierung auf den Tatbestand strategischen Massenmordes anzuwenden. Wiederum beweist der Gesetzgeber auch hier in der Definition des Vorgesetzten-Begriffes, daß er vom klassischen Leitbild des Vorgesetzten im Normalfall der Selbstverteidigung ausgeht. Der Versuch, die rechtliche Position des Vorgesetzten im Atomzeitalter auf Grund der klassischen Formulierung des § 10 Abs. 1 zu bestimmen, muß jedoch zu grotesken Ergebnissen führen. In welcher Weise soll der Vorgesetzte im Massakerfall ein Beispiel an Haltung und Pflicht-

erfüllung geben? Etwa in dem Sinne, daß er die Beihilfe zum Massenmord erzwingt? Damit würde das Gesetz in das Gegenteil verkehrt. Beispiele an Haltung und Pflichterfüllung können in solchem Falle, sogar nach dem Wortlaut des Gesetzes, nur im Sinne einer beispielhaften Pflicht und Haltung zur Verteidigung des Volkes, — der Untergebenen wie Vorgesetzten — und damit zum elementaren Widerstand gegen die offene Umkehrung der soldatischen Sinn-aufgabe gegeben werden. Der Vorgesetzte hat nach § 10 vor Gott und seinem Gewissen ein Beispiel sittlichen Widerstandes, d. h. bedingungsloser Verteidigung des Selbsterhaltsrechtes des Volkes zu geben. Nicht anders kann § 10 Abs. 1 verstanden werden, wenn er unter den abnormen Bedingungen des Atomzeitalters überhaupt einen Sinn behalten und nicht zur Grundlage einer Pervertierung des Vorgesetzten-Begriffes werden soll. In keinem Falle gibt der Vorgesetzte ein Beispiel im Sinne des Gesetzes, wenn er sich zu einem Beispiel an Roboterverhalten jenseits jeder vernünftigen und moralischen Erwägung, d. h. beispiellos verantwortungsloser Haltung verpflichtet fühlt.

§ 10 Abs. 2 bestimmt: „Er (der Vorgesetzte) ist für die Disziplin seiner Untergebenen verantwortlich“. Abs. 3: „Er hat für seine Untergebenen zu sorgen“. Auch hier werden Pflichten formuliert, die nur unter normalen Bedingungen erfüllbar sind. Verantwortung für die Disziplin der Untergebenen kann der Vorgesetzte nur unter der Bedingung einer normalen Verteidigungslage übernehmen, nicht jedoch unter der Bedingung, daß sich der Krieg samt seiner Strategie und Durchführung jenseits der physischen und psychischen Kapazität des Menschen vollzieht. Unter solcher Bedingung kann keine Rede davon sein, daß der Vorgesetzte noch für seine Untergebenen sorgt.

Man würde sonst dem Vorgesetzten eine Pflicht zu unmenschlichem Verhalten auferlegen im Namen einer Vorstellung von Disziplin, die unter Menschen und menschlichen Maßstäben nicht mehr realisierbar ist. Auch hier führt die Anwendung normaler Disziplin-Begriffe auf außer- und widernatürliche Lagen zur Umkehrung jeder begrifflichen und tatsächlichen Vorstellung und Erwartung von Disziplin schlechthin. Damit würde der Begriff des Vorgesetzten wie des



Untergebenen aufgelöst, wie auch eine Auflösung jeder normalen Beziehung von Autorität und Gehorsam, von Befehl und Verantwortung die Folge wäre. Die totale Strategie führt im gleichen Maße, wie sie zur Auflösung des Kriegsbegriffes im Ganzen führt, auch zur Auflösung aller soldatischen Vorstellungen, Begriffe, Beziehungen und Verhältnisse im Kriege.

Dies wird besonders deutlich auch durch § 10 Abs. 4: „Er (der Vorgesetzte) darf Befehle nur zu dienstlichen Zwecken und nur unter Beachtung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze und der Dienstvorschriften erteilen.“ Auch hier zeigt die Beziehung des militärischen Dienstbegriffes unter rechtlichen Vorstellungen — wobei sowohl innerstaatliche wie völkerrechtliche Normen bezogen sind —, daß der Gesetzgeber von klassischen Vorstellungen ausgeht. Im einzelnen ist diese Bestimmung im Zusammenhang mit dem § 33 des Soldatengesetzes zu sehen. Darin heißt es (Abs. 1): „Die Soldaten erhalten staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Unterricht . . .“ (Abs. 2): „Die Soldaten sind über ihre staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Pflichten im Kriege und im Frieden zu unterrichten.“ Der Gesetzgeber setzt also den Typus eines Soldaten — als Vorgesetzten wie als Untergebenen — voraus, der rechtmäßig und rechtsbewußt handelt. Das kann der Gesetzgeber aber nur, wenn er einen Soldatentyp bejaht, der über seine Rechtslage als Staatsbürger im Innern sowie über seine völkerrechtliche Verantwortung nach außen nach dem geltenden Kriegsrecht vollständig aufgeklärt ist. Indessen scheint sich der Gesetzgeber nicht im entferntesten der Tragweite der Bestimmungen des § 10 Abs. 4 in Verbindung mit § 33 bewußt zu sein.

Über die staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Pflichten des Soldaten im Frieden wie im Kriege sind keine Zweifel oder auch nur Mißverständnisse erlaubt. Um so weniger, als die Kriegführung in einem nicht mehr überschreitbaren Sinne pervertiert ist. Der Gesetzgeber muß sich darüber im klaren sein, daß er durch die Formulierung einer Pflicht zur Rechtsaufklärung des Soldaten nach § 33 Vorgesetzte wie Untergebene zu Entscheidungen gegenüber Tatbeständen zwingt, deren moralische und rechtliche Bedeutung offenkundig ist. Erziehung des Soldaten kann nur als Erziehung zum Verteidiger des Rechtes unter klarer und eindeutiger Festlegung auf dessen Normen angesehen werden. Im Zeitalter entfesselter Barbarei legt sich der Gesetzgeber nach § 10 Abs. 4 und § 33 somit die Pflicht zu einer Erziehung im Sinne rechtlich eindeutiger

Vorstellungen auf. Damit steht jede Erziehung zu militantem Robotertum, zu bedingungslosem Militarismus im Gegensatz zum Gesetz. Mit anderen Worten: Unterrichtung über die staatsbürgerlichen und verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten sowie über die völkerrechtlichen Bindungen und Verpflichtungen im Kriege, kann im Atomzeitalter nur in dem Sinne verstanden werden, daß dem Soldaten die abnorme Lage des Atomzeitalters voll zum Bewußtsein gebracht wird. Das bedeutet: Der Soldat ist darüber zu unterrichten, daß er weder berechtigt noch verpflichtet ist, unter dem Vorwand oder der Forderung klassischer Selbstverteidigung, totalitäre Massenvernichtungsplanungen zu vollstrecken.

#### 4. Unterrichtung in der Rechtsfrage

Im einzelnen bestimmt § 33 Abs. 1 Satz 2 und 3, daß sich der Unterricht des Soldaten nach folgenden Grundsätzen vollziehen soll: „Der für den Unterricht verantwortliche Vorgesetzte darf die Behandlung politischer Fragen nicht auf die Darlegung einer einseitigen Meinung beschränken. Das Gesamtbild des Unterrichtes ist so zu gestalten, daß die Soldaten nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung beeinflusst werden“. Diese Formulierung bezieht sich auf den Unterricht in politischen Fragen, bei denen die Gefahr einer einseitigen Meinungsbildung besteht. Insofern der Unterricht die Aufklärung über objektive Rechte und Pflichten zum Gegenstand hat, entfällt jede besondere Verpflichtung zur Neutralität im Sinne von Abs. 1 Satz 2 und 3, da rechtliche Unterrichtung ohnehin objektiv und neutral zu erfolgen hat.

Die Formulierung des Abs. 1 Satz 2 und 3 könnte auch insofern zu Mißverständnissen führen, als Abs. 1 Satz 1 gleichzeitig von staatsbürgerlichem und völkerrechtlichem Unterricht spricht, während die im Abs. 1 Satz 2 und 3 begründete Pflicht zur Neutralität der Darstellung sich eindeutig auf den politischen, d. h. staatsbürgerlichen Unterricht bezieht. Indessen gehört aber zum vollständigen staatsbürgerlichen Unterricht des Soldaten nicht nur eine Unterrichtung über politische Fragen und Meinungen sondern auch die Aufklärung über seine Rechte und Pflichten als Staatsbürger wie als Soldat nach den Bestimmungen der Verfassung sowie der Militärgesetze im besonderen. Darüber hinaus muß nach Art. 25 und 26 der Verfassung sogar die völkerrechtliche Aufklärung des Soldaten als Ausfluß der Aufklärungspflicht über die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erkannt werden, da der

Soldat als Staatsbürger nach Art. 25 unmittelbar als Träger völkerrechtlicher Pflichten und Rechte gilt. Der Rechtsunterricht steht außerhalb jeder politischen Tendenz. Er hat bedingungslos, ohne Vorbehalt und sachlich erschöpfend zu erfolgen. Insbesondere ist die rechtliche Unterrichtung des Soldaten nach Abs. 2 keinerlei Beschränkung nach Abs. 1 Satz 2 und 3 unterworfen. Im Abs. 2 wird der Gegenstand dieses Unterrichts nochmals eindeutig definiert: „Die Soldaten sind über ihre staatsbürgerlichen und völkerrechtlichen Pflichten und Rechte im Frieden und im Kriege zu unterrichten.“ Im juristischen Unterricht des Soldaten geht es nicht um die Darlegung einseitiger Meinungen, ebensowenig um das Ziel, die Soldaten zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten Meinung zu beeinflussen. Hier geht es um die Mitteilung eindeutiger juristischer Normen und Tatbestände. Mit a. W.: um die Unterrichtung des Soldaten über die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, der verschiedenen Genfer Konventionen, des Londoner Statuts von 1945, des Genozide-Abkommens von 1950 über das Verbot von Volksmord und Massenmord, über die in Frage kommenden Bestimmungen der Verfassung selbst sowie der allgemeinen Bundes- und Strafgesetze, insoweit Probleme des soldatischen Rechts- und Pflichtenkreises durch sie berührt werden, hier insbesondere die gesetzlichen Bestimmungen über das Recht und die Pflicht zur Nichtbefolgung verbrecherischer Befehle bzw. zur Nichtbegehung von Kriegsverbrechen.

Der Unterricht über diese Rechtsfragen im Sinne von § 33 Abs. 1 Satz 1 und Absatz 2 ist objektiver Unterricht, d. h. nach wissenschaftlich den Gegenstand der Darstellung erschöpfenden Methoden durchzuführen. Dieser Unterricht muß den Soldaten, Vorgesetzte wie Untergebene, über die bestehenden gesetzlichen Normen und völkerrechtlichen Regeln und Vertragsinhalte voll ins Bild setzen. Warnend ist darauf hinzuweisen, daß die Frage des Kriegsverbrechens bzw. des verbrecherischen Befehls keine sogenannte politische Frage ist. Sie ist also nicht Gegenstand des politischen Unterrichts nach § 33 Abs. 1 Satz 2 und 3. Die Unterrichtung über Kriegsverbrechen darf daher keiner sogenannten politischen Zensur unterworfen werden etwa unter dem Vorwand, daß die Darlegung einseitiger Meinungen verhütet und der Soldat nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung beeinflusst werden dürfte.

Jeder Versuch, den Rechtsunterricht des Soldaten auf Grund von § 10 Abs. 4 und § 33 als politischen Unterricht unter Festlegung auf einseitige Meinungen oder unter Beeinflussung des Soldaten zugunsten einer bestimmten Richtung oder sogar unter völliger Umgehung und Nichtbeachtung der Pflicht zur Aufklärung des Soldaten über seine Rechtslage im Frieden und im Kriege durchzuführen, ist ein klarer Verstoß gegen § 33 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2. Der Soldat hat einen gesetzlichen Anspruch auf volle juristische Aufklärung über alle Fragen, die sich für ihn durch die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Normen und Regeln auf jene Situationen ergeben, vor die er heute oder morgen, sei es unter der Bedingung einer konventionell-totalen oder atomar-totalitären Kriegführung, gestellt wird. Wenn er diesen Rechtsanspruch nach § 33 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 bereits im Hinblick auf den vom Gesetzgeber eindeutig vorausgesetzten Fall klassischen Soldatentums in einem klassischen Kriege besitzt, so hat er diesen Rechtsanspruch um so mehr im Hinblick auf die Eventualität, daß ein solcher Normalfall des Krieges im rechtlichen Sinne nicht einmal mehr gegeben sein wird.

So gesehen, kann § 10 Abs. 5 die Regelung treffen: Er (der Vorgesetzte) trägt für seine Befehle die Verantwortung...“ Dazu heißt es im Bericht des Verteidigungsausschusses: „Das gesamte Problem Befehl und Gehorsam wurde vom Ausschuß eingehend untersucht. Dabei wurden vom Ausschuß vor allem diejenigen Erkenntnisse berücksichtigt, die sich aus der Behandlung staatsrechtlicher Tatbestände aus dem Zweiten Weltkrieg durch die Gewahrsamsstaaten der deutschen Kriegsgefangenen ergaben. Der Ausschuß versuchte eine Regelung zu finden, die dem Befehlsggeber die Verantwortung für die Befehle und seine Folgen überträgt, andererseits den Untergebenen einen blinden Gehorsam nicht zumutet... Abs. 4 legt dem Vorgesetzten die Pflicht auf, die Grenzen seiner Befehlsgewalt streng zu achten. Es soll der Mißbrauch der Befehlsgewalt durch den Vorgesetzten verhindert werden. Damit soll zugleich dem Untergebenen ein Schutz davor gewährt werden, daß er in seinen Rechten durch rechtswidrige Befehle beeinträchtigt wird.“

Der Ausschuß habe es für zweckmäßig gehalten, die Verantwortlichkeit des Vorgesetzten für seine Befehle wegen der Wichtigkeit dieser Vorschrift besonders zu regeln: „Diese Voraussetzung betrifft zu-



nächst die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit und die Durchführung der gegebenen Befehle. Sie umfaßt darüber hinaus auch die rechtlich nicht immer faßbaren Gebiete der allgemeinen sittlichen Verantwortung für Form und Inhalt der Befehle...“

In der amtlichen Begründung der Bundesregierung zum § 10 heißt es: „Abs. 4 verpflichtet den Vorgesetzten, die Grenze seiner Befehlsgewalt innezuhalten. Insbesondere ist ihm die Wahrung des Rechts ausdrücklich zur Pflicht gemacht. Das soll dem Mißbrauch ihm anvertrauter Befehlsgewalt vorbeugen und es ausschließen, daß die Untergebenen durch rechtswidrige Befehle in ihren Rechten beeinträchtigt werden. Die Verantwortung des Vorgesetzten für seine Befehle ist als ein Grundsatz der Ordnung der Streitkräfte im Gesetz ausdrücklich festgelegt.“

Damit wird das Recht des Soldaten zum Widerstand gegen rechts- und ordnungswidrige Befehle jedes Vorgesetzten, d. h. auch des Staates selbst in seiner Eigenschaft als oberstem Vorgesetzten ausdrücklich bestätigt. Überschreitet der staatliche Befehlshaber seine rechtliche und sittliche Kompetenz, die ihm durch Verfassung, Gesetze und Völkerrecht begrenzt ist, so verliert er das Recht, von Zivilisten und Soldaten Gehorsam zu fordern. Auch der Staat gibt dann weder ein Beispiel von Haltung und Pflichterfüllung im Sinne von § 10 Abs. 1, noch fordert er rechtmäßige Formen von Disziplin von seinen Untergebenen (Abs. 2), noch erfüllt er seine Sorgepflicht für die Untergebenen nach Abs. 3, noch dienen seine Befehle „dienstlichen Zwecken“, noch erfolgen sie unter Beachtung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze und der Dienstvorschriften (Abs. 4). In jedem Falle tragen die Befehlsgebenden an der Spitze des Staates in solchem Falle die volle Verantwortung für ihre Befehle nach Abs. 5.

Frage: Wer zwingt den staatlichen Befehlshaber seine Kompetenz einzuhalten? Das Recht. Wer aber sichert das Recht? Nur der in seinen Rechten bedrohte und verletzte Staatsbürger selbst! Die Untergebenen haben über die Wahrung des Rechtes, d. h. über die Innehaltung der Grenzen jeder legalen Befehlsgewalt durch den staatlichen Befehlshaber im Atomzeitalter selber zu wachen. Aber ein sich selbst legitimierender Staat wird keinen anderen Wächter über sich anerkennen. Angewandt auf die Lage des Soldaten im Atomzeitalter bedeutet dies: nur der Soldat selbst kann vom Befehlshaber unter der Bedingung pervertierter Macht- und

Gewaltverhältnisse die Innehaltung der rechtlichen und moralischen Grenze der militärischen Befehlsgebung erzwingen.

Der Soldat hat im Atomzeitalter das Recht und die Pflicht, durch Innehaltung der Grenzen legaler Befehlsgebung den totalitären Massakerfall zu verhindern. Darauf ist sein Auftrag festgelegt und beschränkt. Zwar vermag der Soldat auch nach Ausbruch der Barbarei noch Widerstand zu leisten und das Recht zur Verweigerung der Anteilnahme am Verbrechensablauf durchzusetzen. Aber das Verbrechen selbst ist dann bereits geschehen und die soldatische Sinngebung entfallen. Selbstverteidigung unter der Alternative Friede oder Untergang wird zum Zwang zur absoluten Kriegsverhütung. Ein anderer Auftrag kann dem Soldaten im Atomzeitalter nicht mehr zufallen.

Wenn der amtliche Bericht der Bundesregierung zum § 10 von Wahrung des Rechts, vom Mißbrauch anvertrauter Befehlsgewalt, von der Beeinträchtigung der Rechte Untergebener durch rechtswidrige Befehle spricht, so ist im totalitären Massakerfall die Rechtslage des Soldaten geklärt: Jede Bestimmung dessen, was unter den „Grundsätzen der Ordnung der Streitkräfte“ zu verstehen ist, wird durch Art. 25 GG in Verbindung mit § 33 Abs. 1 und 2 sowie § 10 Abs. 4 des Soldatengesetzes festgelegt. Auch der staatliche Befehlshaber ist auf die Normen des Rechts und des Gewissens und nach der Präambel der Verfassung auf seine Verantwortung vor Gott und den Menschen verpflichtet. Die Befehlshaber haften dem Volke nach § 10 Abs. 5 mit Kopf und Kragen für die Rechts- und Ordnungsmäßigkeit ihrer Befehle.

##### 5. Soldat unter verbrecherischem Befehl

§ 11 regelt die Pflichten der Untergebenen. Abs. 1 bestimmt den Rahmen der soldatischen Gehorsamspflicht: „Der Soldat muß seinen Vorgesetzten gehorchen. Er hat ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen. Ungehorsam liegt nicht vor, wenn ein Befehl nicht befolgt wird, der die Menschenwürde verletzt oder der nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt worden ist; die irrije Annahme, es handele sich um einen solchen Befehl, befreit nicht von der Verantwortung.“

Ausführung totalitärer Vernichtungsbefehle als Bestandteil kollektiver Massenmordpläne ist im Sinne der klassischen Definition des Gehorsams gemäß § 11 „nach besten Kräften, vollständig, gewissenhaft und unverzüglich“ gar nicht möglich. Gehorsam kann nur unter normalen Voraussetzungen gefordert werden. Im Falle der Ausführung

totalitärer Planungen liegen immer Befehlsgebungen vor, die sich jenseits des Menschen, d. h. seiner physischen und psychischen Kapazität bewegen. Vollständige Ausführung solcher Befehle, denen barbarische und perverse Gewaltvorstellungen zugrunde liegen, bedeutet Forderung „vollständiger“ Ausführung verbrecherischer Handlungen. Die Formulierung „nach besten Kräften, vollständig“ setzt voraus, daß dem Soldaten in der Ausführung von Befehlen ein objektiver Ermessensraum zugestanden wird. Denn er muß prüfen, ob vollständige Ausführung eines Befehls auch nach besten Kräften überhaupt möglich ist und damit auch mit dem besten Willen schlechthin zumutbar ist. Dabei unterliegt das Maß seiner Kräfte durchaus einer besten Beurteilung, d. h. einer im physischen zwar maximalen, aber auch in solcher Ausdehnung noch realisierbaren Selbstbewertung des Handelns. Hier in der Selbstbewertung dessen, was nach besten Kräften möglich ist, muß der Soldat bereits zu einer vernünftigen und damit gleichzeitig ethischen Beurteilung seines Handelns vordringen können. Nicht jede Kraftanstrengung bzw. Forderung einer nur faktisch und äußerlich geforderten Leistung wird hier vollständig, d. h. maximal vom Gesetzgeber gefordert. § 11 fordert kein totalitäres Robotertum als energetische Norm eines Maximums von Kraftanstrengung des Soldaten, sondern nur eine beste Anspannung der Kräfte, d. h. im Maßstab menschlich überhaupt erreichbarer und daher allein vertretbarer Möglichkeiten. Vollständige und beste Erfüllung von Befehlen zusammengekommen begründen erst Umfang und Verpflichtung der Gehorsamspflicht nach § 11. Kann im Atomfall mit bestem Willen eine vollständige Erfüllung eines Befehls vom Soldaten als konkretem Menschen und nicht als fingiertem Roboter nicht geleistet werden, da sowohl die physische wie ethische Selbstbewertung der abgeforderten Leistung eine Pflicht zum Gehorsam nicht gebieten kann, so kann folglich auch keine Pflicht zur Ausführung solcher unmenschlichen und außermenschlichen Befehle „nach besten Kräften und vollständig“ vorliegen. Der begriffliche Zusammenhang objektiver und subjektiver Merkmale rechten Gehorsams nach § 11 beweist, daß hier unzweideutig der „Normalfall“ von Befehl und Gehorsam im soldatischen Seinsbereich vorausgesetzt wird, aber an eine Erfassung „abnormer“ Lagen (wie im Atomfall) a priori nicht gedacht sein kann. Dies ergibt sich schon daraus, daß im § 11 Abs. 1 Satz 2 auch der Gewissensbegriff wiederum zum Kriterium rechten Gehorsams gemacht wird. Da-

nach ist der Soldat außerhalb der objektiven und subjektiven Prüfung seiner Gehorsamslage im äußeren Ermessensraum der menschlichen Möglichkeiten in der Erfüllung von Befehlen nur zur „gewissenhaften“ Pflichterfüllung gehalten. Das Gewissen bindet den Soldaten nach § 11 nicht nur in seiner Gehorsamspflicht, sondern gibt ihm auch das Recht zur Gewissensprüfung gegenüber den ihm erteilten Befehlen. Anders ist eine gewissenhafte Ausführung von Befehlen nach § 11 Abs. 1 Satz 2 nicht denkbar. § 11 bezieht also in vollem Umfange die Gewissensfreiheit des Staatsbürgers nach Art. 4 Abs. 1 GG auch in die Definition der Gehorsamspflicht des Soldaten ein.

Damit wird die Ausführung von Befehlen nach besten Kräften und — um jede Möglichkeit irtümlicher Interpretation auszuschließen — nur nach dem Maßstab des freien Gewissens des zum Gehorsam Verpflichteten befohlen. Was der Soldat als gültigen Maßstab gewissenhafter und vollständiger Befehlsausführung nach besten Kräften anzusehen hat, kann niemand anders als das eigene Gewissen bestimmen. An diesem Punkte realisiert sich im Atomzeitalter die sittliche Entscheidung des Soldaten im Gehorsam. Es wird nicht nur die Gewissenhaftigkeit des Soldaten als Begründung einer Pflicht zu gewissenhaftem Handeln bezogen sondern im gleichen Maße das Recht auf eine freie Gewissensentscheidung in der Definition des Gehorsams. Bindung und Freiheit im sittlichen Wissensbereich des Soldaten sind nicht voneinander zu trennen. Sie können nicht zwischen Vorgesetzten und Untergebenen einseitig gegeneinander ausgespielt werden.

Der Soldat ist nur im Gewissen gebunden, d. h. er ist im sittlichen Maßstab dieser Bindung vor dem eigenen Gewissen frei. Die freie Entscheidung zum Gehorsam kann ihm niemand abnehmen. Man kann sie ihm weder verweigern noch sie durch absolute Befehls- und Disziplinforderungen ersetzen. Andernfalls könnte der Soldat auch im Sinne von § 11 Abs. 1 und 2 nicht verantwortlich für die Ausführung rechts- und sittenwidriger Befehle sein.

§ 11 Abs. 1 bietet keine Grundlage zur Knebelung des Soldaten in seinem Gewissen durch rechts- und sittenwidrige Befehle. Mit a. W., er kann durch solche Befehle in seinem Gewissen objektiv gar nicht gebunden und daher auch nicht verpflichtet werden. Aus diesem Grunde hat der Gesetzgeber eine Regelung des Gehorsams getroffen, die für alle diejenigen Fälle gilt, in denen der Soldat in der Ausführung gegebener Befehle mit seinem Gewissen in Konflikt kommen



kann. § 11 ist somit die magna charta militans des Soldaten. Die vom Gesetzgeber getroffene Regelung hätte sich zwar auch für den Fall ergeben, daß jeder Bezug auf eine Selbstbewertung des Soldaten im Sinne seiner besten Kräfte und Möglichkeiten sowie des Gewissens unterblieben wäre und der Gesetzgeber sich auf eine nur formale Definition des Gehorsams beschränkt hätte, so wie sie im § 1 in der Definition des Soldatenbegriffes vorgenommen wurde. Auch in solchem Falle wäre keine andere Auslegung möglich, als die der Gesetzgeber in konkreter Festlegung der Kriterien nach § 11 Abs. 1 in Übereinstimmung mit Art. 4 der Verfassung vorgenommen hat. Es hätte also genügt, wenn man § 11 auf die Formulierung des Abs. 1 Satz 1 beschränkt hätte. In jedem Falle hätte nur eine Auslegung der Gehorsamspflicht stattfinden können, wie sie in Abs. 1 Satz 2 und 3 und Abs. 2 unter Bezug auf Art. 1 der Verfassung (Menschenwürde und Menschenrechte) geregelt wurde. Im Atomzeitalter bzw. unter den Bedingungen einer totalitären Strategie ergibt sich bereits nach Art. 1 der Verfassung auch ohne die besondere Regelung des § 11 (Ungehorsam und verbrecherischer Befehl) der rechtliche Zwang zur Abnormerklärung jeder totalitären Überforderung des Soldaten.

In der amtlichen Begründung der Bundesregierung zur Gewissenhaftigkeit des Soldaten nach § 11 Abs. 1 Satz 2 heißt es: „Hier ist auch die Gewissenhaftigkeit des Soldaten bei der Ausführung des Befehls ausgesprochen. Das begründet seine Verpflichtung, dem Sinn und Zweck des Befehls entsprechen zu können, wenn der Befehl für eigene Entschlüsse, etwa die Wahl der Mittel, Raum läßt.“ Indessen kann eine solche enge Definition der Gewissenhaftigkeit im Atomzeitalter nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtbereich der Gewissensfreiheit erfassen. Nicht nur soweit ein Befehl dem Soldaten in der Wahl der Mittel zur Ausführung des Befehls selbst Raum läßt, ist er zur Überprüfung der objektiven Kriterien seiner Gehorsamspflicht nach § 11 Abs. 1 verpflichtet. Vielmehr gerade auch dann, wenn ein Befehl ihm überhaupt keinen Raum für solche Überprüfungen und damit für eigene Entschlußbildungen beläßt, da der Befehl nur bedingungslos, d. h. in bewußter Nichtanerkennung der Kriterien nach § 11 Abs. 1 Satz 2 gegeben wurde und erzwungen werden kann. Gerade totalitäre Befehle, die im Rahmen kollektiver Vernichtungsplanungen erteilt werden, sind wesentlich darauf abgestellt und setzen voraus, daß dem Soldaten jede Möglichkeit pflichtgemäßer Selbstbewertung seiner besten Kräfte und Entschei-

dungen abgeschnitten wird. Jedermann weiß sehr wohl, daß vom Soldaten bei Anerkennung sittlicher, rationaler und humaner Vorbehalte die Ausführung von Ultrabefehlen gar nicht zugemutet werden kann, da sie auf einer objektiven Überforderung seiner physischen und psychischen Kapazität als Mensch überhaupt beruhen. Jede totalitäre Befehlsgebung ist notwendig darauf abgestellt, vom Soldaten bedingungslose Ausführung aller gegebenen Befehle zu fordern. Von einer gewollt verbrecherisch handelnden Befehlsgebung gar kann objektiv keine Rücksicht auf die klassische Definition der Gehorsamspflicht nach § 11 genommen werden, da im gleichen Augenblick der gesamte Mechanismus einer sich jenseits des Menschen vollziehenden Planung und Verbrechensausführung zusammenbrechen müßte. Praktisch kommt die Pflicht des Soldaten nach Abs. 1 Satz 2 auf eine rechtliche und sittliche Nachprüfungspflicht des Soldaten hinsichtlich der objektiven Sinnhaftigkeit wie humanen Entsprechung gegebener Befehle im Atomzeitalter hinaus. Diese Überprüfung ist dann nicht etwa als technische Beurteilung der militärischen Opportunität, d. h. des sachlichen Inhalts gegebener Befehle zu betrachten, vielmehr geht es hier bereits um die elementarste moralische und rechtliche Ermessenspflicht in der Beurteilung der rechtlichen und sittlichen Ausgangsposition des Befehlsgebers im totalitären Massakerfall. Auch der Untergebene ist dann in Anbetracht der abnormen Lage, in die er als Gehorchender geraten ist, gezwungen, ebenso wie der Vorgesetzte, nach § 10 die Prämissen des sinn- und rechtswidrig handelnden Befehlsgebers verbindlich zu beantworten. Offenbar vermochte die Bundesregierung, wie die amtliche Begründung zum Soldatengesetz beweist, den Fall fundamental-rechtswidriger, vom Staat selbst gegebener Befehle als Tatbestand gewissenhafter und pflichtgemäßer Beurteilung nach § 11 Abs. 1 Satz 2 nicht einmal theoretisch einzubeziehen.

Jede Zumutung der Teilnahme an Planungen vorbedachten Massenmords ist ein Verstoß gegen die menschliche Selbstachtung und gegen die Menschenwürde. Daher ist Abs. 1 Satz 3 nicht nur als Verbot schikanöser Behandlung von Untergebenen zu betrachten. Die Bestimmung umfaßt vielmehr den vollen Umfang jedes überhaupt nur möglichen Angriffes auf die Menschenwürde des Soldaten. Jeder Befehl, der die Menschenwürde verletzt, ist rechts- und sittenwidrig nach Art. 1, 2, 4, 25 und 26. Im Falle der Befehlsverweigerung liegt hier kein Ungehorsam vor. *(wird fortgesetzt)*

## Thüringisches Land in Bayern

Enklave Ostheim im unterfränkischen Zonenrandgebiet

HERMANN SCHUSSLER

Im nördlichen Zipfel des Landes Bayern, im unterfränkischen Raum zwischen Hoher Rhön und westlichem Thüringer Wald trifft man auf die Ortsnamen Ostheim v. d. Rhön (etwa 3000 Einwohner), Sondheim v. d. Rhön (etwa 800 Einwohner), Urspringen und Stetten (beide etwa 500 Einwohner). Eine Kleinstadt und drei Dörfer bilden die ehemals thüringische Enklave Ostheim v. d. Rhön. Landschaftlich zwischen Thüringer Wald und der Hohen Rhön gelegen, gehört die Enklave in das Gebiet der Vor-Rhön und somit zu einer schönen und reizvollen Gegend. Seit der Entstehung der Bundesländer ist dieses durch eine lange geschichtliche Entwicklung bedingte politische Gebilde auf Grund der Festlegung der Zonen-grenze durch die Besatzungsmächte ein Bestandteil des Landes Bayern geworden, gehört heute zum Regierungsbezirk Unterfranken und ist dem Landkreis Mellrichstadt eingegliedert.

Im frühen Mittelalter waren die Bistümer Würzburg und Fulda konkurrierende Mächte in diesem Gebiet, bis die Landgrafen von Thüringen es kauften und wenig später an das Erzbistum Mainz verpfänden mußten. Von da wurde es an das Bistum Würzburg verkauft (1423), aber bald wieder an einen Henneberger Grafen abgegeben (1433). Die Enklave blieb Henneberger Besitz, bis sie 1555 an die Herzöge von Sachsen verkauft wurde, in deren Besitz sie zunächst blieb, so daß weder die von Würzburg vordringende Gegenreformation noch die Ansprüche des Bistums Fulda zu einem Erfolg führten. Damit wurde konfessionell die Ostheimer Enklave evangelisches Diaspora-Gebiet und blieb dies bis zum heutigen Tag. Bis 1918 gehörte die Enklave in den politischen Machtbereich des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach und war dem Verwaltungsbezirk Dermbach unterstellt. Mit der Neuordnung Thüringens nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Gebiet Bestandteil des Kreises Meiningen und war bis 1945 mit dem thüringischen Landkreis verbunden.

Das fast geschlossen evangelische Gebiet ist kirchlich in der Superintendentur Ostheim v. d. Rhön zusammengefaßt. Im Frühjahr 1954 wurde von den bayerischen (München) und thüringischen (Eisenach) Landeskirchenräten ein Verwaltungsabkommen unterzeichnet, das den 4 Pfarreien, die alle besetzt sind, den Zusammenhalt mit einer größeren kirchlichen Gemeinschaft ermöglicht. Eine endgültige Lösung für die evangelischen Gemeinden in der Enklave wurde bisher nicht getroffen. — Seit 1945 existiert eine kleine katholische Flüchtlingsgemeinde in Ostheim, die gegenwärtig mit einem eigenen Kirchbau befaßt ist.

### Gehemmte Wirtschaft

Die Dörfer Urspringen und Stetten sind fast reine Bauerndörfer. Dagegen sind Ostheim und Sondheim v. d. Rhön Orte mit landwirtschaftlichen Betrieben und gewerblichen Unternehmen (Kleinindustrie, wie Sägewerke, Holzverarbeitende Betriebe, Brauereien, Schuhfabrik u. a.). Aufs ganze gesehen ist die vorhandene Industrie gering und in ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit dementsprechend schwach. Das hat zur Folge, daß den Gemeinden nicht genügend Mittel aus der



Gewerbesteuer zufließen. Ein großes Problem für die gewerblichen Betriebe ist die relativ hohe Belastung durch die derzeitigen Frachttarife der Bundesbahn. Durch die verkehrstechnisch ungünstige Lage (erst ab Würzburg hat man Anschluß an die in nord-südlicher Richtung verlaufenden Haupt-Eisenbahnstrecken) erhöhen sich die Frachtkosten für die Anfuhr von Rohstoffen und beim Absatz der Fertigwaren beträchtlich. Rentabel sind die derzeitigen Frachttarife praktisch nur für Betriebe, die z. B. waggonweise Kohlen beziehen. Schickt dagegen etwa eine Schuhfabrik 6 Paar Schuhe, die ungefähr 12 kg wiegen, an ihre Kunden, so muß der Tarif für 20 kg bezahlt werden.

Die hiesige Kleinindustrie hatte einst ihre Hauptabsatzgebiete (fast 90%) jenseits der Zonengrenze. Das bedeutete nach dem Zusammenbruch 1945 für die Unternehmen gewaltige Anstrengungen, um neue Absatzgebiete zu finden. Die Verbindung mit diesen neuen Absatzgebieten wird durch den Ausfall der früher so günstigen Nord-Süd-Verbindung (Mellrichstadt — Meiningen — Eisenach — Kassel) sehr erschwert und hemmt eine gesunde Weiterentwicklung der Wirtschaft in der ehemaligen Enklave. Es gibt hier ein charakteristisches Schlagwort, das — wenn auch einseitig — annähernd die wirtschaftliche Lage dieses Gebietes schlaglichtartig beleuchtet: „In Bad Neustadt/Saale hört das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder auf.“ Das bedeutet, daß das ganze Gebiet zwischen Neustadt, der Rhön und der Zonengrenze auf der Schattenseite der derzeitigen westdeutschen Wirtschaftsentwicklung liegt.

In der ersten Stadtratsitzung des neuen Stadtparlaments in Ostheim wurde am 4. Mai 1956 ein „Ausschuß zur Förderung von Industrie“ gebildet. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung in einem „Führer durch Ostheim v. d. Rhön“ aus dem Jahre 1927 aufschlußreich, in der es heißt: „Maßgebende Kreise in Ostheim sind bemüht, neue Erwerbszweige in die Stadt zu bringen und den Zuzug von auswärts zu fördern.“ Die Enklave Ostheim, die heute zum Zonenrandgebiet gehört, ist nicht ohne Grund in den letzten Jahrzehnten ein wirtschaftlich unterentwickeltes Gebiet geblieben. Schwierige Voraussetzungen, die von der ganzen geschichtlichen Entwicklung her schon hemmenden Einfluß ausüben, werden heute noch verstärkt durch die ungünstige Lage am Zonenrand.

Um gegen all die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in wirksamer Weise vorgehen zu können, müßte vielleicht zwischen dem weiteren Raum des Zonengrenzgebietes (wozu ja auch Bad Neustadt und Schweinfurt gehören) und dem engeren Raum des Zonenrandgebietes eine grundsätzliche Unterscheidung getroffen werden.

### Rhön-Armut oder Zonengrenz-Armut?

Auf den ersten Blick ist man in Versuchung zu glauben, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in der Enklave unter günstigeren Vorzeichen steht, als es bei den gewerblichen Betrieben der Fall ist. In Ostheim sind etwa 75% der bäuerlichen Betriebe mechanisiert. Aber von den 50 Traktoren, die es in der Stadt gibt, sind beim Kauf höchstens 10 in bar bezahlt worden. Die weitgehende Verschuldung der bäuerlichen Betriebe ist eine nicht wegdiskutierbare Tatsache.

Auch die Landwirtschaft hat durch die Zonengrenze ihr wesentlichstes und vor allem nächstliegendstes Absatzgebiet verloren, das gilt in gleicher Weise für die Agrarprodukte wie für die Milchprodukte. Früher wurde fast der ganze Ertrag der Kartoffelernte in Thüringen abgesetzt; in den letzten Jahren ist das Rheinland einer der neuen Abnehmer. Man steht immer wieder vor dem gleichen Problem:





betreut von einem Burgvogt in Zusammenarbeit mit einem Verein von Freunden der Burg. Der Rhönclub hat viele schöne Wanderwege erschlossen und markiert. In „normalen“ Zeiten würden diese schönen Punkte manchen Besucher anlocken und zum Verweilen einladen. Aber die Zonengrenze ist das große psychologische Hindernis.

Die Jugendbetreuung liegt sehr im argen. Das sollte bedenklich stimmen, da es gerade im Zonenrandgebiet von größter Bedeutung ist, auf diesem Sektor der kulturellen Arbeit weitgehendste Förderungsmaßnahmen einzuleiten. Seit einigen Jahren beteiligt sich ein großer Teil der Jugend der Enklave an einer Zeltlager-Austauschaktion, die durch private Initiative aufgebaut wurde. Kinder und Jugendliche aus Schleswig-Holstein kommen auf die in der Enklave gelegene „Thüringer Hütte“ und umgekehrt fahren Jugendliche und Kinder aus der Enklave jeweils für 10 Tage an die Ostsee. Der Kreis Mellrichstadt beteiligt sich finanziell an dieser vorbildlichen Aktion. (Aus dem Bundesjugendplan sind bis heute noch keine Mittel dazu gegeben worden.) Neben dieser einmaligen Aktion im Sommer jeden Jahres wird Jugendarbeit nur im Raum der Kirche getrieben. (Evangelische Pfadfindergruppe und Kreise der „Jungen Gemeinde“.) Daneben gibt es eine kleine Jugendwandergruppe des Rhönclubs. Es fehlen geeignete und jugendgemäße Räume für Heimabende und gesellige Veranstaltungen. Im großen und ganzen ist sich die Jugend der Enklave fast völlig selbst überlassen. Vergleicht man unsere Inaktivität auf diesem Gebiet mit der Aktivität jenseits der Zonengrenze, so muß man erschrecken. Dabei ist die Jugend der Enklave aufgeschlossen, geistig rege, begabt zu Laienspiel und Gesang; es schlummern Kräfte und Gaben in ihr, die geweckt werden müßten. Aber im Zonenrandgebiet hat eine aufgeschlossene Jugend keine Chancen für die Zukunft. Darum wandern die Besten immer wieder ab. Es fehlt an Verantwortungsfreudigkeit bei den Erwachsenen und auch an äußeren Mitteln.

Die Stadt Ostheim hat in den letzten 10 Jahren mit Hilfe des Bundes und der Länder große Aufgaben bewältigt. Es wurden eine neue vorbildliche Schule errichtet, Straßen gebaut und die Wasserversorgung ausgebaut und verbessert. Das ging nicht ohne eine beträchtliche Verschuldung der Gemeinde vonstatten. Geringe Steuereinnahmen wegen „geringer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit“ auf der einen Seite und hohe Schulden auf der anderen Seite haben zur Folge, daß die tatsächlich vorhandenen Mittel der Gemeinde immer geringer werden und auf unabsehbare Zeit keine neuen Maßnahmen (Bau einer Turnhalle, eines Schwimmbades usw.) mehr möglich sind.

Von den Verantwortlichen und den Einwohnern des Zonenrandgebietes, in diesem Falle der Enklave, wird täglich ein hohes Maß an Geduld, Umsicht und Kraft verlangt. Das Leben wird nicht so sehr vom Konkurrenzkampf einer florierenden Wirtschaft als vom harten Existenzkampf geprägt. Hier werden noch Opfer gebracht und ein maßvolles Leben bejaht. Macht man aus der Not eine Tugend? Man sei sehr vorsichtig mit schnellen Urteilen! Es stecken tiefe und echte Kräfte in diesen Menschen, denen es ständig bewußt ist, daß wenige Kilometer nördlich von ihnen hinter einer unnatürlichen Grenze Menschen wohnen, mit denen sie einst in lebendiger Verbindung standen. Sie tragen diese Situation aufrecht und nicht ohne tiefe Hoffnung auf eine Änderung.

## Bodenwert und Bodenpreis

HEINRICH RICHARD

Vorbemerkung der Schriftleitung: Die nachstehenden Ausführungen kritisieren die „Bodenschätzung“, wie sie durch das Reichsbewertungsgesetz vom 16. Oktober 1934 (RGB I S. 1035) neuerer Fassung gegeben sind. Sie nehmen außerdem Stellung zu Verbesserungsvorschlägen der Bundesregierung. Obgleich Einzelheiten nur aus den angeführten Quellen genau verständlich sind, dürfte der Artikel wichtige Hinweise auf die Bedeutung der Bodenschätzung und darüber hinaus der gesamten Bodenfrage bieten. Er stellt unsere erste Auseinandersetzung mit dem Steuerproblem dar und eröffnet damit ein neues wichtiges Thema in den Spalten dieser Zeitschrift.

Die Bundesregierung beabsichtigt, eine Änderung des Reichsbewertungsgesetzes vom 16. 10. 1934, die von großer Tragweite für Grundbesitz, Wohnungsbau und Wirtschaft sein soll. Der in der Bundesdrucksache 80/36 vorliegende Gesetzentwurf umfaßt 34 Textseiten und 74 Seiten der Begründung. Eine Ergänzung dazu enthält ein Aufsatz in den „Finanzpolitischen Mitteilungen“ vom 28. 3. 1956.

Es ist gewiß keine Wortklauberei, sondern für die Verständigung notwendig, wenn gewünscht wird, daß in Gesetzen und behördlichen Veröffentlichungen die Begriffe eindeutig klar sein müssen. Man sollte daher an der wissenschaftlich anerkannten Unterscheidung festhalten:

Der nicht erzeugte *Boden* bringt seinem Besitzer einen von ihm nicht geschaffenen und daher für ihn arbeitslosen Ertrag, der, da für arbeitslose Bezüge das Wort „Rente“ üblich ist, als *Bodenrente* zu bezeichnen ist:

der *Boden* rentiert sich — oder nicht;

die *Arbeit* bringt *Lohn*; sie lohnt sich — oder nicht;

das *Kapital* als in Gebäuden, Bodenverbesserungen, Warenlagern usw. aufgespeicherte Arbeit bringt *Zins*: es verzinst sich — oder nicht.

Wie man nicht von Kapitallohn spricht, so sollte man auch niemals von einer „Arbeitsrente“ sprechen; denn das ist unlogisch. Nicht logischer aber ist eine „Gebäuderente“, die der Leser der *Finanzpolitischen Mitteilungen* neben der Behauptung antrifft, daß der „Grund und Boden sich verzinse“. Diese letzte Behauptung ist in doppelter Hinsicht anfechtbar: sie erweckt den Anschein, als folge die Rentierlichkeit des Bodens denselben Gesetzen wie die Verzinsung des Kapitals, und das ist falsch und irreführend. Sodann läßt sie den „Bodenzins“ wiedererstehen, der bei der Programmgestaltung der NSDAP folgeschwere Verwirrungen anrichtete; denn er gestattete nach örtlichem Sprachgebrauch und nach Willkür die Auslegung als Bodensteuer, als Anteil der Grundbesitzer an der Bodenrente und als Summe beider Posten, d. h. als volle Bodenrente. Da ferner die Zeit keinen Ertrag abwirft, gibt es auch keine „Zeitrente“, wohl aber Erträge von Lohn und Zins, die von befristeter oder unbefristeter Dauer sein können. Solange aber eine menschliche Gesellschaft besteht, wird es eine Bodenrente geben. Auch die Vereinigung der genannten Produktionsfaktoren sollte nicht dazu verleiten, mit verdorbenem Italienisch von einer „Rendite“ zu sprechen: denn sie ist nach *Nell-Breuning* (Staatslexikon 1931) eine Kapitalverzinsung und nach dem „Großen Brockhaus“ (1933) die „Rentabilität“ von Wertpapieren, deren



Grundlage ungewiß ist. Auf jeden Fall ermöglicht das Wort „Rendite“ die falsche Deutung, sie sei eine arbeitslose „Rente“.

Besonders bedenklich wird der Mangel reinlicher Unterscheidung bei der Anwendung der Worte „Wert“ und „Preis“, die der Gesetzentwurf nebst Begründung und Aufsatz willkürlich miteinander verwechselt. Doch wenn die Sprache zwei verschiedene Worte schafft, so ist zu vermuten, daß sie zwei verschiedene Begriffe nennen will. In bezug auf den Boden besteht nun kein Zweifel: Ein Grundstück, das völlig unbelastet ist, erzielt im Falle des Verkaufs einen Preis, der seinem vollen Werte gleich ist, und dieser wird gebildet durch natürliche Voraussetzungen (Ertragsfähigkeit, Tragfähigkeit, Bodenschätze, Klima usw.) und durch seine Lage (Verkehrsmittel, Bauordnung, Bebauung der Umgebung usw.). Der Grundbesitzer bezieht unter den genannten Voraussetzungen die volle Bodenrente. Aber, abgesehen von der nicht zu berücksichtigenden Verschuldung, ist der Grundbesitz mit einer Menge von Abgaben (Gebühren, Beiträgen, Grundlasten, Steuern usw.) belastet. Alle diese Abgaben, insbesondere zahlreiche Steuern, die zwar nicht vom Boden errechnet zu werden brauchen, die aber doch von ihm getragen werden, kürzen die Bodenrente, so daß dem Grundbesitzer nur noch ein Rest der Bodenrente verbleibt. Beim Verkauf erhält er daher einen Preis, der um die kapitalisierten, auf dem Boden lastenden Abgaben unter dem Werte des Bodens liegt. Dieser Unterschied kann ein Vielfaches des Preises sein. Der Unterschied zwischen Wert und Preis des Bodens entspricht also einer Hypothek, die zwar den Bodenwert nicht ändert, weil er von ganz anderen Umständen gebildet wird, die aber den Kaufpreis drückt. Man erhält daher den in aller Regel unbekannten Bodenwert, wenn man zum bekannten Bodenpreis die kapitalisierten, vom Boden getragenen Lasten zuzählt.

An der Inkonsequenz, nicht zwischen Wert und Preis zu unterscheiden, krankte dereinst schon die „Wertzuwachssteuer“, die vom Unterschiede des Kaufpreises und des Verkaufspreises erhoben wurde und die ohne den geringsten Zweifel eine Preiszuwachssteuer war. Der Preis des Bodens aber kann fallen, während der Wert steigt, und umgekehrt. Der steigende Bodenpreis jedoch kann die Folge einer heimlichen Inflation sein, vor der man niemals sicher ist, solange das geltende Steuersystem die Überwälzung der Steuern von erzeugten Gütern in deren Preisen erlaubt und erzwingt. Der gestiegene Preis des Bodens hatte in solchen Fällen überhaupt keinen Zusammenhang mit seinem Werte, und die „Wertzuwachssteuer“ war höchst unangebracht. Sie ist auch in der angeblich besseren Form einer „Abschöpfung der steigenden Grundrente“ als unwirksam und schädlich abzulehnen.

Auch das Reichsbewertungsgesetz bestimmt lediglich den Preis, den es zwar in § 10 „gemeinen Wert“ nennt, der aber im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes unter Berücksichtigung aller den Preis beeinflussenden Umstände zu erzielen ist. Zu diesen Umständen gehören die öffentlichen Abgaben. Nach dem Willen der neuen Vorlage wird in § 52a nicht nur der „Bodenwert“ ausdrücklich als der „gemeine Wert“, d. h. als Bodenpreis bestimmt, sondern auch der Abzug der Grundsteuer von der Jahresmiete angeordnet. Das geht zwar nicht aus § 52f hervor, wo man es erwartet, kann aber aus § 52i geschlossen werden und ergibt sich jedenfalls aus S. 75 der Begründung. Der Ausgang für die „Bewertung“ ist also die Jahresrohmiete, die die Vergütung von „Boden + Bauwerk“, also für zwei einander völlig wesensfremde Objekte, ent-

hält. Daher wird die Grundsteuer auch künftig mit einer doppelten Unlogik behaftet sein:

1. Sie ist vorwiegend — nach dem Beispiel in den *Finanzpolitischen Mitteilungen* S. 578 zu etwa 90 % — eine Gebäudesteuer,

2. ihre Bemessungsgrundlage ist der Bodenpreis.

Beide Mängel und ihre Folgen sind aber nur erkennbar, wenn man Boden und Bauwerk getrennt voneinander behandelt, wie das ihr Wesensunterschied bedingt. Daß die Steuer vom Bauwerk als einem erzeugten Gute ganz oder teilweise im Preise überwälzbar sein, also die Miete steigern kann, ist eine alte Erfahrung. Darüber aber, daß dies für den nicht erzeugten Boden ausgeschlossen ist, daß sie daher vom Grundbesitzer zu tragen ist, sind sich alle Autoritäten von *Quesnay* über *Ricardo* und *Thünen* bis *Seligman* einig. Der Beweis dafür ist nur graphisch zu führen. Hier genügt der Hinweis auf nachstehende Tabellen:

#### A. Steuer vom Bodenwert:

a Bodenwert DM	b Zinssatz %	c Bodenrente DM	d Steuersatz %
1000	4	40	1,0
1000	4	40	2,0
1000	4	40	3,0
1000	4	40	3,8
1000	4	40	4,0

e Steuerertrag	f Restbodenrente (c—e)	g Bodenpreis (f · 25)	h kapitalisierte Steuer (e · 25)
DM	DM	DM	DM
10	30	750	250
20	20	500	500
30	10	250	750
38	2	50	950
40	0	0	1000

Bodenwert a und Bodenrente c sind feste Begriffe, die den Steuerertrag e mit dem Steuersatz d garantieren, der den Zinssatz b niemals überschreiten kann. Will man dagegen den Steuerertrag e vom gemeinen Werte, d. h. vom Bodenpreise g erzwingen, so ergibt sich:

#### B. Steuer vom Bodenpreis:

Steuerertrag (A e)	Bodenpreis (A g)	Steuersatz %	Kapitalisierte Steuer (A h)
DM	DM	von b	DM
10	750	1,33	250
20	500	4,00	500
30	250	12,00	750
38	50	75,00	950
40	0	unendlich	unbestimmt.

Mit dem sinkenden Bodenpreis steigt also der Steuersatz, und das ist für den Grundbesitz untragbar, weil es den Irrtum erweckt, schon vom Steuersatz 4% an werde die ganze Bodenrente weggesteuert. Beim Bodenpreise „null“ aber



ist der Steuersatz „unendlich“ erforderlich, um überhaupt einen endlichen, wenn auch unbestimmten Betrag zu erzielen, und das ist eine rechnerische Unmöglichkeit, die den Fehler des ganzen Systems enthüllt: man kann nicht eine Steuer nach dem Preise des Bodens errechnen, der entsteht, wenn die Steuer bereits berücksichtigt wurde. Der Umstand, daß dieser Widersinn nicht erkennbar ist, solange der Steuersatz niedrig ist, macht ihn ebenso wenig zum Sinn, wie eine Verbrauchssteuer dadurch harmlos wird, daß der Verbraucher sie angeblich „nicht merkt“, weil er sie nicht im Finanzamt, sondern im Lebensmittelgeschäft oder in der Gastwirtschaft zahlt. Dadurch aber, daß die Bewertung den Dingen Gewalt antut, d. h. in naturwidriger Weise Boden und Bauwerk vereinigt, werden die üblen Wirkungen der Steuer zwar versteckt, aber nicht aufgehoben; im Gegenteil, sie werden noch verstärkt.

Unter diesen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß die Regierung sich der Unsicherheit ihrer Vorlage selbst bewußt ist; denn auf S. 75 der Begründung des § 51 i „Grundsteuer“ weist sie darauf hin, und auf S. 576 der *Finanzpolitischen Mitteilungen* heißt es:

„Die Frage, mit welcher steuerlichen Auswirkung die neuen — im Durchschnitt höheren — Einheitswerte bei den oben angeführten Steuern zugrundegelegt werden sollen, muß später, wenn sich das Ergebnis der Hauptfeststellung übersehen läßt, entschieden werden.“

Die Frage nach dem Ergebnis des ganzen Unternehmens, die Frage, die den Bürger einzig und allein interessiert, wird also von amtlicher Seite nicht beantwortet. So mag die Antwort hier erfolgen: Da der Entwurf an entscheidender Stelle keine Verbesserung bringt, wird, trotz unbestrittener Verbesserungen im einzelnen und in der Methode, im wesentlichen alles beim alten bleiben. Zum Glück liegt trotzdem die Lösung näher als es scheint. Das Gesetz muß nur halten, was seine Überschrift „*Bewertungsgesetz*“ verspricht: es muß den *Wert* des Bodens ermitteln! Das ist denkbar einfach: vom möglichen, nicht vom tatsächlichen Ertrage sind die Zinsen vom Werte der Gebäude, der Bodenverbesserungen, der Bepflanzungen und aller Wertgegenstände, die vom Boden getrennt werden können (*Thünen*), und die Aufwendungen für Unterhaltung der Gebäude, für Löhne usw. abzuziehen, und die Kapitalisierung des Restes, der vollen Bodenrente, ist der Bodenwert. Daraus folgt:

1. Die Bodenrente kann zwar in ihrer Höhe außerordentlich schwanken, aber in ihrem Wesen als Ertrag des Bodens im unberührten Naturzustande, ist sie überall gleich,
2. daher besteht kein Unterschied zwischen städtischer, ländlicher, industrieller oder sonstiger Bodenrente, und alle gekünstelten und unbefriedigenden Einteilungen der Grundstücke nach ihrer Nutzung erübrigen sich,
3. die vom Boden zu erhebende Grundsteuer ist von der Jahresrohmiete nicht abzuziehen,
4. die Vereinfachung des Verfahrens durch Fortfall der Gebäude usw., um deren Ertrag der „Wert“ des Bodens als der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer steigt, gestattet die jährliche Neuveranlagung des Bodens. Das ist in Anbetracht der rapide steigenden Bodenwerte in den Städten unbedingt erforderlich und kann durch verantwortliche, aber das Finanzamt nicht bindende Mitwirkung des Grundbesitzers bei der Einschätzung erheblich erleichtert werden. Solange

aber die Bevölkerung wächst, tätig ist, Werte schafft, und sich in Gemeinschaften zusammenschließt, können sich „die Wertverhältnisse auf dem Grundstücksmarkt“ überhaupt nicht „festigen“, und das haben sie unter diesen Voraussetzungen auch nie getan, obgleich die *Finanzpolitischen Mitteilungen* auf S. 576 es zu erwarten scheinen und auf S. 578 allen Ernstes den Wert des Grund und Bodens als eine „konstante Größe“ ansehen, die zugleich Wertschwankungen unterworfen ist . . . Selbst in entlegenen Landbezirken wittert man doch Morgenluft, wenn eine Straße geplant wird oder Öl gefunden wurde! — In Wien hat sich dieses Verfahren nach dem Ersten Weltkrieg vortrefflich bewährt. Es ist auch nicht einzusehen, warum der Bürger, auf dessen Selbstbekenntnis bei keinem anderen Einkommen verzichtet werden kann, dazu beim Grundbesitz außerstande sein sollte. Gewiß kann er nur dessen Preis angeben, aber das genügt für das Finanzamt, um aus dem Preise mit ganz einfacher Berechnung den Bodenwert zu entwickeln.

Die Vorlage bietet für diese Methode sogar die Handhabe, indem sie in den §§ 32 bis 38 Boden und Bauwerk trennt. Aber das genügt nicht; denn nach *Thünen* sind auch die Bodenverbesserungen vom Gesamtertrage abzuziehen, um die Bodenrente zu erhalten, und das verabsäumt der Entwurf. Außerdem ist die Trennung zwecklos, wenn die einzelnen Bestandteile wieder zum „Einheitswerte“ zusammengezählt werden, anstatt sie nach dänischem, gut bewährtem Vorbilde, getrennt zu besteuern. Erst dann haben wir eine echte Grundsteuer, deren Name den Bürger nicht über ihren wahren Charakter irreführt. Die erstaunlichen Aussichten, die diese Art der Besteuerung eröffnet, überschreitet den Rahmen dieses Artikels. Nur so viel sei angedeutet:

Es ist die einzige Methode, um den Grundbesitz in seiner gesamten Ausdehnung mit allen auf und in ihm zu errichtenden Unternehmungen rentierlich zu machen. Es ist die einzige Möglichkeit, die schaffende Arbeit, Fleiß, Intelligenz, Sparsinn und Kapitalbildung zu fördern. Es ist der Schlüssel für den praktischen Städtebau, für die Landesplanung, für die Schaffung wertbeständiger Anlagen in Eigenheimen und Siedlungen, die — im großen Maßstab — bisher noch immer an der Bodenfrage gescheitert sind. Es ist der einzige Weg, um schrittweise zur Ermittlung des vollen Bodenwertes der Bundesrepublik und mit seiner Hilfe zu einer *Steuerreform* zu kommen, nach der alle Welt verlangt.

Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zeigt der Entwurf, wie notwendig es ist, daß die Regierung den Mut zur — vorübergehenden — Unpopularität aufbringt und endlich und zwar gleichzeitig mit der Verbesserung der Grundsteuer auf verbesserter Grundlage alle Reste des Preisstops für Mieten, Bodenpreis usw. aufhebt; denn an naturwidrigen Zuständen scheitern die besten Absichten der Gesetzgeber. Man darf nicht durch den Hinweis auf die sog. „soziale Marktwirtschaft“ vor dieser notwendigen Maßnahme zurückschrecken; denn in Wahrheit ist diese Wirtschaft gar nicht sozial, sondern unklar, weil sie verhindert, den Wert des ersten und wichtigsten Produktionsfaktors, die Grundlage unserer Existenz, des Bodens zu erkennen und Gottes Schöpfung in den Dienst des ganzen Volkes zu stellen. Solange nur etwa 5% der Bevölkerung — ohne entsprechende Gegenleistung! — am Boden Anteil und damit eine naturwidrige Vormachtstellung haben, ist die Wirtschaft so unsozial wie möglich. Was unsozial ist, kann aber weder gerecht noch klug sein, und darum enthält diese Wirtschaft, trotz aller äußerlichen Erfolge, einen Zündstoff, dessen Gefahr nicht hoch genug eingeschätzt werden kann!



## Kulturpolitik im Kreuzfeuer

Zu 3 Aufsätzen von HELLMUT BECKER

### Wer finanziert die kulturelle Freiheit?

Es sei nicht übertrieben zu sagen, daß wir im Begriff stehen, die kulturelle Freiheit durch die Konzentration aller Finanzkraft beim Staat auf kaltem Wege zu zerstören. Aber diese gefährliche Konzentration der Finanzkraft beim Staate hält Hellmut Becker für unaufhebbar. Ganz eindeutig kapituliert er vor der Entwicklung des modernen Staates zum Steuerstaat. Diese sei „ein Weltphänomen und nicht aufzuhalten“. Da aber auch die Korrekturen, die der Steuerstaat gegenüber den kulturell schädlichen Folgen eines Steuersystems selbst eingebaut hat, das steuerfreie Spenden, nur einen ganz schmalen Spielraum schaffe, sieht Becker für die Sicherung der kulturellen Freiheit keinen anderen Ausweg als bestimmte Formen „des Zusammenwirkens der Funktionäre und der im Parlament zusammengekommenen demokratischen Repräsentanten mit Gremien unabhängiger Sachverständiger“. An der Finanzierung der kulturellen Freiheit durch den Staat wird dabei nicht gerüttelt.

Der totale Staat wird als Tatsache hingenommen. Seine Vorzüge an Objektivität und Anonymität gegenüber bestimmten privaten Finanzgruppen und den Interessenten- und Cliqueswirtschaften z. B. an den Universitäten bei der Lehrstuhlbesetzung werden mit Recht als Aktiva der staatlichen Kulturfinanzierung gebucht. Aber der Ruf nach Unabhängigkeit ertönt lauter als die Anweisung, wie denn diese Unabhängigkeit zu bewerkstelligen sei. Das liberale Rezept, daß die öffentliche Verwaltung sich berechtigen müsse, Experimente verschiedenster Prägung im künstlerischen Raum zu finanzieren, beruht gerade auf der irrigen Annahme, als ob der Staat oder seine Organe aus „Wertfreiheit“, besser: Wertblindheit, handeln könnten. Der glaubenslose, dissidente, indifferente Staat bzw. Funktionär, der hier vorausgesetzt wird, existiert in Wahrheit nur in liberalistischer Vorstellungswelt, nicht in der Wirklichkeit. Derartige Anweisungen übersehen zudem, daß wahre Kunst und alles Große im kulturellen Bereich nicht durch eine bestimmte Voraussetzung der Finanzierung geboren worden sind, sondern innerlich gerade unabhängig von der Förderung, oft im Widerstand und gegen den

Strom der öffentlichen Barbarei und Finanzkraft geschaffen wurden.

Die Ode totalitärer Theaterkultur, die hier apostrophiert wird und vermieden werden soll, findet sich gerade im Bereich der „liberalen“ Kulturpolitik. Das schöpferische Element der Theaterkultur kann eben nicht durch das „Aufführungsverbot eines Gauleiters“ ausgegrenzt werden, weil es derartigen Zugriffen wesenhaft entzogen bleibt. Wenn aber von Vereinheitlichung und Gleichschaltung aller äußeren Gestaltung, der Aufführungen im Theater oder der Baukultur unserer Städte die Rede ist, so kann gar kein Zweifel sein, seit wann uns der Totalitarismus im kulturellen Bereich heimgesucht hat. Was man seit dem Zweiten Weltkrieg über sich ergehen lassen mußte, übertrifft alle Verengung des Programms im „autoritären Staat“. Betrachtet man etwa die Gleichschaltung im westdeutschen Städtebau, so mag man ermes- sen, zu welcher Ode die „kulturelle Freiheit“ geführt hat. Gerade die Konzentration der Finanzkraft beim Staate hat hier den Einflüssen mächtiger privater Bereiche die Chance zur Vertotung eingeräumt. Nur wer die Zusammenhänge zwischen öffentlichen Bauaufträgen und den Verbindungen der Stahl-, Zement- und Glasindustrie kennt, kann ermes- sen, wie es zu dieser Gleichschaltung und Verarmung beispielsweise unseres Städtebaus kam und was „Ode totalitärer Baukultur“ heißt.

### Die verwaltete Schule

So wenig befriedigend die Darlegungen seines ersten Aufsatzes bleiben müssen, so sehr dringt Becker mit seinem weiteren Ausatz über die verwaltete Schule zum Kern der kulturpolitischen Problematik vor, soweit sie die Schulpolitik betrifft. Hier ist Becker Fachmann im guten Sinne des Wortes, mehr noch: hier rückt er in die Nähe der revolutionären Aufgaben, die uns erwarten. Die verwaltete Schule, dargestellt vor allem am Beispiel der Oberschule, wird in ihrer internen Fragwürdigkeit bloßgestellt. Stoffüberlastung, Lehrplantyrannei, Wissensautomatismus, Abfragebetrieb und Schematismus im Schulwesen werden im Zusammenhang mit dem Zustand der „verwalteten“ Schule, mit dem innerlich längst zusammengebrochenen System des Berech-

tigungswesens bei der Lehrerauswahl und mit der verlorengegangenen pädagogischen Freiheit des Lehrers gesehen.

In überlegener Weise wird das Problem der Konfessionsschule von Becker auf die rechte Ebene gewiesen. Der Verf. fragt sich, „woher die begeisterten Anhänger der konfessionellen Schule den Glauben nehmen, daß es auf der katholischen oder evangelischen Volksschule nun wirklich so besonders katholisch oder evangelisch zugeht“. Ebenso fragt sich der Verfasser, „woher die liberalen Gegner der Konfessionsschule die Überzeugung nehmen, daß man eine bestimmte Vorstellung von Toleranz auch seinen Mitmenschen aufzwingen dürfe und daß man bei sogenannten christlichen Gemeinschaftsschulen nun ganz bestimmt keinem konfessionellen Terror ausgesetzt sein könnte“. Die wesentliche Erkenntnis in diesem Zusammenhang ist die, „daß das ganze Problem seine unerfreuliche Zuspitzung verlieren und auf seine wahrhaften Ausmaße zurückgeführt werden könnte, wenn nicht mehr über allgemeine Regelungen und Verwaltungsanordnungen verhandelt würde, sondern wenn die Frage der religiösen Vertiefung und Bestimmung der Erziehung in der Schule aus der Gemeinsamkeit des Wirkens von Eltern, Lehrern und Schülern entwickelt würde“.

Die Lösung der mit der verwalteten Schule entstandenen kulturpolitischen Problematik liegt offenbar in Richtung einer umfassenden Selbstverwaltung der Schule. In diesem Zusammenhang wird auf „Die wissenschaftlichen Grundlagen der Schulverfassungslehre und Schulpolitik“ von Eduard Spranger hingewiesen, die seit 30 Jahren auch noch heute die umfassendste Darstellung der ganzen Problematik des Verhältnisses Staat und Erziehung und die gründlichste Erörterung aller Probleme gibt, die mit der Frage der Autonomie der Erziehung zu tun haben (vgl. Abhandlungen der Preussischen Akademie der Wissenschaften).

Daß es richtig sein wird, das gesamte Schul- und Bildungswesen bis hinauf zu den Kultusministerien in eine große Selbstverwaltungsorganisation umzuwandeln, scheint wenig wahrscheinlich. Wiewohl es bei einer solchen revolutionierenden Änderung zugleich um eine Festigung der Demokratie ginge, könnte diese grundsätzliche Frage nicht sofort gelöst und entschieden werden, während andererseits die bestehende Krise sofortige Abhilfe erfordere. Im übrigen heiße Steinsche Reform auf dem Gebiete des Schulwesens nicht: „Selbstverwaltung um jeden Preis, sondern Selbstverwaltung unter staatlicher Aufsicht, wo sie möglich

und für die Gesamtheit von Nutzen ist.“ Die Selbstverwaltung der Schule solle in der Form schrittweise aufgebaut werden, „daß der Staat allen Schulen zunächst eine größere Freiheit als bisher, bestimmten Schulen aber als Modellschulen eine besondere Freiheit einräumt“. Bei einer schrittweisen Entwicklung der Selbstverwaltung gehe es darum, den Staatsabsolutismus zu überwinden, „ohne die Vorteile der organisatorischen Zusammenfassung und gemeinsamer Gesichtspunkte über größere Gebietsteile hinweg ganz aufzugeben“.

### Kulturverwaltung oder Kulturpolitik?

In dem abschließenden Aufsatz werden die für die Schule im besonderen herausgearbeiteten Gesichtspunkte auf die Kulturpolitik als ganzes übertragen. Die Schau wird erweitert um die großen revolutionären Tatsachen, die mit Automation und Atomforschung auch den kulturpolitischen Raum beeinflussen. Der Tenor dieser letzten Arbeit liegt auf der Forderung nach Umwandlung der Kulturverwaltung in Kulturpolitik. In diesem Zusammenhang kommt Becker auch zu einer Kritik des Föderalismus, der zwar die Kulturhoheit der Länder gegen den Kulturzentrismus des Bundes sichere, aber gleichzeitig zum Kulturzentrismus der Länder geführt habe. Die Fragwürdigkeit föderalistischer Kulturpolitik leitet der Verfasser aber weniger aus der Rückbildung der Kulturpolitik in die Kulturverwaltung des Länderzentrismus her als vielmehr aus der Tatsache, daß die Länder keine kulturellen Einheiten im föderativen Sinne sind.

Die „kulturbildende Kraft des stamhaften Gefüges der einzelnen Länder“ sei schon zu Napoleons Zeiten als Begründung zweifelhaft genug gewesen. Ihre ganze Fragwürdigkeit könne man am besten an Naders Literaturgeschichte erkennen. Daß der Verf. ausgerechnet dieses beachtliche Werk der deutschen Literaturgeschichtsforschung als Beispiel für die Fragwürdigkeit der Begründung der Kulturhoheit der Länder heranzieht, nimmt denjenigen Wunder, der die Unterschiede zwischen den Ländergrenzen und den von Nadler behandelten deutschen Stämmen und Landschaften beobachtet. Entweder kennt der Verfasser das Werk Naders nicht hinreichend oder er wirft die historisch-politische Grenzbildung der deutschen Länder mit dem zusammen, was als Stammesgefüge Naders Literaturgeschichtsforschung zugrunde liegt und soziologisch abweichend von den gegenwärtigen, tatsächlichen Ländergrenzen alle Welt nach einer Neugliederung des Bundes und einer



dem Stammesgefüge eher Rechnung tragenden Reform rufen läßt.

Wenn der Verfasser damit seine Neigung zu einer bundeseinheitlichen Kulturverwaltung unterbauen wollte, hätte er besser dieses Beispiel nicht herangezogen, denn gerade die in dem Werke Nadlers enthaltenen Erkenntnisse waren es doch, die dem Verfasser heute noch das Bekenntnis ermöglichen, „daß das totalitäre Dritte Reich in mancher Beziehung der einzelnen Schule größere Freiheit gab als die Bundesrepublik“. Nicht so sehr die Tatsache, daß Berlin den einzelnen Schulen weiter entfernt lag als die jetzigen Länderhauptstädte, lag als die Tatsache, daß Berlin den einzelnen Schulen weiter entfernt lag als die jetzigen Länderhauptstädte, lassen einen „nun mit Beschämung sehen, was selbst unter der Herrschaft des Hitler-Regimes an Freiheit, an pädagogischer Initiative und an erzieherischer Lebendigkeit möglich war“. Vielmehr das Verständnis für die bodenständigen Kräfte, für die Unterschiedlichkeit und Vielfalt des Menschen in Reaktion gegen Liberalismus und Kollektivismus, der Wille, den Einzelnen zu seiner äußersten Möglichkeit sich entfalten zu lassen, die geschichtliche Kraft und den Wurzelboden in Gegenwart und Zukunft zum Tragen zu bringen, und das innere Unvermögen, sich zum Dasein in der Massengesellschaft als unabänderlicher Tatsache zu bekennen, hat kulturelle Freiheit, wenn irgendwo auf der Welt, sich entfalten lassen.

Von daher kann die Anregung Beckers zur Vereinheitlichung und sachlichen Planung der Gesamtverteilung der Mittel für die Wissenschaft, wie sie schließlich vorgetragen wird, nicht genügend Vertrauen erwecken. Der Verfasser hält eine weitere Verstärkung der Kompetenz des Bundes für die wissenschaftliche Forschung für un-

vermeidbar und beruft sich auf den sonst unvermeidlich wachsenden Verfall der „wissenschaftlichen Geltung Deutschlands“. Aber die Frage unserer kulturellen Freiheit sollte nicht unnötig mit der wissenschaftlichen Geltung Deutschlands durcheinandergbracht werden. Die Frage der Freiheit unserer Forschung ist in erster Linie eine Frage der Würde unserer Forschung. Das nationale Pathos der „Geltung unserer Wissenschaft“ würde hier nur künstlich angekurbelt unter der fragwürdigen Voraussetzung unseres wissenschaftlichen Abfalls. Einstweilen sind Atomforschung und Geisteswissenschaft im internationalen Maßstab durchaus unlöslich mit großen deutschen Namen verbunden. Daß die Ergebnisse der Forschung bei uns noch nicht überall „nutzbringend“, d. h. auf industriellem Gebiet gewinnbringend realisiert worden sind, dürfte unserer Geltung wenig Abbruch tun, unserer Wirtschaftlichkeit vielleicht gerade von Nutzen sein, wie die Zukunft erweisen wird.

### Zusammenfassung

Die drei Aufsätze Beckers, die „nicht in der Absicht geschrieben“ sind, „zusammen publiziert zu werden“, erfüllen ihre Aufgabe der Anregung und Wegweisung und gehören sicherlich zu den beachtenswertesten Veröffentlichungen auf einem Gebiet, auf dem die Diskussion nur mühsam zum Kern vorstößt und doch die Krise nach revolutionären Lösungen verlangt.

*Hellmut Becker: Kulturpolitik und Schule Probleme der verwalteten Welt. Bd. II der Schriftenreihe „Fragen an die Zeit“, herausg. von Theodor Eschenburg. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1956, brosch. 98 Seiten, 4,20 DM.*

## Die pädagogische Revolution

Zu „Dennoch heute“ von HUGO KUKELHAUS

„In der Schule lernten wir, der Mensch habe sich mühselig, in einer Art Auslesekampf und langsam vom Halbtier zum Vernunftbegabten Wesen emporgearbeitet und auf diesem Wege der Höherentwicklung allmählich die Werkzeuge entdeckt, mit deren Hilfe er sich die Erde untertan gemacht hat, — die Werkzeuge und die Verfahren und die Ausnutzung der Elemente als da sind: Hammer, Beil, Bohrer, Säge, das Feuer, das Rad, das Schiff, das Gefäß . . . Es ist alles anders, ganz anders! Völkerkunde, Urgeschichte, Religionsgeschichte und alle verwandten Wissenschaften haben dieses vor-

gefaßte Bild vom Werden des Menschen umgestürzt, — die Wahrheit kam zur Erscheinung. Die Wahrheit ist, daß der Mensch aus hohen geistigen Bereichen herabkam und sich gleich einer Lebensspore der Erde einverleibte. Und dieser Weg von ‚oben nach unten‘ oder ‚von innen nach außen‘ ist gezeichnet durch die Tatsache, daß die Werkzeuge wie das Rad und das Schiff äonenlang als Symbole himmlischer Ordnungen erlebt wurden, ehe sie in Nutzung und Gebrauch genommen wurden. M. a. W.: Das Heilige ist der Kern des Profanen. Es ist der Same des Profanen, der sowohl den



Anfang, wie das Ende, wie die Mitte bestimmt. Eine leise Ahnung dieses unstofflichen Wertgefüges rührte die Spanier an, als sie das Inka-Reich zerstörten; und deswegen zerstören konnten, weil das Gold von den Inkas als göttliches Symbol verehrt, von den Spaniern aber auf die Waage gelegt wurde."

Der Umbruch unseres Denkens, unserer Seinsverhaltung, der uns hier abverlangt wird, läßt sich noch einfacher an einem andern Beispiel ablesen, das uns Kükelhaus gibt. Betrachten wir eine Kugel, die von allen Seiten gleichmäßig angestrahlt und beleuchtet wird, so verschwindet ihre Kugelgestalt und sie erscheint als Scheibe. Wird die Kugel aber nur von einer Seite aus angestrahlt, wächst ihre Gestalt in den Raum. Das Dunkle auf ihren von der Lichtquelle unberührten Seiten gibt dem Auge die Möglichkeit der Formfindung, gibt dem Auge den Anreiz für das Aufspüren der Umrisse und im Vollzuge des suchenden Sehvorgangs den Gewinn der Kugelform. Während unser von Schule und modernem Alltag her bestimmtes Denken auf den Abweg der totalen Aushellungen und Feststellungen geraten ist, läßt sich das Nichttotale gerade als die Bedingung der Möglichkeit der Formenwelt, der Erscheinungen und Tatsachen beweisen. Diese einfachen Erkenntnisse sind die Geburtsstunde einer pädagogischen Revolution und von unermesslicher Bedeutung für die Kultur- und Schulpolitik einer revidierten Gesellschaft und einer neuen Epoche. Daß der Mensch sich nicht träge den ausgemachten Totalitäten des modernen Wissenschaftsbetrieb ausliefert, sondern der Wandlungsprozesse mächtig wird, die gerade durch seine Erkenntnis- und Wahrnehmungsvorgänge (durch seine Einverleibung in die Welt) ausgelöst werden, ist letzthin auch die pädagogisch-erziehungsphilosophische Quintessenz der Heisenbergschen Forschungen auf den Gebieten der Unschärferelationen im Bereich der Atomphysik und seiner wissenschaftstheoretischen Untersuchungen.

Überhaupt wird der Umbruch unserer Grundverhaltung zu den Dingen mit der Atomrevolution unaufschiebbar, wenn wir nicht im Mißverstehen der neuen Möglichkeiten unsere absolute Entmächtigung wählen wollen. Welche Bedeutung in diesem Zusammenhang dem Kükelhauschen Sinnverstehen zukommt, wird uns der Autor ausführlich wohl erst in Zukunft in einer eigens dazu angelegten Schrift mitteilen. Einstweilen wird dies nur angedeutet, wenn er von den Leibprozessen spricht, welche sich innerhalb der umgrenzenden Haut vollziehen

und in denen das, was außerhalb geschieht, innerlich ausgetragen wird. „Das, was außerhalb meiner Haut geschieht, will ausgetragen sein innerhalb derselben. Dadurch ausgetragen, daß ich die leiblich anvertrauten Kernprozesse des Lebens und die nuklearen Vorgänge der Wirklichkeit innerhalb der eigenen Haut im eigenen Fleisch als Fleisch vollbringe im Namen des Lammes, das erwürgt ist." Diese Aussage zum Schluß seines Buches „Dennoch heute" ist gleich einer Verheißung an unsere Zeit. Das scheinbar Nichtzubewältigende der vor uns liegenden Epoche gerät hier in den Bereich unserer Bewältigungskraft. Und ähnlich, wie der Westen sich der großen Welternährungsprobleme annehmen und damit zugleich selbst revidieren muß, wenn er die in Not, Armut und Hunger lebenden Millionenmassen nicht in die Hände des Bolschewismus abgleiten lassen will, ist der Mensch heute ganz allgemein vor die Alternative gestellt, entweder den inneren Umbruch zu vollziehen oder einer entfesselten Wirklichkeit endgültig zu verfallen.

Die vorliegende Schrift steigt noch nicht tiefer in die atomar-nuklearen Zusammenhänge dieser Schau. Es kommt zunächst darauf an, dem Leser den Sinn für Haus, Tür, Stuhl und Tisch zu wecken, ihn einzuführen in die „Zweispurigkeit" des Denkens, in den „Erkenntnisakt als Vermählung" (des Ich mit dem Es, des Erkennenden mit dem Erkannten). Die praktische Bedeutung einer solchen Arbeit, nach der der „politisch interessierte" Leser sofort fragen wird, mag folgendes Beispiel zeigen: „Es ist noch nicht lange her, da glaubte man besonders schlau zu verfahren, Werkzeugmaschinen so zu konstruieren, daß der sie Bedienende in jeweils kürzesten Strecken und gradlinig seine Handgriffe anbringen konnte. Man hatte errechnet, daß sich durch diese Einsparung an Weg, Zeit und Kraft aus Mensch und Maschine mehr herausholen ließe. Es ist aber anders. Was in der Rechnung zu kurz und schnell ist, bedeutet für den menschlichen Organismus ebenso wenig kurz und schnell, wie hell nicht hell und warm nicht warm ist. Daß die Gerade die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist, gilt für die Definition, aber sie stimmt nicht in der Dimension des Lebendigen. — ‚Der Umweg ist der kürzeste Weg', sagen die Chinesen." Das haben auch unsere Landräte in Hessen drastisch erfahren müssen, nachdem sie in den Jahren nach 1946 den Gemeinden Anweisung zur Begradigung unserer Bachläufe erteilt hatten. Die ersten Hochwasser brachten sie wieder zu den jahrtausende alten Erfahrungen, lie-



Ben wieder die Fragwürdigkeit der Geraden und die Sinnhaftigkeit der Krümmungen erleben.

„In der freien Ebene irgendeiner chinesischen Landschaft steht ein Tor. Es markiert nicht eine, wie immer geartete, Besitzgrenze noch sonst eine materielle Linie. Vielmehr ist sein Sinn der, daß der Wanderer im Hindurchgehen oder Hindurchsehen der stets gebotenen eigenen Wandlung und Läuterung gedenke. Der irdische Weg hier sei Weg der Läuterung. Verlasse Dein Ich wie

durch ein Tor. Um die Bezeugung dieses Sinnes geht es bei allem, was Pforte, Tür, Durchgang, Tor, Portal ist.“ Man sollte nicht von Schul- und Kulturpolitik sprechen, ohne sich dieser Zeilen vergewissert zu haben. Wen nur ein Hauch von Ahnung aus dieser kostbaren Schrift anweht, wird rascher dem nahe kommen, worum es heute eigentlich geht.

Hugo Kükelhaus: *Dennoch heute. Heidenheimer Verlagsanstalt 1956, brosch., 112 Seiten.*

## Die pädagogische Restauration

### Gleichschaltung durch politischen Unterricht

Der Ernst Klett Verlag in Stuttgart hat eine neue Zeitschrift herausgebracht, die unter dem Titel *Freiheit und Verantwortung* für Gemeinschaftskunde und politische Bildung zuständig sein soll. In ihrem „Wort zuvor“ treten die drei Herausgeber (ein Ministerialrat aus Hannover, ein Oberstudiendirektor aus Ulm und ein Schulrat aus Stuttgart) für die Ausbreitung der politischen Erziehung im Unterricht ein. Der Staat habe das Recht, „von der Schule zu fordern, daß sie die Jugend zu staatsbejahenden und verantwortungsbewußten Bürgern erzieht“. Zwar wird zugegeben, daß der gegenwärtige Staat „doch selbst in vielem fragwürdig geworden“ sei. Auch widerspreche es den Grundprinzipien der Demokratie, mehr als notwendig verbindliche Anordnungen zu geben und die Freiheit der pädagogischen Entscheidung des Lehrers zu beeinflussen. Aber „im Verhältnis zu dem, was die Regierenden in kommunistisch geführten Ländern von der Schule verlangen,“ seien die Anforderungen des demokratischen Staates an die Schule „mehr als bescheiden“. Die Orientierung am kommunistischen Staat scheint überhaupt Pate gestanden zu haben bei der Geburt dieser Zeitschrift, wie die offenkundigen Bestrebungen des Organs, der Charakter der Beiträge, die ten-

denziöse Themenzusammenstellung in dem Beitrag von Thiel und die totalitären Konsequenzen der propagierten politischen Bildungsarbeit jedem Leser beweist. Hier sind Kräfte am Werk, die im Dienste einer Totalisierung der Gesellschaft stehen, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht. Der neidische Seitenblick auf die massiven kommunistischen Erziehungspraktiken, die man doch bei Gott noch längst nicht übernommen habe, zeigt die Richtung, in der hier gearbeitet wird. Allerdings, so sehr wir dem Leser mitteilen wollen, welchen Fortgang der Prozeß der Gleichschaltung in Westdeutschland nimmt, im Falle von „Freiheit und Verantwortung“ liegt nicht Gefahr im Verzuge. Die freiheitliche Grundordnung des Staates dürfte dort kaum gefährdet werden, wo heute noch das Treffen der „Großen Drei“ in Yalta als Beispiel eines Versuchs, „die Menschenrechte wiederherzustellen“, dem Leser zugemutet wird. Man darf einfach den westdeutschen Volksschullehrer für besser informiert halten.

*Freiheit und Verantwortung: Zeitschrift für Gemeinschaftskunde und politische Bildung. Hrg. von Min.-Rat Dr. Günther Frede, Hannover; O.-St.-Dir. Felix Messerschmid, Ulm; Schulrat Otto Seitzer, Stuttgart. Jhr. 1 Heft 1/1956. Ernst Klett Verlag Stuttgart.*